

Islam: Kirche
täuscht sich selbst S. 4



Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

Nr. 16 – 20. April 2013

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Erfolgreicher Aufbruch
Gründungsparteitag der
»Alternative für
Deutschland« in Berlin **2**

Preußen / Berlin

In der Gruppe versteckt
Jonny K.: Hauptverdächtiger
Türke kam aus Angst vor
Heimatjustiz zurück **3**

Hintergrund

Selbsttäuschung statt Dialog?
Neuer Papst sucht Gespräch
mit dem Islam, doch bisher
waren Ergebnisse ernüchternd **4**

Deutschland

Wie ein schleichendes Gift
Der schwache Euro lähmt auf
Dauer Deutschlands welt-
weite Wettbewerbsfähigkeit **5**

Ausland

Moldau am Scheideweg
Bürgerinitiative setzt sich für
Union mit Rumänien ein **6**

Kultur

Papa Hamelt aus Rastenburg
Der Beinahe-Literatur-
nobelpreisträger Arno Holz **9**

Preußen

**Preußenprinzessin organi-
sierte Badens Frauen**
Großherzogin Luise **11**



EU plant Enteignungswelle

Inhaber von Bankguthaben sollen für Pleiteinstitute zahlen

Europas Sparer sollen an der Rettung maroder Banken beteiligt werden. Das haben die EU-Finanzminister bei ihrem Treffen in Dublin beschlossen. Danach sollen die Sparer noch vor den nationalen Einlagensicherungsfonds zur Kasse gebeten werden. Wehren können sie sich gegen die Zwangsabgabe nicht, denn die Abbuchungen sollen an Wochenenden erfolgen, um einen „Bank Run“ zu verhindern. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat einen Rat für die Anleger parat: Sie müssten sich eben regelmäßig über die Bonität ihrer Bank informieren – ein ebenso realitätsferner wie zynischer Gedanke angesichts der Tatsache, dass sich selbst Bankbosse immer wieder

von der Pleite ihrer Institute überrascht gezeigt haben.

Euro-Gruppenchef Jeroen Dijsselbloem hatte die Katze erstmals aus dem Sack gelassen und den Plan zur

Bargeldverbot macht Vermögen transparent

Eigenbeteiligung der Zyprioten an der Banken- und Finanzrettung des Landes zum Modell für den Umgang mit drohenden Bankpleiten in der EU erhoben. Nach heftigem Aufruhr an den Finanzmärkten war er dann aber zurückgerudert und ließ wissen, Zypern sei „ein besonderer Fall mit außergewöhnlichen Herausfor-

derungen“. Das ist noch nicht einmal vier Wochen her und nun wird dieser „besondere Fall“ doch zum europäischen Normalfall.

Zu diesen Enteignungsplänen passt auch die mit der EU-Richtlinie 2009/110/EG angestoßene und längst schleichend betriebene Abschaffung des Bargelds. In einigen EU-Ländern gibt es bereits Höchstgrenzen für Barzahlungen, die immer weiter gesenkt werden. Das Endziel ist die verpflichtende Einrichtung von Girokonten und die vollständige Umstellung auf den elektronischen Zahlungsverkehr. Damit wäre das gesamte Geldvermögen der EU-Bürger lückenlos zu erfassen und einem Raubgriff ausgeliefert.

Jan Heitmann

Will Angela Merkels Euro-Rettungspolitik nicht als alternativlos hinnehmen: Die Partei Alternative für Deutschland

Bild: pa

Die Geschichte gibt ihnen recht

Die »Alternative für Deutschland« hat zahlreiche Fakten auf ihrer Seite

Weder die Diffamierung als Rechtspopulisten noch die Warnung vor Rot-Grün konnte bisher den Zuspruch für die „Alternative für Deutschland“ (AfD) bremsen.

Die Parteineugründung AfD setzt ihren bemerkenswerten Aufstieg ungebrems fort. Unter dem frenetischen Jubel von 1500 angereisten Mitgliedern hat sich die Formation vergangenen Sonntag in Berlin als Bundespartei konstituiert (Bericht Seite 2). Zahllose Medien berichteten über das Ereignis, auch im Ausland wird die Neugründung aufmerksam verfolgt.

Und dort nicht nur von den Medien: Laut der Londoner Zeitung „Telegraph“ hat es im Hintergrund des jüngsten Besuchs von Großbritannien Premier David Cameron ein Geheimtreffen von Vertretern der britischen Konservativen und der AfD gegeben. Ca-

merons Partei steht den Vorstellungen der AfD deutlich näher als jenen von Union oder FDP.

Gleichzeitig verstärkt sich der Widerstand gegen die junge Partei: Nachdem erste, reflexhafte Versuche, die AfD in die rechtspopulistische Ecke zu drücken, offenbar gescheitert sind, wechseln ihre Gegner die Taktik.

Die „Alternative“ nähme vor allem Union und FDP Stimmen weg und ebnete damit womöglich Rot-Grün den Weg, mahnen Medien und Politiker des etablierten bürgerlichen Lagers. Dabei wird ausgeblendet, dass Union und FDP in den vergangenen Jahren vor allem aus Lager der Nichtwähler verloren haben. Gelingt es der AfD, jene Menschen zurückzuholen an die

Urnen, würde dies das bürgerliche Lager auch insgesamt stärken.

Angeführt von der „Bild“-Zeitung werden überdies Horrorszenarien für den Fall gezeichnet, dass die D-Mark zurückkehre. Tenor: Dann bräche der deutsche Export zusammen. Wirtschafts-

wissenschaftler weisen dies als Angstmache zurück. Der deutsche Export leide vor allem, weil wichtige Absatzmärkte in Europa

Euro-bedingt in der Krise seien. Auch exportiere Deutschland keine Billigprodukte, bei denen es vor allem auf den Preis ankomme, sondern Hochwertiges, bei dem die Qualität entscheide. Überdies bestehe ein Großteil der deutschen Importe aus Rohstoffen und Vorprodukten, die zuvor einge-

führt worden seien. Deren Einfuhr würde mit einer aufgewerteten D-Mark sofort günstiger.

Die Geschichte gibt den Euro-Kritikern auch hier recht: In keinem Jahrzehnt wertete die D-Mark so stark auf wie in den 1970er Jahren. Doch in keiner Dekade wuchs auch der deutsche Export so stark wie damals.

Die AfD betreibt zudem keineswegs die Wiedereinführung der D-Mark um jeden Preis. Sie nimmt dies bloß als letzte Möglichkeit, vorziehen tut die neue Partei kleinere Währungsverbünde. Zudem solle ein Übergang schrittweise, nicht abrupt vonstattengehen, um Irritationen zu vermeiden.

Die Etablierten werden mit der AfD rechnen müssen. Es spricht einiges dafür, dass das deutsche Parteiensystem nach der Bundestagswahl am 22. September ein anderes sein wird. Hans Heckel

Großbritanniens

Premier hat neue Partei
bereits im Blick

Retter ärmer als Gerettete

Das Vermögen der Deutschen ist nicht nur kleiner, es schrumpft auch

Die Deutschen als große Profiteure des Euro. Kaum ein Argument muss öfter erhalten, wenn es darum geht, mit deutschen Steuergeldern ein neues Rettungspaket für die wachsende Zahl der Euro-Krisenländer zu schnüren. Eine Erhebung der Europäischen Zentralbank (EZB) zur Vermögensverteilung in der Euro-Zone entwirft allerdings ein völlig anderes Bild von den Gewinnern und Verlierern in der Währungsunion. Hiernach sind die privaten Haushalte des „Euro-Gewinners“ Deutschland mit ihren Vermögen das Schlusslicht in der Euro-Zone.

Nicht nur das. In Bezug auf die Euro-Rettungspolitik gilt: Die privaten Haushalte in den Ländern, in

die Abermilliarden an Rettungsgeldern fließen, sind wohlhabender als diejenigen, die mit ihren Steuergeldern für den Erhalt des Experiments Euro zur Kasse gebeten

Niedrigzinspolitik trifft die Sparer

werden. Mit einem mittleren Haushaltsvermögen von 51 000 Euro sind die Deutschen nur halb so reich wie die Griechen (102 000 Euro). Im Vergleich zu den Luxemburger Vermögen (398 000 Euro) oder den mit Rettungsmilliarden ausgestatteten Zyprioten (267 000 Euro) kann man sie sogar fast als arm bezeichnen.

Diese niederschmetternde Bilanz nach über zehn Jahren Europäischer Währungsunion droht sich für die Deutschen künftig noch weiter zu verschlechtern. Die von der EZB verfolgte Niedrigzinspolitik zugunsten der Euro-Krisenkandidaten enteignet schleichend die Sparer und schmälert den Wert der Privatvermögen. Auch für die momentan scheinbar so kraftstrotzende deutsche Wirtschaft wird sich der künstlich geschwächte Euro letztendlich als „schleichendes Gift“ entpuppen. Werden obendrein eines Tages die Bürgschaften und Kredite fällig, die Deutschland für die Euro-Rettung eingegangen ist, könnte die Frage lauten: Wer hilft eigentlich den Rettern? (Siehe Seite 5.) N.H.

JAN HEITMANN:

Auf Anfang

Ein „Paukenschlag des Bundesverfassungsgerichts“ und eine „Ohrfeige für die Münchener Richter“ sei die Kritik der obersten Verfassungshüter am Akkreditierungsverfahren für den NSU-Prozess. Darin sind sich die „Leitmedien“ und viele Politiker einig. Das ist nicht ganz falsch, aber es ist auch nicht die ganze Wahrheit. Denn die Karlsruher Richter haben kein endgültiges Urteil gesprochen, sondern lediglich eine einstweilige Anordnung erlassen. Zur Begründung führen sie aus, „dass das ... subjektive Recht der Beschwerdeführer auf Gleichbehandlung im publizistischen Wettbewerb ... verletzt sein könnte“. Zugleich betonen sie den verfassungsrechtlichen Schutz der Unabhängigkeit der Gerichte und deren „weiten Entscheidungsspielraum“ bei der Prozessleitung. Ob die Verfassungsbeschwerde tatsächlich zulässig und begründet ist, lassen sie somit ausdrücklich offen. Die Entscheidung darüber erfolgt erst im späteren Hauptsacheverfahren. Es ist also gut möglich, dass die Verfassungsbeschwerde letztendlich abgewiesen wird und die Münchener Richter damit juristisch voll rehabilitiert sind.

Das Oberlandesgericht München hat in dieser Situation das einzig Richtige getan und alles auf Anfang gesetzt. Das Verfassungsgericht hat ihm aufgetragen, „eine angemessene Zahl von Sitzplätzen an Vertreter von ausländischen Medien mit besonderem Bezug zu den Opfern der angeklagten Straftaten zu vergeben“. Das braucht Zeit, denn mit nicht gründlich durchdachten Korrekturen des Akkreditierungsverfahrens wäre es nicht getan. Das geänderte Verfahren muss in jeder Hinsicht juristisch unanfechtbar sein. Politisch motivierte Kritik ist sowieso wieder zu erwarten.

MELDUNGEN

Gender-Ansatz übertrieben

Berlin – Nachdem es von mehreren Seiten Kritik an den geschlechtsneutralen Formulierungen der Neufassung der Straßenverkehrsordnung gegeben hatte, distanziert sich nun auch der Chef des verantwortlichen Ministeriums davon. Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) möchte künftig auf geschlechtsneutrale Formulierungen wie „wer ein Fahrrad fährt“ statt „Fahrradfahrer“ wieder verzichten. „Wir haben das bei der neuen Straßenverkehrsordnung gerade exemplarisch angewendet. Mit durchwachsenem Ergebnis“, zitiert ihn der „Spiegel“.

Enttäuschung für Stasi-Opfer

Berlin – Zum eigenen Bedauern musste das Fraunhofer-Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik vermelden, dass die computergestützte Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen mit einem speziell entworfenen Scanner nicht in dem gewünschten Tempo vorankommt. Die Stasi-Unterlagenbehörde hatte sich von der neuen Technik erhofft, dass sie die kurz vor dem Ende der DDR zerstörten Akten der Staatssicherheit schneller rekonstruieren kann, um so Einsichten in die Vergangenheit zu erlangen. Probleme bei der Software des „ePuzzler“ sorgen dafür, dass das Zusammensetzen der Papierschnipsel nicht wie gewünscht erfolgt. Eigentlich war geplant, bis 2016 die ersten 400 der einst 16 000 Säcke mit zerrissenen Stasi-Unterlagen zu analysieren.

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt der Borek Kommunikation GmbH bei

Die Schulden-Uhr: Deutscher Sonderweg

Analog zur damaligen Ostbindung in der DDR gilt die Westbindung in der Bundesrepublik als Dogma. Folgerichtig wird jeder „deutsche Sonderweg“ grundsätzlich verteuelt. Wenn es allerdings um den „Klimaschutz“ geht, gelten andere Regeln. So hat die internationale Gemeinschaft seit 2009 noch in keinem Quartal so wenig Geld in sogenannte saubere Energien investiert wie in den ersten drei Monaten dieses Jahres. Mit 40 Milliarden US-Dollar liegt der Betrag fast ein Viertel unter dem des Vergleichszeitraumes des Vorjahres. In der Bundesrepublik hingegen ist ein Zuwachs um acht Prozent zu verzeichnen. Möglich ist dieser deutsche Sonderweg durch die Unsummen, mit denen die zwar erneuerbaren, aber meist nicht wettbewerbsfähigen Energien in der Bundesrepublik gefördert werden. Die Kosten tragen vor allem die Stromkunden und der ohnehin schon überschuldete Staat.

2.079.746.944.141 €

Vorwoche: 2.079.225.552.705 €
Verschuldung pro Kopf: 25.363 €
Vorwoche: 25.356 €

(Dienstag, 16. April 2013, Zahlen: www.steuerzahler.de)

»Phantastische Aufbruchstimmung«

Erfolgreicher Gründungsparteitag der »Alternative für Deutschland« in Berlin

Mit viel Interesse, aber auch viel Argwohn wurde der Gründungsparteitag der „Alternative für Deutschland“ (AfD) beäugt. Sogar die EU-Kommission schickte eine Beobachterin. Doch aus ihrer Sicht war das Gesehene wenig erfreulich.

Die AfD will bei der Bundestagswahl im September antreten. Das wurde auf dem Gründungsparteitag in Berlin per Akklamation beschlossen. Als Sprecher (Vorsitzende) der Partei wurden der Wirtschaftsprofessor Bernd Lucke, die Chemikerin Frauke Petry und der Journalist Konrad Adam gewählt.

Die Sprecher der Partei sind formal gleichberechtigt. Primus inter pares ist jedoch Bernd Lucke. Durch seine Kompetenz in Wirtschafts- und Währungsfragen sowie seine Fernsehauftritte war er bereits bisher das Gesicht der jungen Partei. Auch auf dem Parteitag in Berlin war der 51-Jährige die dominante Figur. Er hielt als einziger eine längere – und stürmisch bejubelte – politische Rede. In einem beispiellosen Parforceritt bewältigten die 1500 Parteitagsteilnehmer diszipliniert an nur einem einzigen Tag die Wahl des Vorstandes sowie die Verabschiedung von Parteisatzung, Finanzordnung und Wahlprogramm. Für die Wahl des Vorstandes gab es viel mehr Bewerber als vorhandene Stellen; man hatte sich zuvor auf einen zehnköpfigen Vorstand geeinigt. Die Kandidaten hatten sich vorher bereits im Internet vorstellen können. Auch die schwierige Aufgabe, aus so vielen Bewerbern auswählen zu müssen, wurde er-

staunlich gut gemeistert. Als stellvertretende Sprecher wurden Alexander Gauland, Roland Klaus und Patricia Casale gewählt.

Nibelungentreue zum Euro wäre »das Dümme«

In schroffem Gegensatz zum Bemühen der etablierten Parteien, den neuen Konkurrenten totzuschweigen, stand das starke Inter-

Montag einen ausführlichen und sachlichen Bericht, während sich deutsche Medien von tageschau.de bis „Stern“ häufig in kurzen und diffamierenden Kommentaren ergingen.

Die Botschaften der USA und Hollands hatten Vertreter zum Gründungsparteitag entsandt. Auch die EU-Kommission schickte eine Beobachterin. Letztere wird ihren Vorgesetzten in Brüssel nur wenig Erfreuliches berichtet haben können. Denn Lucke geißelte den „Wasserkopf“ der Brüsseler Bürokratie, die exorbitant hohen Gehälter von

mit der Wimper zu zucken den Euro einen „historischen Fehler“, der rückgängig gemacht werden müsse. „Das Dümme, was wir tun könnten, wäre es, an diesem

Von internationaler Seite war das Interesse groß

Fehler in Nibelungentreue bis in fernste Zukunft festzuhalten“, so Lucke. Die etablierten Parteien besäßen weder die Größe, den

Wachstumspakt sei auf europäischer Ebene rund 80-mal völlig folgenlos gebrochen worden. Die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten sei zu „überforderten Erfüllungsgehilfen der Bundesregierung verkommen“. Der Europäische Stabilitätsmechanismus ESM sei institutionalisierter Rechtsbruch: „Er soll genau das tun, was der Maastricht-Vertrag verbietet: Bankrotte Länder mit dem Geld deutscher und anderer europäischer Steuerzahler heraushauen.“ Die AfD fordere die Wiedereinführung nationaler Währungen oder die Schaffung kleinerer und stabilerer Währungsverbünde. Die Wiedereinführung der D-Mark dürfe dabei kein Tabu sein.

Wer Lucke bisher nur als nüchtern argumentierenden Wissenschaftler gekannt hatte, erlebte jetzt einen kämpferischen Politiker, der rhetorisch begabt auch einen Parteitag mitreißen kann. Zu Recht sprach er von einer „phantastischen Aufbruchstimmung“. Die Zeit bis zur Bundestagswahl ist jedoch knapp. Erst fünf Landesverbände sind gegründet. Was die AfD jenseits der Euro-Frage will, bleibt vielfach offen. Eine große Lücke klappt bei der inneren Sicherheit. Auf die Frage der PAZ, welche Position man etwa zur Optionspflicht bei doppelten Staatsbürgerschaften beziehe, wichen Vorstandsmitglieder nicht nur aus. Offen wurde sogar erklärt, solche Fragen werde man auch bis zum Wahltag nicht beantworten. Abgesehen von der Euro-Frage werden also auch AfD-Wähler im September die Katze im Sack kaufen müssen.



Die neu gewählten Sprecher und stellvertretenden Sprecher der AfD: Roland Klaus, Frauke Petry, Konrad Adam, Bernd Lucke, Patricia Casale und Alexander Gauland (v.l.n.r.)

Bild: Leh

esse internationaler Medien. Journalisten aus Spanien, Holland, Schweden, Italien, Frankreich, England, Japan, Russland, den USA und sogar Vertreter des arabischen Senders Al-Dschasira waren beim Auftritt der Anti-Euro-Partei zugegen. Die „New York Times“ brachte am vergangenen

EU-Beamten, er lehnte ein eigenes EU-Budgetrecht ebenso ab wie eine Transunion oder einen zentralisierten Europastaat. Zudem forderte er, Gesetzgebungskompetenzen zurück zu den nationalen Parlamenten zu verlagern.

Vor allem aber nannte der „Furore-Professor“ („Die Welt“) ohne

Fehler der Euro-Einführung zuzugeben, noch einen Plan B. Sie gäben nur noch Durchhalteparolen aus. Dabei sei die Krise ungelöst und breite sich weiter aus. Dies sei ein „komplettes Desaster“. Deutschland brauche den Euro nicht, anderen Ländern schade er. Der Stabilitäts- und

Gefährlicher Sondermüll

EU muss zum Schutz ihrer Satelliten Weltraumschrott entsorgen

Die EU-Kommission will Satellitenbetreibern besseren Schutz vor Weltraumschrott bieten, weil Trümmerteile und nicht mehr funktionierende Objekte jährlich mehrere Millionen Euro Kosten verursachen und ein Risiko für die im Erdbit bestehende Infrastruktur aus Kommunikations-, Wetter- und Navigationssatelliten darstellen.

Insgesamt 140 Millionen Euro Schaden entstehen jährlich bei den europäischen Satellitenbetreibern durch Kollisionen der Satelliten mit Weltraummüll und durch aufwändige Ausweichmanöver. Diese Kosten werden in den nächsten Jahren auf 210 Millionen Euro ansteigen, wie die Europäische Kommission schätzt. Um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Raumfahrtindustrie zu erhalten, beschloss sie deshalb im Februar 2013 den Aufbau eines Systems zur Verhinderung von Satellitenkollisionen. Industriekommissar Antonio Tajani wies darauf hin, dass zwar bereits Überwachungssysteme aus Radaranlagen und Teleskopen in Europa existierten, die EU aber grundsätzlich auf Informationen aus den USA über die Gefährdung durch

Weltraummüll angewiesen sei. Die neue Initiative soll die europäischen Systeme miteinander koordinieren und ihre technologische Weiterentwicklung finanziell fördern. Zu diesen gehört beispielweise „Space Situational Awareness“ (SSA), das auch in die Lissaboner EU-Strategie zur Beschäftigungsförderung und

Die Kosten für die Pläne stehen noch in den Sternen

Technologieentwicklung eingebunden ist. Welches zusätzliche finanzielle Budget notwendig sein wird, konnte die Kommission noch nicht sagen.

Neben hunderten Satelliten umkreisen nämlich zusätzlich Millionen Fragmente unterschiedlicher Größe die Erde. Dabei kann es sich um ausgediente Satelliten, ausgebrannte Raketenoberstufen, verlorene Teile, abgeplatzte Lackstücke oder Trümmer, die bei Explosionen von Oberstufen oder Satelliten entstehen, handeln. Obwohl die meisten Fragmente nach we-

nigen Tagen bis Monaten in der Erdatmosphäre verglühen, nimmt die Anzahl von Müllteilen ständig zu. Bereits mehrmals musste die Internationale Raumstation ISS diesen durch geringfügige Bahnänderungen ausweichen. Die Europäische Raumfahrtbehörde ESA schätzt die Anteile der Raumfahrtsrückstände in den Erd-umlaufbahnen auf 29 000 Objekte größer als zehn Zentimeter, 670 000 Objekte größer als ein Zentimeter und mehr als 170 Millionen Objekte größer als einen Millimeter. Bereits ein ein Zentimeter großes Objekt kann aufgrund seiner hohen Relativgeschwindigkeit einen durchschnittlichen Satelliten außer Funktion setzen.

Die neuen Beschlüsse der Kommission fügen sich in die 2011 beschlossene Weltraumstrategie ein, die die Eigenständigkeit der EU und ihre Führungsrolle auf dem Gebiet der Weltraumtechnologie sichern soll. Der Satellitennavigationsdienst Galileo und das Erdbeobachtungssystem GMES sind Bestandteile dieser Infrastruktur für einen unabhängigen Zugang Europas zum Weltraum, der aber durch den Weltraummüll ernsthaft gefährdet ist.

Ulrich Blode

Aufgedrängt

Berlin wirbt massiv für den deutschen Pass

Die türkischstämmige Berliner Integrationsssenatorin Dilek Kolat (SPD) hat eine neue „Einbürgerungskampagne“ gestartet. Kolat ist die Ehefrau des Vorsitzenden der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat. Bei der Auftaktveranstaltung im Roten Rathaus erklärte sie: „In manchen Stadtteilen ist über ein Viertel der Bevölkerung vom aktiven Politikgeschehen ausgeschlossen, weil ohne die deutsche Staatsbürgerschaft auch das Wahlrecht nicht ausgeübt werden kann.“ Durch vermehrte Einbürgerungen werde die Demokratie gestärkt. Inwieweit Personen, die erst mit Kampagnen zur Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit gedrängt werden müssen, zur Stärkung der Demokratie beitragen, sagte Kolat nicht. Bekannt ist, dass insbesondere eingebürgerte Türken vor allem SPD und Grüne wählen.

Die Berliner CDU steht voll hinter der Einbürgerungskampagne.

ne. Der integrationspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus Burkhard Dregger erklärte: „Wir wollen, dass alle dauerhaft bei uns lebenden Zuwanderer deutsche Staatsbürger werden.“ Diesem Ziel diene „unsere neue Einbürgerungskampagne“, mit der die Senatsverwaltung für Integration beauftragt worden sei. Pro Jahr werden in Berlin rund 7000 Ausländer eingebürgert.

Im Rahmen der Kampagne werden auch 1000 Plakate geklebt, auf denen neben anderen Motiven auch eine junge eingebürgerte Muslima mit streng gebundenem Kopftuch zu sehen ist.

Kolat betonte gegenüber der Presse auch „das im Koalitionsvertrag des Berliner Senats verankerte Ziel, die Optionspflicht abzuschaffen“. Tatsächlich hat die Berliner CDU auch dieses Ziel unterschrieben – im Gegensatz zur Haltung der Bundes-CDU.

Michael Leh



Ein Plakat der Kampagne

Bild: Leh

Rassismus gegen Deutsche

Von THEO MAASS

Dieser Tage erhob die „Amadeu-Antonio-Stiftung“ erneut schwere Vorwürfe: Der „Staat versagt im Kampf gegen Rechts“. Die Vorsitzende der Stiftung ist die ehemalige Stasi-Agentin Anetta Kahane, die gern mit der These hausieren geht, der Rassismus komme aus der Mitte der (deutschen!) Gesellschaft.

Rassismus ist nach der Definition eines Lexikons eine Ideologie, die darauf zielt, die Gleichrangigkeit von ethnischen Gruppen in Frage zu stellen und im „Extremfall“ sogar deren Existenz. Anetta Kahanes Definition weicht davon in drastischer Weise ab. Für sie ist schlicht „Rechts“ grundsätzlich „rassistisch“. Was das eine mit dem anderen zu tun hat, sagt sie leider nicht.

Tatsächlich gibt es in Deutschland eine Vielzahl von Gesetzen, welche die Diskriminierung von Menschen verbietet. Aber greifen die auch? Nicht für alle: Das sogenannte Antidiskriminierungsgesetz hat nach dem Urteil von Kritikern sogar zur Minderheitenbevorzugung geführt und zur Benachteiligung von Deutschen. Zu einem ähnlichen Schluss kam auch die unter mysteriösen Begleitumständen zu Tode gekommene Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig in ihrem Buch „Das Ende der Geduld“. Dort erfuhr der Leser von einem Bonus für ausländische Gewalttäter, der insbesondere von „fortschrittlichen“ Jugendrichtern gewährt würde.

Gibt es eine Diskriminierung von Deutschen in Deutschland? In diesen Tagen erschlugen mehrere Türken im niedersächsischen Kirchweyhe aus vermutlich rassistischen Gründen einen jungen Deutschen. Der Bürgermeister und ein politisierender Pfarrer benutzen den Vorfall zu „Antirechts“-Bekundungen und verhöhnhten damit die Hinterbliebenen des Opfers. Kurz danach trat Berlins Innensenator Frank Henkel (CDU) einen Beileidsbesuch bei Familie B. an. Der Grund: Sohn Burak (22) war einen Tag zuvor in Neukölln auf offener Straße erschossen worden.

Gewiss. Niedersachsen ist nicht Berlin. Aber es ist nicht zu übersehen, in welcher Weise deutsche Autoritäten bei Gewaltverbrechen das Maß der Aufmerksamkeit selektieren und zwar zu Lasten der Deutschen. In Kirchweyhe mussten die trauernden Eltern des deutschen Opfers auf Beileidsbesuche im Ministerrang, wie sie den Eltern von Burak zuteil wurden, verzichten.

„Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft“? Nicht ganz: Dieser Rassismus kommt nicht aus der Mitte der Gesellschaft, sondern aus der Mitte der politischen Klasse. Und er richtet sich gegen Deutsche, nicht gegen Immigranten.

In der Gruppe versteckt

Jonny K.: Hauptverdächtiger Türke kam aus Angst vor Heimatjustiz zurück



Im Schock vereint: Auf einem Benefizkonzert mit Tanzvorführungen haben Berliner Jugendliche am 7. April Jonny K. gedacht. Mit dem eigenommenen Geld soll Jugendarbeit zur Gewaltvermeidung gefördert werden

Bild: pa

In Berlin strebt die Justiz nun überraschend schnell einen gemeinsamen Prozess gegen die mutmaßlichen Totschläger von Jonny K. an. Das Dilemma: Aus einer enthemmten Gruppe lässt sich im Nachhinein selten ein Täter herausfiltern.

Der Fall des vergangenen Oktober am Berliner Alexanderplatz von sechs Jugendlichen angegriffenen und anschließend seinen starken Hirnblutungen erlegenen Schülers Jonny K. (20) schockierte Deutschland. Der mutmaßliche Haupttäter Onur U. setzte sich in die Türkei ab, ein Auslieferungsantrag ließ auf sich warten. Nun ist Onur U. nach Deutschland zurückgekehrt. Ihm und den mutmaßlichen Komplizen steht laut Justizverwaltung voraussichtlich ab 13. Mai ein Gerichtsverfahren bevor.

Es war ein gewaltsamer Tod, ein Anlass war nicht erkennbar und es war nicht der erste Vorfall dieser Art in Berlin, doch der vielleicht grausamste: Tödliche Schläge trafen Jonny K. unvorbereitet in den frühen Morgenstunden nahe dem Bahnhof Alexanderplatz, als er mit einem Freund auf sechs türkischstämmige Jugendliche traf, die von einer Party kamen.

Montag vergangener Woche nahm die Polizei den Amateurboxer Onur U. direkt nach der Landung in Berlin-Tegel fest, brachte ihn in Untersuchungs-haft. Sechs Monate hatte sich der Doppelpass-Inhaber in der Türkei aufgehalten und sich geweigert, zurückzukehren oder etwas zur Aufklärung je-

ner Nacht vom 14. Oktober beizutragen. Während Berlins Polizei ihn suchte, gab er in der Türkei sogar ein Interview.

Inzwischen ist klar, dass er die deutsche Staatsbürgerschaft abgelegt hat. Vor wenigen Tagen reagierte erstmals die türkische Justiz: Sie eröffnete ein Ermittlungsverfahren. Vorausgegangen war eine Intervention durch Kanzlerin Angela Merkel. Sie soll den Fall bei den jüngsten deutsch-türkischen Regierungskonsultationen im März angesprochen haben.

Die türkischen Behörden haben jedenfalls kein großes Interesse daran, den Fall selbst zu verhandeln, wie Berlins Justizsenator Thomas Heilmann (CDU) sagte. Sie ließen die deutschen Ermittler nicht nur über die etwaige türkische Staatsangehörigkeit im Unklaren, sondern Onur U. auch ungeachtet eines internationalen Haftbefehls ausreisen. Allein die mögliche Aussicht auf einen Aufenthalt in türkischer U-Haft veranlasste den Gesuchten jetzt zum Einlenken, denn die Türkei ermittelt wegen vorsätzlichen Mordes. Jugendstrafrecht kommt dabei nicht zur Anwendung.

In Deutschland liegt gegen Onur U. hingegen Anklage wegen Körperverletzung mit Todesfolge (Az. 234 Js 553/12) beim Berliner Landgericht vor. Auch die anderen fünf mutmaßlichen Täter sind nach insgesamt sechs

Monaten ermittelt. Zwei der Männer im Alter zwischen 19 und 21 Jahren steht ein Verfahren wegen gefährlicher Körperverletzung bevor. Zwei weitere müssen sich offiziell wegen Körperverletzung mit Todesfolge verantworten. Eine Anklage wegen Mordes oder Totschlags lehnte die Staatsanwaltschaft in diesen Fällen ab: Ein Tötungsvorsatz habe sich nicht bestätigt.

Die drei Verdächtigen Osman A., Melih Y. und Hüseyin I. sitzen in U-Haft. Sie belasten sich gegenseitig. Ein vierter mutmaßlicher Schläger, der Lehrling Memet E. (19), ist weiter auf freiem Fuß. Der fünfte Verdächtige stellte sich im März: Bilal K. kehrte nur vier Tage nach der hiesigen Anklageerhebung aus der Türkei nach Deutschland zurück.

Er schuf damit eine Voraussetzung für eine etwaige Strafmilderung. Die ist für ihn besonders wichtig, da er als einziger Angeklagter nicht nach dem deutschen Jugendstrafrecht beurteilt wird.

Staatsanwaltschaft und Gericht wollen, dass die Verfahren gegen die fünf mit dem gegen Onur U. zu einem Prozess zusammengelegt werden. Sowohl die Hinterbliebenen von Jonny K. als auch die Anwälte der mutmaßlichen Täter begrüßen die Entscheidung.

Doch selbst ein schneller Start und die von Onur U. angekündigte Bereitschaft auszusagen, lassen nur bedingt Rückschlüsse auf die Chancen einer

Verurteilung zu. Zwar belasten alle fünf bisher Verhafteten Onur U., doch dies mag auch dessen langer Flucht geschuldet sein. Welcher der Angeklagten der eigentliche Haupttäter ist, bleibt daher weiter strittig. Bisher galt die Attacke von Onur U. den Medien als ausschlaggebend, Bilal K. ebenfalls als Schlüsselfigur. Wer jedoch letztlich den tödlichen Schlag führte, ist alles andere als bewiesen: Bilder aus Überwachungskameras brachten die Ermittler zwar auf die Spur der Täter, lassen aber keine Zuordnung der entscheidenden Gewalteinwirkung zu.

Viel hängt daher von der Aussage des Hauptbelastungszeugen Gerhardt C. (29) ab. Er hat zwar die Schläger gesehen, denn er war mit Jonny K. in jener Nacht unterwegs. C. bekam aber wie ein weiterer Zeuge kaum etwas vom Moment der unmittelbaren Gewalt mit. Mit dem sechsmonatigen Abstand zur Tat wird das Gericht es schwer haben, solche Aussagen gebührend zu würdigen, auch das liegt im Kalkül der Täter.

Nun gilt es, Aussagen Beteiligter in den Medien vor Prozessbeginn zu unterbinden, denn nur so kann das Gericht noch Unvoreingenommene befragen. Onur U. jedenfalls macht keine Aussage. Immerhin würde ein gemeinsames Verfahren den Mitangeklagten das Reden erleichtern, da sie sich nicht mit Blick auf andere Prozesse belasten können. Harte Urteile sind aber in keinem Fall zu erwarten: Als Höchststrafe drohen Onur U. rund zehn Jahre Haft. Sverre Gutschmidt

Der missbrauchte Zeuge

Stadt Halle ein braunes Nest? Schwarzer SPD-Kandidat wehrt sich

Karamba Diaby kommt aus dem Senegal, lebt seit 1985 in Deutschland (der damaligen DDR) und kandidiert für die kommende Bundestagswahl für die SPD in Halle. Zwei Zeitungen sprachen mit dem Sozialdemokraten. In der „Jungen Freiheit“ forderte der Kandidat eine nochmalige Verschärfung des Volksverhetzungsparagraphen 130 StGB. „Es kann nicht sein, dass Menschen wie der ehemalige Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin mit ihren Thesen weiter die Gesellschaft spalten.“ Immerhin weiß der Hochschulabsolvent aber, dass es in Deutschland Meinungsfreiheit gibt und diese von der Verfassung geschützt ist.

Der „Spiegel“ verbreitete mit Berufung auf Diaby, Halle sei „eine der Hochburgen des Rechtsradikalismus in Deutschland“, denn „bei der Landtagswahl 2011 holte die NPD in manchem Viertel fast den zehn Prozent der Stimmen“.

Tatsächlich erreichte die vom Verfassungsschutz und anderen Diensten beobachtete und von deren Agenten durchsetzte Partei in den vier Wahlkreisen der Stadt Halle zwischen 1,9 und 4,6 Prozent Stimmenanteil. Das Linksextremistenblatt „Junge Welt“

Benutzte »Spiegel« Diaby bloß für Skandalgeschichte?

klatschte dann dem „Spiegel“ sofort Beifall, während die örtliche Presse, der MDR und Politiker aller Parteien versuchten, den Image-Schaden für die Stadt Halle einzudämmen.

Eine freiwillige „Richtigstellung“ durch das Nachrichtenmagazin hat bislang nicht stattgefunden. Nicht einmal ein Leserbrief zu diesem Thema wurde in der neuesten Ausgabe des Magazins

abgedruckt. Unangenehm für den „Spiegel“ könnte es dann werden, wenn die CDU und die FDP sich im Stadtparlament mit ihrer Forderung nach presserechtlichen Schritten durchsetzen sollten.

Ebenfalls peinlich für das Hamburger Magazin: Diaby selbst hat sich von dem „Spiegel“-Artikel ausdrücklich distanziert, sieht sich missbraucht für eine aufgebauchte Skandalgeschichte.

„Die empörten Reaktionen auf den Artikel kann ich sehr gut nachvollziehen. Ich teile die Empörung, denn Halle wird auf ein Thema reduziert. Aus meiner Sicht hat sich der Redakteur eines Zahlenmaterials bedient, das nicht repräsentativ für die Stadt ist und das plakativ auf leider noch immer vorhandene Klischees von Ostdeutschland zurückgreift.“ Harter Tobak, doch presserechtliche Schritte gegen das Blatt wurden von seiner Seite indessen bislang noch nicht eingeleitet. Theo Maass

Linke zündeln

Wieder mehr Autobrände in Berlin

In den ersten drei Monaten dieses Jahres hat sich die Zahl der Autobrandstiftungen in Berlin im Vergleich zum Vorjahreszeitraum fast verdoppelt: Standen im Vergleichszeitraum 2012 noch 34 Fahrzeuge in Flammen, waren es dieses Jahr bereits 64.

Darunter finden sich laut der Polizei mehr 2009 zählte die mutmaßlich politische Brandanschläge. Vier entsprechenden Anschlägen während der ersten drei Monate des vergangenen Jahres stehen jetzt zehn Vorfälle gegenüber.

Dabei dürfte dieser Anstieg nur die Spitze des Eisbergs freilegen, denn Berlin hat die Kriterien für eine Aufnahme von politischen Motiven für Brandstiftung deutlich eingeschränkt. Der Staatsschutz im Landeskriminalamt hat die Maßstäbe dafür im Herbst 2011 geändert.

Grund dafür war der Fall André H., der vor allem deutsche Autos in Gegenden angezündet hatte, in denen angeblich Mieterverdrängung stattfand, Feindbild: „Reiche“. Trotzdem wurde sein auch vor Gericht geäußerter Klassenhass nicht als politisches Motiv seiner 102 Anschläge gewertet. 2009 zählte die Polizei somit noch 145 politische Brandstiftungen. Die Zahl ging 2010 zurück, schnellte aber schon 2011 wieder auf 92 politische und 311 (angeblich) unpolitische Taten hoch.

Der Senat versucht nun erneut, den politischen Hintergrund herunterzuspielen: „Die statistischen Erhebungen lassen keine verbindlichen Rückschlüsse auf die nachgewiesene, also später gegebenenfalls gerichtlich festgestellte Tatmotivation zu“, teilte das CDU-geführte Innenressort auf Anfrage der Piratenpartei mit. SV

Kunstwettbewerb zum Widerstand

Das Menschenrechtszentrum Cottbus e. V. (Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus) ruft anlässlich des 60. Jahrestages des Arbeiteraufstandes in der DDR zu einem Kunstwettbewerb auf. Bis zum 8. Mai 2013 sollen junge Menschen zwischen 14 und 27 Jahren oder ganze Schulklassen und Jugendeinrichtungen Beiträge wie Zeichnungen, Collagen, Plakaten, Comics oder ausgedruckte Computergrafiken zum Thema „Zivilcourage und Widerstand in der DDR“ beim Menschenrechtszentrum Cottbus einreichen. Eine Jury wird eine Auswahl treffen, welche Kunstwerke auf wetterfestem Material vergrößert in der Gedenkstätte ausgestellt werden sollen. Die Prämierung erfolgt am 4. Juni, dem Jahrestag des chinesischen Aufstandes auf dem Platz des „Himmlichen Friedens“ in Peking 1989. Das Land Brandenburg und die Stadt Cottbus fördern den Wettbewerb. Am 10. und 11. April fanden jeweils Informationsveranstaltungen zum Wettbewerb statt. H.L.

Zeitzeugen



Peter Turkson – Der in Ghana geborene Kurienkardinal der römisch-katholischen Kirche wurde kurzfristig als möglicher Nachfolger von Papst Benedikt XVI. gehandelt. Doch seine kritischen Positionen zur Homosexualität und zum Islam sind im Vatikan nicht mehrheitsfähig und einigen Bischöfen und Kardinälen peinlich.

Magdi Cristiano Allam – Der 2008 von Papst Benedikt XVI. getaufte, in Ägypten geborene Journalist sorgte mit seinem Austritt aus der katholischen Kirche vor Ostern für Schlagzeilen. Der prominente Konvertit und EU-Abgeordnete verließ schon 2010 seine christdemokratische UDC, weil diese über das EU-Parlament indirekt mit der islamisch-konservativen türkischen AKP zusammenarbeitet.



Aiman Mazyek – Erst klang es so, als fordere der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland die Einführung zweier gesetzlicher Feiertage für Muslime. Dies wäre „ein wichtiges integrationspolitisches Zeichen“ und würde „die Toleranz in unserer Gesellschaft“ unterstreichen, so der 1969 in Aachen Geborene. Doch bereits wenige Tage später meinte der Sohn eines Syriers, man habe ihn falsch verstanden. Es sei ihm nicht um arbeitsfreie Tage gegangen, sondern um die Aufnahme der Termine in einen interreligiösen Kalender.

Hans-Jochen Jaschke – Dieses Mal konnte sich Mazyek nicht auf Unterstützung der Kirchen verlassen. So betonte der Hamburger Weihbischof und Vorsitzende der Unterkommission der Bischofskonferenz für den interreligiösen Dialog, muslimische Feiertage hätten keinen öffentlichen Charakter wie christliche Feiertage, die ein Zeichen der deutschen Kultur und der christlichen Prägung des Landes seit über 1000 Jahren seien.



Frank Otfried July – Der 1954 geborene Landesbischof der Evangelischen Landeskirche in Württemberg war bei seiner Reise in den Oman begeistert von der Toleranz, die er dort erlebte (siehe Kasten rechts). So war er angetan davon, dass er als Christ in einer Moschee vor 150 ausgesuchten Gästen sprechen durfte. Er bedauert, dass manche immer Bilder von verfolgten Christen vor Augen haben, das würde die Offenheit beim Dialog mit dem Islam nehmen.

Selbsttäuschung statt Dialog?

Neuer Papst sucht Gespräch mit dem Islam, doch bisher waren Ergebnisse ernüchternd

Wer den anderen ignoriere, könne „keine wahre Verbindung zu Gott haben“, so Papst Franziskus. Allerdings hat der interreligiöse Dialog die Lage der in vielen Erdteilen verfolgten Christen nicht verbessert.

Zumindest in der islamischen Welt hielt sich das Bedauern über den Rücktritt von Papst Benedikt XVI. in Grenzen. So richtig warm waren die verschiedenen Vertreter der Muslime von Indonesien über Ägypten bis Nigeria mit ihm nie geworden. Seine intellektuell anspruchsvolle Regensburger Rede von 2006, in der es auch um Gewalt im Islam im Mittelalter ging, wertete die islamische Welt als Angriff auf sich. Es kam zu Unruhen in zahlreichen islamischen Ländern. Und als Benedikt XVI. 2011 nach einem Anschlag auf koptische Christen in Ägypten einen besseren Schutz für Christen in dem Land forderte, brach die Al-Azhar-Universität in Kairo, die wichtigste Hochschule des sunnitischen Islams, den interreligiösen Dialog mit dem Vatikan ab. Die Al-Azhar-Universität habe die Forderung des Papstes als Einmischung in innere Angelegenheiten empfunden, er-

klärte der deutsch-libanesische Islamwissenschaftler Hussein Hamdan deren Verhalten erst vor Kurzem bei der „Deutschen Welle“.

Umso größer sind jetzt die Erwartungen der muslimischen Glaubensvertreter an den neuen Papst Franziskus. Dieser betonte beim Empfang des diplomatischen Korps im Vatikan sogleich, dass wer den anderen ignoriere, „keine wahre Verbindung zu Gott haben“ könne und ihm daher der interreligiöse Dialog sehr wichtig sei. Hierbei wolle er sein Hauptaugenmerk auf den Islam legen.

Über die Zielsetzung des neuen Papstes wurde meist kommentarlos berichtet, doch von einer Seite erhielt Franziskus Widerworte. Der Ex-Muslim und italienische EU-Abgeordnete Magdi Cristiano Allam verkündete medienwirksam seinen Austritt aus der katholischen Kirche. Zwar bleibe er Christ, so der 60-jährige gebürtige Ägypter, aber er könne die Blauäugigkeit der katholischen Kirche gegenüber dem Islam nicht weiter

mittragen. Der interreligiöse Dialog mit einer gewaltbereiten Religion wie dem Islam wäre „selbstmörderischer Wahnsinn“, denn der Koran und die in vielen muslimischen Ländern geltende Scharia machten es den Moslems unmöglich, in Frieden neben den Christen zu leben und diesen auf ihrem Gebiet die gleichen Rechte zu gewähren wie sich selbst. Allam, der 2008 von Papst Benedikt XVI. getauft wurde, ist einer der prominentesten Konvertiten weltweit. Der Journalist betonte in einem Beitrag in der Tageszeitung „Il Giornale“, er sei immer mehr davon überzeugt, dass Europa vom Islam unterworfen werde, so wie es seit Beginn des siebten Jahrhunderts bei anderen Mittelmeer-Anrainern der Fall war. Dies könne nur verhindert werden, wenn die Europäer und somit auch die Christen und ihre Kirchen dem mutig entgegentreten würden.

Dass Allam mit dieser Meinung in der katholischen Geistlichkeit auf wenig Resonanz stößt, weiß er

2012 verärgerte ein Video die Besucher der Bischofssynode



Franziskus beim Empfang des diplomatischen Korps: Der Papst möchte vor allem den Dialog mit dem Islam intensivieren Bild: Ullstein

Schlechte Zeiten überwiegen

Nur selten konnten Christen in muslimischen Ländern frei leben

Sehr wechselvoll“ soll die Geschichte von Islam und Christentum angeblich sein, schreibt die Christlich-Islamische Begegnungs- und Dokumentationsstätte (Cibedo). Doch diesen Wechsel zwischen guten und schlechten Zeiten hat es leider in den letzten 1400 Jahren wohl kaum gegeben: Kriege, Spannungen, Verfolgungen und Vertreibungen waren meist die bittere Realität.

Nach der brutalen Eroberungsphase islamischer Reiterheere im 8. und 9. Jahrhundert, der viele christlich geprägte Länder zum Opfer fielen, hat es nach Meinung mancher Historiker eine relativ tolerante Phase des Islam vom 9. bis 13. Jahrhundert gegeben. Dabei wird jedoch übersehen, dass in der Mitte dieser vermeintlichen kulturellen Hochblüte Sultan Al-Hakim am 18. Oktober 1009 die heiligsten Stätten der Christenheit in Jerusalem schändete und niederreißen ließ. Die Grabeskirche am Ort der Kreuzigung und Auferstehung Jesu fiel so seiner Zerstörungswut zum Opfer. Diese Wahnsinnstat Hakims löste letztendlich die Kreuzzüge des christlichen Abendlandes aus, die dann bis zum Ende des 13. Jahrhunderts andauerten.

Abgesehen von kriegesischen Auseinandersetzungen litten in den letzten 1400 Jahren Christen oder Andersgläubige in islamischen Ländern fast durchgehend unter Verfolgung und Benachteiligung, auch im spanischen Andalusien. Christen waren in der Regel Bürger zweiter Klasse, mussten Sondersteuern bezahlen oder wur-

Vertreibungen und Genozide überwiegen

den gleich aus ihren Heimatländern vertrieben, wofür auch die heutige Türkei ein trauriges Beispiel ist. Dieses Ursprungsland des Christentums, von den Aposteln Paulus und Johannes persönlich missioniert, wurde durch Vertreibung und Genozide erst im 20. Jahrhundert ein fast christenfreies Land, in dem bis heute keine Kirchen gebaut werden dürfen.

Im Blick auf 1400 Jahre islamisch-christlicher Geschichte schrieb Klemens Ludwig in der „Welt“: „Es gab und gibt keinen Staat mit muslimischer Mehrheit, der Pluralismus lebt und Minderheiten gleichberechtigt behandelt.“

Sobald sich – sei es nach einer friedlichen oder militärischen Eroberung – die Mehrheits- oder Herrschaftsverhältnisse zugunsten des Islams verschoben hatten, folgte eine Unterdrückung der Minderheiten, häufig auch mit Zwangskonversionen verbunden. Diese Tendenz lässt sich im Mittelalter und der frühen Neuzeit zwar auch in christlich regierten Ländern beobachten, jedoch erfolgte dort in den letzten Jahrhunderten ein Umschwung, der zu Religionsfreiheit führte. Das schloss jedoch nicht aus, dass sich unsere Vorväter auch militärisch gegen eine Islamisierung Europas wehrten. So kämpften sie gegen die osmanischen oder türkischen Eroberungsversuche vor Wien (1529, 1683) oder von Italien (1571).

Im Blick auf die gar nicht wechselvolle islamisch-christliche Geschichte erscheint das Reden von einem „Arabischen Frühling“ blauäugig. Menschenrechte und Demokratie kommen dort sofort unter die Räder, sobald eine islamische Partei die Mehrheit erobert hat. In elf der 57 Länder der Organisation für islamische Kooperation steht auf den Glaubenswechsel derzeit die Todesstrafe.

H.E. Bues

Äußerst einseitig

Während man ständig von Grußbotschaften christlicher Würdenträger zu muslimischen Feiertagen wie das Fastenbrechen zu Ramadan oder das Aschura-Fest liest, finden sich nur wenige gleichlautende Wünsche von Seiten muslimischer Vertreter zu christlichen Festen. Googelt man im Internet den Begriff „interreligiöser Dialog“ findet man viele Einträge bei christlichen Kirchen und wenig bei muslimischen Seiten, was jedoch auch an der Organisationsform der verschiedenen Religionen liegt. Immerhin findet man beim Dachverband der türkisch-islamischen Moscheen in Deutschland, der Ankara unterstellten Ditib, das Thema „interreligiöser Dialog“. Doch in der Realität wird dieser in der Türkei nicht gelebt. Christen sehen sich dort strengen Reglementierungen ausgesetzt,

Negative Fakten werden ausgeblendet

die wenig mit religiöser Freiheit zu tun haben. Zuletzt belegte der württembergische evangelische Landesbischof Frank Otfried July im Februar bei seiner Reise in den Oman, dass der Wille zum interreligiösen Dialog von christlicher Seite so groß ist, dass dafür auch Fakten ausgeblendet werden. So sagte July über das Sultanat, in dem die Scharia gilt: „Hier kann man als Christ gut leben, Gottesdienste feiern, Kirchen bauen.“ David Atkinson vom überkonfessionellen Hilfswerk „Open Doors“ widerspricht. Gegenüber der PAZ sagte er, dass die etwa 35 000 ausländischen Christen nur an drei Stellen registrierte Gottesdienste feiern könnten. Diese Gebäudekomplexe seien aber von außen nicht als Kirchen erkennbar. Zudem würden alle Gottesdienste von Beamten überwacht, um Aussagen zu überprüfen und um sicherzustellen, dass keine einheimischen Besucher teilnehmen. Wer vom Islam zum Christentum konvertiert, müsse mit dem Verlust von Familie, Arbeitsstätte und mehr rechnen. *Bel*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:

Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbrief:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahltz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – ISSN 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000, Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon (040) 4140 08-0

Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **2503**

Wie ein schleichendes Gift

Der schwache Euro lähmt auf Dauer Deutschlands weltweite Wettbewerbsfähigkeit

Wie viele Familien in der Euro-Zone können ihre Hypothekenzinsen nicht mehr zahlen, wenn die Leitzinsen in der Euro-Zone wieder ansteigen? Welche Auswirkungen auf Privathaushalte hat es, wenn in einem Land die Immobilienpreise einbrechen? Derartige Fragen waren die Motivation für die Europäische Zentralbank (EZB), in 15 Euro-Ländern insgesamt 62 000 Haushalte zu ihrer Vermögenssituation zu befragen. Das Ergebnis der Befragung ist vor allem für die Deutschen niederschmetternd.

Weder für einen Spitzenplatz noch für das Mittelfeld hat es gereicht – nach Abzug aller Schulden ist das Nettovermögen der Masse der deutschen Haushalte niedriger als in jedem anderen Euro-Land. Das Medianvermögen – der Wert, den 50 Prozent der Haushalte übertreffen und 50 Prozent unterschreiten – liegt in der Euro-Zone bei 109 200 Euro. Deutschland landet mit einem Medianwert von 51 400 Euro auf dem letzten Platz. Nimmt man das statistisch weniger aussagekräftigere Durchschnittsvermögen – Gesamtvermögen durch Anzahl der Haushalte –, liegt Deutschland mit 195 000 Euro noch immer im unteren Drittel der Tabelle. Für die inzwischen laut gewordene Vermutung, die Vermögenserhebung der EZB sei bewusst so lange vor der Öffentlichkeit zurückgehalten worden, bis das Rettungspaket für Zypern fertig verhandelt ist, gibt es gute Gründe. Mit einem Medianvermögen von 266 900 Euro gehören die Zyprioten zu den reichsten Europäern überhaupt. Zusammen mit den Werten für Luxemburg und Malta lässt die Erhebung den Schluss zu, dass die wohlhabendsten Europäer in kleineren Ländern mit weit überdimensionierten Bankensektoren leben, denen obendrein noch der Ruf voraus eilt, Steuerdumping zu Lasten anderer zu betreiben. Ob Irland – das an der jetzt vorgelegten Studie noch nicht teilgenommen hat

– davon eine Ausnahme ist, wird sich bei der nächsten EZB-Erhebung zeigen. Der für Zypern gel-

Zyprioten sind viel reicher als Deutsche

tende Befund – die Geretteten sind deutlich wohlhabender als die Retter – gilt für sämtliche Euro-Krisenländer, die im Zuge der „Rettungspolitik“ Milliarden deutscher Steuergelder erhalten haben. Beinahe als Hohn müssen angesichts des en



Schwer wie ein Stein: Der Euro belastet immer mehr die politischen Beziehungen in Europa

Forderungen nach noch höheren europäischen Transferzahlungen oder Euro-Bonds erscheinen, wie sie von der SPD oder den Grünen regelmäßig aufgestellt werden. Bemühungen, die brisanten Daten der EZB wieder zu relativie-

ren, sind inzwischen längst ange laufen. Medien, die sich noch vor Kurzem ausführlich an der ungleichen Vermögensverteilung in Deutschland abgearbeitet haben, lassen kein gutes Haar an der EZB-Datenerhebung. Bemängelt wird etwa der Zeitpunkt der Datenerfassung, doch tatsächlich hat es nur im Fall von Spanien einen nennenswerten Rückgang der Immobilienpreise seit der dortigen Datenerhebung (2008) gegeben. Wenig Entlastung b r i n g t

ren, erklären kaum den gravierenden Vermögensunterschied zu Deutschland.

Trotzdem trägt Deutschland größte Last bei Euro-Rettung

So negativ die bisherige Bilanz mit dem Euro für die Masse der Deutschen jetzt schon ist, die Lage droht sich künftig

tungsfonds ESM, sondern auch durch die über 600 Milliarden Euro offene Forderungen der Bundesbank an andere Euro-Zentralbanken im Rahmen des europäischen Target2-Zahlungssystems. Sollten diese Summen eines Tages als Verlust verbucht werden müssen, würde Deutschland mit einem Schlag zu einem der am höchsten verschuldeten Staaten der Welt werden. Fraglich ist, ob die Bundesrepublik mit dieser Bürde überhaupt noch zukunftsfähig wäre.

Weniger wahrgenommen wird allerdings eine andere Gefahr. Der durch die EZB bewusst geschwächte Euro beflügelt momentan zwar die deutschen Exporte, langfristig wirkt eine Schwachwährung allerdings wie ein schleichendes Gift, das die Wettbewerbskraft tötet. Was auf die Deutschen mit einem Euro als Weichwährung zukommt, lässt sich am Beispiel Italiens ablesen. Dort wurde mit schöner Regelmäßigkeit die Lira abgewertet, um die Exportpreise der italienischen Wirtschaft konkurrenzfähig zu halten. Die Folge: Ein Teufelskreis aus Abwertungen und Teuerungen, der durch steigende Inflation und immer höhere Lohnforderungen angefeuert wurde.

Das Erfolgsgeheimnis der deutschen Wirtschaft war in der Vergangenheit das genaue Gegenteil. Sie war international extrem wettbewerbsfähig trotz harter Währung und hoher Löhne. Die Tugend, durch Innovationen und hohe Qualität höhere Preise auf dem Weltmarkt durchzusetzen, droht durch den schwachbrüstigen Euro allerdings schleichend immer mehr verloren zu gehen.

Norman Hanert

Ideologie statt Fakten

Streit um Frauenquote von Realität abgekoppelt

Täglich vermeldeten die Medien neue Details zu den Querelen in der CDU, die die Partei offenbar von innen heraus zu zerreißen drohten. Es schien, als würde von der Abstimmung im Bundestag am vergangenen Donnerstag die Zukunft der Partei abhängen. Doch wer vermutet, es ginge um existenzielle Themen, der irrt. Rund 30 Frauen in der Partei hatten angekündigt, für das dem Bundestag vom rot-grün dominierten Bundesarbeit vorgelegte Gesetz zur Frauenquote in Aufsichts- und Verwaltungsräten zu stimmen. Während Grüne und SPD triumphierten, kämpfte die CDU darum, die Rebellinnen unter der Führung von Arbeitsministerin Ursula von der Leyen wieder auf CDU-Linie zu bekommen, wobei man sich in der Partei nicht sicher war, was überhaupt CDU-Linie ist.

In der letzten Phase des Streites ging es dann um eine Frauenquote von 20 Prozent bis 2018 und 40 Prozent bis 2028, wie es SPD und Grüne vorschlugen, oder um eine im CDU-Wahlprogramm aufgenommene Frauenquote von 30 Prozent bis 2020. Argumente spielten hingegen in der öffentlichen Darstellung des Konfliktes keine

Rolle. Die Hinweise des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) zu den Fakten gingen unter. Dieser verwies darauf, dass das durchschnittliche Alter von Aufsichtsratsmitgliedern 60 Jahre betrage. „Für eine sachliche Analyse kann folglich der heutige Frauenanteil in Aufsichtsräten nicht mit dem heutigen Frauenanteil bei Abiturienten und Hochschulabsolventen verglichen werden“, so der DIHK. Ein realistischer Vergleich sei demnach mit dem Frauenanteil

unter den Hochschulabsolventen in den 1980er Jahren zu führen. Dieser lag damals in den Wirtschaftswissenschaften bei 11,6 Prozent und bei den Ingenieurwissenschaften bei 9,4 Prozent. Laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung lag der Frauenanteil in Aufsichtsräten bei den Top-200-Unternehmen 2012 in Deutschland bei 13 Prozent, Tendenz steigend. Da neben Fachkenntnis auch Berufserfahrung Voraussetzung für die Ausübung eines Aufsichtsratsmandates ist, diese aber nicht „verschult“ an Frauen weitergegeben werden könne, ist der DIHK überzeugt, dass den Unternehmen nicht überall genügend Kandidatinnen zur Verfügung stehen. Bel

ebenso der Hinweis auf unterschiedliche Haushaltsgrößen. Deutschland liegt nur knapp unter dem Schnitt von 2,32 in der Euro-Zone. Selbst die durchschnittlich 2,7 Personen, die in Zypern zu einem Haushalt gehö-

ren, weiter zu verschlechtern. Je länger die Versuche der Euro-Rettung andauern, desto wahrscheinlicher wird es, dass Deutschland wirtschaftlich regelrecht ausblutet. Gefahr droht nicht nur durch Verpflichtungen für den Euro-Ret-

ten, sondern auch durch die Kosten der Euro-Rettung. Die Kosten der Euro-Rettung werden auf 100 Milliarden Euro geschätzt. Das ist ein Betrag, der in der deutschen Geschichte noch nie erreicht wurde. Die Kosten der Euro-Rettung werden auf 100 Milliarden Euro geschätzt. Das ist ein Betrag, der in der deutschen Geschichte noch nie erreicht wurde.

öffentlich-rechtliche Konkurrenz sieht die Entwicklung mit verhaltener Schadenfreude: Zwar schwimmen die gesetzlichen Krankenkassen derzeit in Milliardenüberschüssen, wissen aber genau, wie schnell dieser beneidenswerte Zustand ins Defizitäre umschwenken kann.

In Deutschland sind knapp elf Prozent der Menschen (knapp neun Millionen) privat krankenversichert. Der große Rest gehört einer der – immer noch viel zu vielen – 134 gesetzlichen Kassen an: 30 Millionen Arbeitnehmer, 18 Millionen Rentner, 17 Millionen mitversicherte Familienangehörige, fünf Millionen freiwillig

Versicherte. Ausgaben und Einnahmen sind allerdings ungleich verteilt. Von den rund 300 Milliarden Euro Gesundheitskosten im Jahr tragen die gesetzlichen Kassen nur 58 Prozent. Der Rest wird aus den Leistungen der privaten Kassen, der Eigenbeiträge der hier Versicherten, Zahlungen anderer Leistungsträger sowie aus Steuermitteln finanziert. Der Privatpatient zahlt im Jahr durchschnittlich etwa 3500 Euro Beitrag, der gesetzlich Versi-

cherte rund 300 Euro weniger. Dafür sind bei ihm nicht verdienende Familienangehörige mitversichert.

Ungleichheit herrscht auch auf der Empfängerseite. Üblicherweise berechnet der Arzt für ein und dieselbe Leistung beim Privatpatienten ein spürbar höheres Honorar, zum Beispiel das 2,3-Fache statt des 1,8-Fachen des Gebührensatzes. Zur Begründung wird darauf verwiesen, auf Grund der Gebührensätze müsse man bei Kassenpatienten meist „draufzahlen“; insgesamt sei die ärztliche Versorgung eben nur noch durch überhöhte Honorare der Privatpatienten bezahlbar. Dieses Argument mag oft zutreffen, wohl aber nicht immer.

Den betroffenen Patienten dürfte das weniger tangieren als der Blick aufs eigene Konto. Hier ein der Redaktion vorliegendes konkretes Beispiel: Ein 70-jähriger Privatversicherter reicht nach zweiwöchiger stationärer Intensivbehandlung Krankenhaus- und Arztrechnungen in Höhe von 9427,85 Euro ein. Erstattet werden ihm 6385,50 Euro. Das „Privileg“, in einem Zweibettzimmer allmor-

MELDUNGEN

Cohn-Bendit spaltet

Stuttgart – „Ich gehe zu der Preisverleihung, weil ich Daniel Cohn-Bendit aufgrund seiner Verdienste für Demokratie und Zivilgesellschaft für preiswürdig halte“, erklärte der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne), warum er am 20. April trotz Bürgerprotesten das Grußwort für den 48. Theodor-Heuss-Preisträger hält. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, der die Festrede halten sollte, und Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) haben hingegen der FDP-nahen Theodor-Heuss-Stiftung eine Absage erteilt. Grund sind die Aussagen des Grünen-Politikers Cohn-Bendit in einem Buch aus dem Jahr 1975, in dem er über erotische Spiele mit Fünfjährigen schreibt. Leutheusser-Schnarrenberger ist im Vorstand der Stiftung. Bel

Mindestlöhne ignoriert

Berlin – Wegen Nichtgewährung des Mindestlohns im Bauhaupt- und Baunebengewerbe wurden 2011 Bußgelder in Höhe von 10,91 Millionen Euro verhängt, wie die Bundesregierung jetzt in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mitteilte. 2010 beliefen sich die Bußgelder auf knapp 14 Millionen Euro. Einen einheitlichen Mindestlohn gibt es in Deutschland zwar nicht, allerdings gelten für zwölf Branchen Lohnuntergrenzen, also faktische Mindestlöhne. Insgesamt erhalten in Deutschland etwa 3,9 Millionen Beschäftigte einen tariflich abgesicherten Mindestlohn von mindestens 7,50 Euro pro Stunde. In nennenswertem Umfang wurden Bußgelder wegen Nichtgewährung des Mindestlohns auch in der Gebäudereinigung festgesetzt. Sie beliefen sich 2011 auf 748 000 Euro. U.B.

Dauerthema von Wahl zu Wahl

Gesundheitsreform: Außer den Patienten haben sich alle in dem System gut eingerichtet

Gesundheit wird immer teurer. Mal kriselt es bei den Privaten, mal bei den Gesetzlichen. Eine grundlegende Reform des fragilen Systems ist überfällig, darin sind sich Gesundheitspolitiker jeglicher Couleur und Partei einig. Dies übrigens seit Jahrzehnten. Daran hatten die allwöchentlichen Ankündigungen der nunmehr erfolgreichen ultimativen Reform durch die einstige Ministerin Ulla Schmid nichts geändert, und daran wird sich, so fürchten leidgeprüfte Beitragszahler, auch in den nächsten Jahrzehnten nichts ändern.

Derzeit erwischt es die privaten Krankenversicherer. Vier von ihnen haben allein in den letzten Tagen Tarifierhöhungen angekündigt, weitere werden folgen. Zugleich klagen sie über die zunehmende Zahl von Mitgliedern, die im Ruhestand den Beitrag nicht mehr zahlen können.

Ein Randproblem, das nur eine kleine Minderheit tangiert, könnte man meinen – zudem ein Luxusproblem, da ja der Privatpatient in aller Regel zu den sogenannten Reichen zählt, also kaum Anspruch auf Mitgefühl hat. Die

öffentlichen rechtliche Konkurrenz sieht die Entwicklung mit verhaltener Schadenfreude: Zwar schwimmen die gesetzlichen Krankenkassen derzeit in Milliardenüberschüssen, wissen aber genau, wie schnell dieser beneidenswerte Zustand ins Defizitäre umschwenken kann.

In Deutschland sind knapp elf Prozent der Menschen (knapp neun Millionen) privat krankenversichert. Der große Rest gehört einer der – immer noch viel zu vielen – 134 gesetzlichen Kassen an: 30 Millionen Arbeitnehmer, 18 Millionen Rentner, 17 Millionen mitversicherte Familienangehörige, fünf Millionen freiwillig Versicherte. Ausgaben und Einnahmen sind allerdings ungleich verteilt. Von den rund 300 Milliarden Euro Gesundheitskosten im Jahr tragen die gesetzlichen Kassen nur 58 Prozent. Der Rest wird aus den Leistungen der privaten Kassen, der Eigenbeiträge der hier Versicherten, Zahlungen anderer Leistungsträger sowie aus Steuermitteln finanziert. Der Privatpatient zahlt im Jahr durchschnittlich etwa 3500 Euro Beitrag, der gesetzlich Versi-

cherte rund 300 Euro weniger. Dafür sind bei ihm nicht verdienende Familienangehörige mitversichert.

Ungleichheit herrscht auch auf der Empfängerseite. Üblicherweise berechnet der Arzt für ein und dieselbe Leistung beim Privatpatienten ein spürbar höheres Honorar, zum Beispiel das 2,3-Fache statt des 1,8-Fachen des Gebührensatzes. Zur Begründung wird darauf verwiesen, auf Grund der Gebührensätze müsse man bei Kassenpatienten meist „draufzahlen“; insgesamt sei die ärztliche Versorgung eben nur noch durch überhöhte Honorare der Privatpatienten bezahlbar. Dieses Argument mag oft zutreffen, wohl aber nicht immer.

Den betroffenen Patienten dürfte das weniger tangieren als der Blick aufs eigene Konto. Hier ein der Redaktion vorliegendes konkretes Beispiel: Ein 70-jähriger Privatversicherter reicht nach zweiwöchiger stationärer Intensivbehandlung Krankenhaus- und Arztrechnungen in Höhe von 9427,85 Euro ein. Erstattet werden ihm 6385,50 Euro. Das „Privileg“, in einem Zweibettzimmer allmor-

gendlich vom Chefarzt höchstpersönlich begrüßt zu werden, darf er mit 3042,35 Euro Eigenanteil bezahlen, was mehr als das Anderthalbfache seiner Monatsrente ausmacht. Ein anderes Beispiel: Eine ebenfalls 70-jährige, wegen zeitweiliger Selbstständigkeit privatversicherte, zahlt bei 632,30 Euro Rente, 428,17 Euro Versicherungsbeitrag – im Standardtarif mit GKV-Leistungen. Als Kassenpatientin würde sie dafür nur knapp 43,02 Euro im Monat zahlen. Aber einen Weg zurück gibt es nicht.

Schon heute sind viele Privatversicherte durch Beiträge und Selbstbeteiligung überfordert. Und wegen der beängstigenden Zunahme teurer Volkskrankheiten bekommen auch die gesetzlich Versicherten die Grenzen der Finanzierbarkeit des Gesundheitswesens zu spüren. Aber Politiker, private und gesetzliche Versicherer haben sich in dem System gut eingerichtet. So bleibt die Gesundheitsreform ein Thema für den Wahlkampf. Denn auch im Spätherbst 2013 gilt: Nach der Wahl ist vor der Wahl. Hans-Jürgen Mahlitz

Die »Privilegien« müssen teuer bezahlt werden

MELDUNGEN

Keine Gnade für Timoschenko

Kiew – Nachdem der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch den Ex-Innenminister und Timoschenko-Weggefährten Jurij Luzenko sowie den früheren Umweltminister Georgij Filiptschuk begnadigt hatte, nachdem beide etwa die Hälfte ihrer Haftstrafe abgesessen, fordernten Timoschenko-Anhänger wie auch Jacek Protasiewicz, Vizepräsident des Europaparlaments, im Fall Timoschenko genauso zu verfahren. Experten gehen davon aus, dass die Ukraine mit der Freilassung der Oppositionellen ein eindeutiges Signal in Richtung EU senden wollte, die für eine Integration der Ukraine in die EU eine Reihe politischer Forderungen an Janukowitsch gestellt hat, unter anderem die Freilassung politischer Gefangener. An der Inhaftierung von Ex-Regierungschefin Timoschenko hält die ukrainische Regierung mit Verweis auf laufende Verfahren allerdings weiter fest. Experten glauben, dass sich bis zur nächsten Präsidentenwahl 2015 daran nichts ändern wird. *MRK*

Mazedonien näher an die EU

Brüssel – Das Europäische Parlament hat am 8. April empfohlen, die EU solle bis Ende Juni Beitrittsgespräche mit Mazedonien beginnen. Das Land habe in bislang vier „Fortschrittsberichten“ Bestnoten bekommen, auch der kommende Frühjahrsbericht werde gut ausfallen, eine erneute Verschleppung des EU-Beitritts würde Kosten und Spannungen im Land und in der Region erhöhen, so die Resolution, die der britische Makedonienberichterstatter Richard Howitt einbrachte. Doch Howitt zweifelt zugleich an einem Erfolg, da Griechenland einen EU-Beitritt Mazedoniens wegen dessen Namen blockiert, da es diesen für sich in Anspruch nimmt. *W.O.*

Polen setzt auf USA

Militärausrüstung stammt aus US-Produktion

Seit einigen Jahren liegt in der Werft von Gdingen ein schwimmender Rumpf herum. Gearbeitet wird daran schon lange nicht mehr. Zur Jahrtausendwende hatte das polnische Verteidigungsministerium noch große Pläne. Nach dem deutschen Design MEKO100 sollten gleich sieben Korvetten für die polnische Marine gebaut werden. Begonnen wurden schließlich zwei, aber nur „Slazak“ lief 2009 vom Stapel. Zunächst hieß es, das Projekt werde nicht weiter verfolgt. Dieser Tage gab der Verteidigungsminister Tomasz Siemoniak nun bekannt, die Korvette werde nun doch noch fertig gebaut. Anvisierter Termin: 2016. Gleichzeitig verkündete der Verteidigungsminister, die Marine solle noch ein U-Boot und zehn Minenjäger erhalten. So ganz neu ist diese Ankündigungspolitik im Polen allerdings nicht. In den 20er Jahren wollte man Kreuzer und Schlachtschiffe beschaffen, daraus wurden schließlich bis 1939 vier Zerstörer.

Gleichzeitig will Polen die 48 Jagdbomber des Typs Suchoi „Su 22“ ausmustern und neues fliegendes Material beschaffen. Gleich vier Geschwader (82 Exemplare) Kampfdrohnen, zusätzlich US-amerikanische Lockheed Martin

Die Republik Moldau steckt in der Krise. Kommunisten und eigene Anhänger stürzten mit einem Misstrauensvotum Premier Vladimir Filats pro-rumänische „Allianz für Europäische Integration“. Sollten die Kommunisten die Macht wiedererlangen, scheitert Chisinaus EU-Annäherungspolitik. Mit einer Unterschriften-sammlung für eine Wiedervereinigung mit Rumänien will die rumänische Bürgerinitiative „Actiunea 2012“ dies verhindern.

Die Chancen, dass die kleine Republik Moldau ihren angestrebten EU-Beitritt voranbringen kann, stehen angesichts der Probleme im Inneren schlecht. Dabei liefen die 2010 geführten Assoziierungsgespräche mit Brüssel zunächst gut an. Von den Staaten, die im Rahmen des Europaprojekts „Östliche Partnerschaft“ enger an die EU gebunden werden sollten – Armenien, Georgien, Aserbaidschan, Weißrussland, Ukraine – schien Moldau die Voraussetzungen am ehesten zu erfüllen.

Filz und Korruption ließen jedoch die pro-rumänische Koalition „Allianz für Europäische Integration“, zu der sich nach der chaotischen letzten Parlamentswahl schließlich vier demokratische Parteien unter der Führung von Premier Vladimir Filat zusammengeschlossen hatten, zerbrechen. Fatalerweise sind neben dem Innen- auch der Gesundheitsminister und sogar Filat selbst von Korruptionsvorwürfen betroffen.

Die für diesen Herbst vorgesehene Ratifizierung des Assoziierungsabkommens wurde nun auf das nächste Jahr verschoben. 58 Millionen Euro, die als letzte Tranche eines Kredits des Internationalen Währungsfonds (IWF) mit einem Gesamtvolumen von 437 Millionen Euro, der Ende März zur Auszahlung kommen sollten, wurden mit der Begründung zurückgehalten, dass Moldau die Zusammenarbeit mit dem IWF verweigere.

F-16 Mehrzweckflugzeuge und 70 Hubschrauber stehen auf dem Wunschzettel. Der Wunsch nun auch noch Cruise-Missiles zu beschaffen, erscheint hingegen unrealistisch. Es sei denn, Polen würde großzügige Finanzhilfe – etwa aus den USA – erhalten.

Interessant in diesem Zusammenhang ist die bisherige Beschaffungspolitik Polens. Abgesehen von 128 deutschen „Leopard“

Andere Osteuropäer kaufen europäisch

Lockheed Martin F-16 Mehrzweckflugzeuge und die beiden Fregatten der Marine aus US-Arsenalen. Damit zeigt Polen – anders als die anderen ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten – eine antieuropäische Affinität. So schafften die Tschechei und Ungarn Saab Mehrzweckflugzeuge an, Rumäniens Marine betreibt ehemalige britische Fregatten und Bulgarien ehemals belgische Kriegsschiffe. Auch die Seestreitkräfte der drei baltischen Staaten bevorzugten modernes ausgemustertes europäisches Kriegsmaterial. Polen geht einen Sonderweg, der für die europäische Rüstungsindustrie gerade in den Zeiten knapper Kassen schädlich ist. *Theo Maass*

Moldau am Scheideweg

Bürgerinitiative setzt sich für Union mit Rumänien ein – Korrupte Regierung enttäuscht EU



Hoffnungsträger für „Östliche Partnerschaft“: Vladimir Filat empfängt Angela Merkel im Herbst 2012 Bild: dapp

Mit der Losung „Bessarabien heimholen“ wollte die rumänische Bürgerinitiative „Actiunea 2012“ jetzt 200 000 Unterschriften für einen Anschluss Moldaus an Rumänien sammeln. Unterstützung erfuhr die Bürgerinitiative durch die moldauische Abgeordnete Anna Gutzu (Liberaldemokratische Partei), die in der Verfassung „Moldauisch“ als Amtssprache durch „Rumänisch“ ersetzt haben will. Rumänisch soll nach Guzus Vorstellung alleinige Amtssprache sein. In offiziellen Bereichen und staatlichen Berufen darf dann nicht mehr Russisch gesprochen werden. In einigen Teilen des Landes, vor allem im abtrünnigen Transnistrien und dem autonomen Gebiet Gagausiens ist Russisch zweite Amtssprache.

Ähnlich wie die Ukraine ist Moldau tief gespalten in einen pro-westlichen und einen pro-russischen Bevölkerungsteil. Mit einem Verbot der russischen Sprache würden alte Konflikte wieder entfacht. Nach dem Zerfall der Sowjetunion kam es zu kriegesischen

Auseinandersetzungen mit dem schmalen Landstrich Transnistrien östlich des Dnister, der zur Abtrennung führte. Transnistrien steht unter russischem Einfluss.

Moldau blickt auf eine bewegte Geschichte zurück, in der das klei-

Bevölkerung weiß nicht, welcher Kurs der bessere ist

ne Land immer wieder im geopolitischen Interesse der Großmächte stand. Durch die Vereinigung der Fürstentümer Moldau und Walachei entstand 1859 der moderne rumänische Staat. Das von den Flüssen Pruth im Westen und Dnister im Osten begrenzte Land war jahrhundertlang eine Pufferzone zwischen Österreich, Russland und Osmanischem Reich. Die Gebietsbezeichnung „Bessarabien“ entstand 1812, als das Fürstentum Moldau die Herrschaft an Russland abtrat. Bis 1917 war das Gou-

vernement Bessarabien Teil des russischen Reiches. 1918 kehrte es für kurze Zeit zu Rumänien zurück. Nach dem Zweiten Weltkrieg war es autonome Sowjetrepublik, das Land wurde russifiziert.

In den Jahren 1990 bis 1992 hatte es schon einmal eine starke Bewegung zur Wiedervereinigung mit Rumänien gegeben, die allerdings folgenlos blieb. Heute unterstützt Rumänien Moldau bei dessen Annäherung an Europa. Obwohl Rumänien als ärmstes Mitglied der EU gilt, ist der Nachbar im Westen für Moldau fortschrittlich und vergleichsweise wohlhabend. Moldau, das zu 80 Prozent Kulturland mit fruchtbarer Schwarzerde ist, gilt als eines der wirtschaftlich schwächsten Länder Europas. Das warme, trockene Klima erlaubt Wein- und Obstanbau in großem Maßstab. Als Teil der Sowjetunion war es eine der reichsten Republiken. Nach dem Zerfall der Sowjetunion blieb Russland der wichtigste Abnehmer für Wein und Spirituosen. Mit dem russischen Importverbot für moldauischen Wein

2006 schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Moldaus erheblich. Ein Viertel der Bevölkerung, die 2004 bei 3,9 Millionen Einwohnern lag, wanderte ins Ausland ab. Ein Drittel des moldauischen Budgets stammt heute aus Transferzahlungen im Ausland tätiger Angehöriger. Manche von ihnen arbeiten in der EU, der Großteil aber in Russland.

In dieser Situation wissen viele Moldauer nicht, wie sie sich ihre Zukunft wünschen sollen. Das Land steht am Scheideweg. Für eine Wiedervereinigung mit Rumänien spricht der rumänische Pass, der Reisefreiheit

innerhalb der EU, einen erleichterten Zugang zu westlichen Arbeitsmärkten, aber auch zu den Sozialsystemen bietet. Andererseits bringt der Beitritt zur Zollunion mit Russland ebenfalls Vorteile, zumal zwei Drittel der im Ausland arbeitenden Moldauer ihr Geld in Russland verdienen. Umfragen belegen die Verunsicherung: 54,7 Prozent der Befragten sind für einen EU-Beitritt, 55,8 Prozent befürworten aber auch einen Beitritt zur Zollunion mit Russland.

Für die EU ist Moldau ein wichtiger Partner für eine erfolgreiche Osteuropapolitik. Filat und EU-Kommissarin Catherine Ashton untermauerten dies mit einem Abkommen zur Teilnahme an militärischen EU-Operationen in Krisenregionen. Chisinau sagte die Teilnahme seiner Soldaten bei Operationen in Somalia und Mali zu, was zu scharfen Protesten („... unsere Soldaten als Kanonenfutter für Geld aus Brüssel“) seitens der Kommunisten führte.

Manuela Rosenthal-Kappi

Zur Einladung genötigt

Türkei lädt vertriebene Aramäer und Griechen zur Rückkehr ein

Am 4. April hat die Türkei im Zuge der Angleichung ihrer Gesetze an die EU-Vorgaben erstmals in ihrer Geschichte ein Gesetz zum Asylrecht verabschiedet, in dem auch der Status von Ausländern gesetzlich geregelt ist. Schon im Vorfeld dieses Gesetzes hatte die Türkei einzelne Initiativen ergriffen, um ehemalige christliche Bürger ihres Landes einzuladen, in die Türkei zurückzukehren.

Als erstes wurden diejenigen eingeladen, die als letzte gegangen waren. Dies waren die Aramäer aus dem Tür Abdin in der Südosttürkei, die seit 1980 infolge des türkisch-kurdischen Bürgerkrieges in dieser Region ihre jahrhundertealte Heimat verlassen haben. Präsident Abdullah Gül und der stellvertretende Premierminister Bulent Arinc fuhren seit 2010 regelmäßig extra nach Deutschland und Schweden, um die dort lebenden Aramäer aus dem Tür Abdin zur Rückkehr zu bewegen. Nur ein Dutzend Familien sind diesem Aufruf gefolgt und haben seit 2010 einige entleerte Dörfer in der „Berg der Gottesknechte“ genannten Region um das Kloster Mor Gabriel wieder besiedelt.

Von einer Massenmigration kann daher kaum die Rede sein. Zudem war die Türkei den Rückkehrwilligen kaum behilflich. Im Gegenteil.

Durch die Teilenteignung des Klosters Mor Gabriel durch ein türkisches Gericht mit Hilfe des Staates hat man viele noch rückkehrwillige Aramäer endgültig abgeschreckt.

Neuen Auftrieb könnte das Projekt allerdings erhalten, wenn es wirklich zu einem Friedensschluss zwischen der PKK und der Regierung Erdogan kommen sollte. Auch der Bürgerkrieg in Syrien, der bereits viele syrische Flüchtlinge in die Türkei gebracht hat, könnte sich auswirken, denn es gibt Anzeichen dafür, dass der Patriarch der syrisch-orthodoxen Kirche seinen Amtssitz, der sich seit 1923 in Damaskus befindet, wieder in die Türkei zurückverlegt. Dies würde dann viele Aramäer aus Syrien, allerdings nicht aus Europa, dazu verleiten, ihm zu folgen. Das neue Asylgesetz hat die gesetzliche Grundlage dazu geschaffen.

Die zweite Gruppe ehemaliger Türkeibewohner, die eingeladen wurde, zurückzukehren, waren die Istanbulgriechen, die infolge der „Istanbul Kristallnacht“ vom September 1955 die Türkei verlassen hatten. Dieser Pogrom gegen die letzten Griechen der ehemaligen Landeshauptstadt war damals vom türkischen Ministerpräsi-

den Adnan Menderes und der Presse wegen einer angeblichen Schändung des Geburtshauses von Kemal Atatürk in Thessaloniki angestachelt worden. Ohne dass die Polizei einschritt, wurden damals massenhaft griechische, armenische und jüdische Geschäfte geplündert. 38 Kirchen wurden vollständig zerstört, viele weitere geplündert und beschädigt, ganze Friedhöfe entweiht und viele griechische Schulen verwüstet. 1964 wurden schließlich die letzten 100 000 Griechen des Landes verwiesen. Von den heutigen 14 Millionen Einwohnern Istanbuls sind nur noch 2500 Griechen. Doch die Wirtschaftskrise in Griechenland trägt zur Abwanderung vieler Helenen Richtung Türkei bei, denn die türkische Wirtschaft boomt.

Der ökumenische Patriarch von Konstantinopel, Patriarch Bartholomäus I., das Oberhaupt der griechisch-orthodoxen Kirche, unterstützt das Angebot des türkischen Ministerpräsidenten Tayyip Recep Erdogan zur Rückkehr der Griechen nach Istanbul. Allerdings verlangt er auch Garantien und die Rückgabe des enteigneten Grundeigentums und der Immobilien.

Diese Garantien und die Rückgabe ihres Besitzes seien wichtig, weil die Nachkommen der Istanbulgriechen heute kaum noch Türkisch sprechen und sich bei ihrer Rückkehr eine neue Existenz aufbauen müssten, erklärte Bartholomäus.

Der Patriarch nutzte die öffentliche Diskussion um das Rückkehrangebot auch, um eine Stellungnahme zu der im türkischen Parlament gestellten Petition für eine Wiedereröffnung der Hagia Sophia als muslimischer Gebetsstätte abzugeben. Er sagte: „Die Hagia Sophia war Tausend Jahre bereits eine Kirche bevor die Türken im 15. Jahrhundert Konstantinopel eroberten. Wenn sie als Gebetsstätte wiedereröffnet werden sollte, sollten auch die Christen dort einen Platz haben zum Beten.“

Kurz vor der Verabschiedung des neuen Ausländergesetzes wurde Ende März auf der Insel Imbros, die auf Türkisch Gökceada heißt, eine vor 50 Jahren geschlossene griechische Schule wieder eröffnet, sozusagen als Zeichen des guten Willens. Nach der Vertreibung der griechischen Bewohner im Rahmen der Zypernkrise der 1960er und 1970er Jahre blüht auf den Inseln nur noch der Friedhof-Tourismus. Viele der griechischen Dörfer auf den Inseln sind leer geblieben. *Bodo Bost*

Ungebremster Absturz

Frankreich: Wirtschaft und Staatshaushalt befinden sich in Auflösung, doch die Regierung handelt nicht

Wie im Zeitraffer scheint Frankreich auf einen Abgrund zuzurasen. Während die Wirtschaftskrise immer schwerer wird, scheint die politische Führung um Präsident François Hollande wie gelähmt. Da hilft auch keine medienwirksame Veröffentlichung der Ministergehälter.

„Keine Skandale mehr.“ So lautete das Versprechen von Frankreichs Präsident François Hollandes, als er vor einem Jahr im Élysée-Palast die Amtsgeschäfte von seinem Vorgänger Nicolas Sarkozy übernahm. Nach zwölf Monaten kann Hollandes Vorhaben einer „tugendhaften Republik“ als grandios gescheitert bezeichnet werden. Ausgerechnet der Finanzminister Jérôme Cahuzac, der für Hollandes Pläne einer Reichensteuer und den Kampf gegen Steuerhinterziehung zuständig war, hat sich selbst als veritabler Steuerhinterzieher entpuppt, der Parlament und Volk obendrein über Wochen dreist belogen hat. Als wäre die Wirkung der Affäre Cahuzac nicht schon verheerend genug, sorgt nun auch noch Hollandes langjähriger Wahlkampfmanager Jean-Jacques Augier für Schlagzeilen. Der Vorwurf gegen ihn: zwei Briefkastenfirma in einer Karibik-Steueroase. Resultat der aktuellen Aufdeckungen ist, dass mittlerweile 77 Prozent der Franzosen ihre Politiker für „häufig korrupt“ halten. Der Vertrauensverlust in die politischen Eliten geht allerdings nicht allein auf das Konto von Hollandes Parti Socialiste. Erneut ins Visier der Justiz ist auch Sarkozy von der bürgerlichen UMP geraten. Der Vorwurf gegen Frankreichs Ex-Präsidenten: Er soll die Altersschwäche der Milliardärin Liliane Bettencourt (Kosmetikkonzern L'Oréal) ausgenutzt haben, um von ihr Wahlspenden zu erhalten. Erhärtet sich der Verdacht, dann dürften Sarkozys jüngste Pläne für eine Rückkehr in die Politik erst einmal obsolet sein. Einen unerwarteten Verlauf könnte auch die Karriereplanung der französischen Chef-in des Internationalen Währungsfonds Christine Lagarde nehmen. Wegen des Verdachts der

Korruption während ihrer Amtszeit als Wirtschaftsministerin in den 1990er Jahren erschienen unlängst Beamte in Lagardes Pariser Privatwohnung zu einer Hausdurchsuchung. Der um sich greifende Vertrauensverlust der Franzosen in ihre politischen Eliten trifft das Land in einer ohnehin brisanten Lage: Der wirtschaftliche Niedergang Frankreichs hält unvermindert an. Mit inzwischen 3,2 Millionen Arbeitslosen ist fast die Rekordmarke des Jahres 1997 erreicht, ohne dass Besserung in Sicht ist. Die Arbeitslosenrate, die allein seit Hollandes Amtsantritt noch einmal über zehn Prozent zugelegt hat, ist Garant für

weiter steigende Staatsausgaben. Gleichzeitig ist bisher völlig schleierhaft, wo und wann Hollan-

Die Schwäche der anderen stärkt vor allem Marine Le Pen

de eigentlich den Rotstift ansetzen will, um die Staatsausgaben unter Kontrolle zu bringen. Während die Zustimmung für Hollande auf den historischen Tiefstand von 25 Prozent abgesackt ist, sind die wirklich „heißen Eisen“ der Amtszeit noch

nicht einmal angepackt. Bisher noch in der Schublade ist etwa ein Plan, um die Kostenexplosion im Rentensystem einzudämmen. Im Kern des Projekts, das auf Druck der EU zustande gekommen sein soll, steht die Abkoppelung der Rentenentwicklung von der offiziellen Inflationsrate, so der Informationsdienst Bloomberg. Zumindest aktuell ist kaum vorstellbar, wie Hollande das Reizthema Rentenreform politisch unbeschadet überstehen will. Wie schon der damalige Premier Alain Juppé im Jahr 1995 leidvoll erfahren musste, bringt das Thema Rente problemlos Millionen Franzosen wochenlang

zu Massenprotesten auf die Straße.

Die aktuelle Mischung aus politischer, moralischer und wirtschaftlicher Krise hat inzwischen dazu geführt, dass erste Abgesänge auf die Fünfte Republik laut werden. Beobachter fühlen sich zunehmend an die „années 1930“ erinnert. Frankreichs unheilvolle 1930er Jahre, in denen sich Krisen in Wirtschaft, Finanzen und Politik gegenseitig hochschaukelten und das Land paralyisierten.

Angesichts dieser Lage wittern unverbrauchte Oppositionskräfte immer mehr Morgenluft. Im linken Lager könnte Jean-Luc Mélenchon von der linksextremen „Front de Gauche“ (Links-Front) schnell zum Krisenprofiteur werden. So treibt der Linkspopulist Hollandes Parti Socialiste regelrecht vor sich her. Vorläufiger Höhepunkt dieser Taktik wird eine Großkundgebung am 5. Mai sein. Aus Anlass des Amtsantritts von Hollande vor einem Jahr hat Mélenchon zu einer Massenkundgebung gegen die Korruption in der Fünften Republik und zu einem „großen Kehraus“ aufgerufen.

Noch offen ist, wer sich im bürgerlichen Lager durchsetzen wird. Während die UMP des Ex-Präsidenten Sarkozy mehr mit sich selbst und dem Verlust der Macht an die Sozialisten beschäftigt ist, scheint die Initiative immer mehr von der Front National auszugehen. Parteichefin Marine Le Pen wartet angesichts der jüngsten Skandale in Hollandes Mannschaft mit der Forderung nach Neuwahlen auf. Trotz einiger Erfolge und teilweise nur knappem Abschneiden hinter den Kandidaten der UMP ist der große Durchbruch für die Front National bei den Wahlen noch ausgeblieben. Bei den regulären Wahlen in vier Jahren oder aber bei vorgezogenen Neuwahlen könnte dies allerdings deutlich anders aussehen. Bei Umfragen unter Jugendlichen erreicht die Front National Werte von über 25 Prozent. Es ist lediglich eine Frage der Zeit, dass sich diese Zustimmung auch bei den Wahlen niederschlägt. Norman Hanert



Vom Hoffnungsträger zur Lachnummer in nicht einmal 365 Tagen: François Hollande

Bild: laif

Nichts dazugelernt

In den USA wird wieder auf »Subprime«-Kredite gesetzt

Kaum zeichnet sich auf dem US-Häusermarkt eine Erholung ab, ertönt der Ruf nach dem Finanzinstrument, das als Auslöser der US-Immobilienkrise gilt. So macht sich die US-Regierung unter Präsident Barack Obama für eine neue Variante der „Subprime“-Kredite stark. Die angeführte Begründung: Die nach Jahren des Preisverfalls anziehenden Preise würden große Teile der US-Bevölkerung zurücklassen. Konkret soll die Forderung vorliegen, dass der US-Bankensektor verstärkt auch wieder an untere Einkommensschichten mit geringer Bonität Immobilienkredite vergeben soll. Im Klartext: mit staatlicher Rückendeckung soll „Subprime“ Auferstehung feiern. Da es nach der 2007 ausgebrochenen „Subprime“-Krise bei vielen Banken starke Bedenken gibt, später wegen unverantwortlicher Kreditvergabe erneut wieder am Pranger zu stehen, will das Justizministerium sogar Rechtssicherheit für die Banken schaffen. Zusätzlich gibt es Überlegungen, dass für die Kredite auf staatliche Bürgschaften zurückgegriffen werden soll. Die Bemühungen sind nicht nur angesichts der bisherigen Krisenerfahrungen erstaunlich, denn bei

dem aktuellen Preisanstieg haben erste Beobachter bereits den Eindruck, dass erneut eine Spekulationsblase heranwächst, da die Preise für Einfamilienhäuser und Wohnungen selbst in den traditionell schwachen Wintermonaten nach oben gegangen sind. Dieses neuartige Phänomen hat einen einfachen Hintergrund. Die niedrigen

Eine völlig absurde Nebenwirkung der Niedrigzinspolitik

Preise der letzten Jahre haben Großinvestoren, etwa Beteiligungsgesellschaften, angelockt, die den Immobilienmarkt wieder als Spekulationsfeld entdeckt haben. Im großen Stil werden für Milliarden große Mengen an Einfamilienhäusern aufgekauft, um sie zu vermarkten. Nimmt die Entwicklung weiter Fahrt auf, ist die Grundlage für einen neuen Preisverfall gelegt, es sei denn, es kommen neue Kunden – selbst wenn sie nur „subprime“, also wenig kreditwürdig sind. Mit enormen Zuwachsraten längst wieder Realität sind die „Subprime“-Darlehen mittlerweile

in der Automobilbranche. Hier wurde bereits eine neue Kreditkategorie aus der Taufe gehoben: „deep subprime“ – Autofinanzierungen für Kunden mit extrem niedriger Bonität, die nach herkömmlichen Maßstäben nie einen Kredit erhalten würden. Getrieben wird die Nachfrage nach den „Subprime“-Krediten nicht nur von einkommensschwachen Autokäufern oder Händlern, auch die „Wall Street“ ist wieder auf den Geschmack gekommen. Der Bedarf an risikoreichen Kreditgeschäften ist eine absurde Nebenwirkung der Niedrigzinspolitik der US-Zentralbank. In Zeiten, in denen US-Staatsanleihen keine Renditen abwerfen, haben Investoren verbriefte „Subprime“-Kredite für den Automarkt als Alternative entdeckt, mit der sich Gewinne einfahren lassen. Wie es bis zur „Subprime“-Krise auf dem Häusermarkt üblich war, werden auch die neuen „Subprime“-Kredite für Autos zu Paketen zusammengefasst, von Ratingagenturen mit Dreifach-„A“-Bonität bewertet und am Verbriefungsmarkt weitergereicht. Recherchen der „Los Angeles Times“ zufolge geht die Anzahl derartiger Verbriefungspapiere wieder in die Zehntausende. N.H.

Konkurrenz aus dem Netz

Internetwährung Bitcoin verstimmt EU und USA

Vor wenigen Tagen wollten die EU und die USA die virtuelle Internetwährung Bitcoin mit Beschränkungen belegen. Nun hat sich die vielen außerhalb der Netzgemeinde unbekannte Bezahlweise auf Vertrauensbasis mit einem Kollaps selbst in Verruf gebracht, das Vertrauen ist aber nur kurzfristig gesunken. „Bitcoin ist eine Phantasie“, schrieb vergangene Woche der US-Jurist Eric Andrew Posner von der University of Chicago. Die im Internet seit 2009 gehandelte künstliche Währung gleiche einem „Schneeballsystem“. Das BTC abgekürzte, rein elektronische Geld ist ein Gegenmodell zum Herkömmlichen. Es beruht auf Verschlüsselungstechnik und dem Prinzip Vertrauen. Banken und Politik bleiben außen vor, anonym ist der Transfer obendrein. Dessen Erfinder Satoshi Nakamoto wollte Menschen von Kreditblasen unabhängig machen und ein Netzwerk schaffen, das dank Internet nicht fremdbestimmt werden kann. Als Währung für Geldwäscher und Internetjünger geschmäht, entwickelte BTC in den letzten Wochen einen Höhenflug: Seit Dezember, als ein Bitcoin gut elf Euro kostete, ist der Kurs auf 200

Euro Anfang dieses Monats angestiegen und letzte Woche auf gut 76 Euro abgestürzt. Inzwischen steigt er wieder. Elf Millionen Bitcoins sind weltweit in Umlauf, neue werden von Computern nach Schlüsseln errechnet, wobei die Höchstmenge begrenzt ist. Die Handelsplätze liegen im Netz, doch es gibt Händler, die Datenpakete aus Zah-

Zentralbanken und Behörden haben keinen Zugriff

len und Buchstaben in die Währungen der wichtigsten Industrieländer wechseln. Ein solches System ist eine Kampfansage und in Deutschland womöglich nicht legal. Die Behörde für Finanzaufsicht prüft, ob Bitcoin.de eine Erlaubnis braucht. Dank Finanz- und Euro-Krise sowie dem billigen Geld der Notenbanken bleibt indes für Eingeweihte die Anziehungskraft der BTC groß, trotz Warnungen vor Sicherheitslücken und Spekulationsblasen. „Der Bitcoin war aber auch am Donnerstag nicht unter den Wert gefallen, den er mit dem Ausbruch der Zypern-

KURZ NOTIERT

EU zeigt Milde gegenüber Deutschland: Obwohl die Bundesrepublik 2012 einen Leistungsbilanzüberschuss von sieben Prozent erzielt, also deutlich mehr exportiert als importiert hat, will EU-Wirtschaftskommissar Olli Rehn nicht wie zuvor angekündigt Strafen erlassen. Deutschland erziele einen Großteil seiner Exporterfolge außerhalb der Euro-Zone und außerdem gehe er davon aus, dass der Leistungsbilanzüberschuss 2013 und 2014 zurückgehen wird. Bel

Streit um DDR-Millionen geht weiter: Die Bank Austria will das vom Schweizer Höchstgericht nach 20 Jahren Rechtsstreit in letzter Instanz ergangene Urteil nicht hinnehmen. Das Gericht hatte der Bundesrepublik Deutschland als Rechtsnachfolgerin der DDR-Handelsfirma Novum 254 Millionen Euro zugesprochen. Die „Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben“ (BvS) hatte zuvor der Bank Austria vorgeworfen, der österreichischen Novum-Chefin, Rudolfine Steindling, Millionen ausgezahlt zu haben, obwohl diese nach dem Zusammenbruch der DDR nicht mehr bevollmächtigt war. Doch die Bank Austria will nun in Deutschland gegen das in der Schweiz gesprochene Urteil vorgehen, da Deutschland die zuständige Schweizer Banktochter der Bank Austria nicht rechtzeitig darüber informiert habe, dass Steindling auf dem Novum-Konto nicht mehr zeichnungsberechtigt war. Bel

Schikanen gegen deutsche Autobauer: Wegen des Vorwurfs unerlaubter Preisabsprachen haben die südkoreanischen Handelsbehörden die Niederlassungen von Volkswagen, Audi, Mercedes und BMW durchsucht. Als möglichen Hintergrund der Maßnahmen, von denen auch die Vereinigung der koreanischen Automobilimporteure KAITA betroffen war, sehen Beobachter den auf über zehn Prozent gestiegenen Marktanteil von ausländischen Autobauern in Südkorea nach dem Abschluss eines Freihandelsabkommens mit der EU im Jahr 2011. N.H.

Krise erreicht hatte“, so das Nachrichtenportal Heise.de. Steuern und Behördenzugriff verlieren mit dem Stand der Kryptotechnik jeden Schrecken. Zwar sind auch BTC-Codes nicht gegen Diebstahl gefeit, doch dank Verbreitung von Internetbankgeschäften sinkt die Hemmschwelle. Und die Zahl der Geschäfte, die BTC akzeptieren, wächst. Hier, an der Nahtstelle zu realen Gütern, liegt der Angriffspunkt der Staaten, denen die Währungshoheit zu entgleiten droht, sollte das Prinzip sich ausweiten. Das wissen die Macher und halten mit „gutem Geld“ als „Mittel der Wertaufbewahrung“ dagegen. Der Geschäftsführer von Bitcoin Deutschland, Oliver Flaskämper, sagt: „Die Regierungen können die Bitcoins nicht verbieten.“ Und doch sieht er im Verbot „das größte Risiko“, nicht in Spekulationsblasen. Mit den Vorzügen spekulierten jedenfalls Bewohner der Krisenländer der EU: Zyprioten handelten noch, als ihre Konten in der realen Welt längst gesperrt waren. Die wichtigste Frage bleibt also die des Vertrauens, denn Euro und US-Dollar gründen auch auf dem Glauben, dass man für bedrucktes Papier reale Waren kaufen kann. SV

Sinn und Zweck

Von Manuel Ruoff

An Adolf Hitlers 124. Geburtstag soll Daniel Cohn-Bendit den Theodor-Heuss-Preis erhalten. Da stellt sich die Frage nach dem Sinn und Zweck. Immerhin war Heuss Freidemokrat. Cohn-Bendit hingegen ist Co-Vorsitzender der Grünen-Fraktion im Europaparlament und verunglimpft mit Guido Westerwelle einen der wichtigsten FDP-Minister als „Billig-Pazifisten“. „Deutschland will die pazifistische Dividende, die Drecksarbeit sollen andere machen“, kritisiert der Kriegstreiber aus Frankreich die militärische Zurückhaltung des deutschen Außenministers, der immerhin einmal FDP-Vorsitzender war. Schon weniger irritierend wirkt die Preisverleihung, wenn

man sich bei der einst maßgeblich von Hildegard Hamm-Brücher initiierten Stiftung die Preisträger und den Vorstand ansieht sowie das Kuratorium. Letzteres wird mit Gesine Schwan von einer ehemaligen rot-grünen Gegenkandidatin gegen einen von der FDP mit der Union getragenen Bundespräsidenten geleitet. Angesichts ihres Namens auf der einen Seite und ihrer personellen Zusammensetzung auf der anderen scheint die Stiftung geradezu prädestiniert als Scharnier zwischen Blau-Gelb und Grün. Möglicherweise sehen jene, die sich in der Stiftung für Cohn-Bendit entschieden haben, gerade darin auch Sinn und Zweck.

Auf Krampf

Von Rebecca Bellano

Es gibt wohl nur wenige Dinge, bei denen sich Grüne und SPD selbst derart widersprechen, wie bei ihrer Forderung nach einer Frauenquote für Aufsichts- und Verwaltungsräte. Da betonen beide Parteien immer wieder, dass sie die armen Entrechteten vertreten und jetzt machen sie so viel Alarm um die Eliteförderung, denn in Aufsichtsräten sitzt nun einmal die Wirtschaftselite. Zumindest sollte sie es, denn nur wer viel Fachkenntnis und Berufserfahrung besitzt, kann Unternehmensvorstände adäquat kontrollieren. Auch bringt die Frauenquote vor allem kinderlose Karrieristinnen in die entsprechenden Positionen, denn nur sie dürften genügend Zeit haben, Führungspositionen in der Wirtschaft

auszuüben und dann neben 50-Stunden-Woche noch nebenbei Aufsichtsratsposten wahrzunehmen. Doch diese Aspekte scheinen weder Rot-Grün noch die CDU-Rebellinnen zu interessieren. Alle tun so, als wären sie fest überzeugt, so den Frauen zu dienen. Doch wem ist mit einer Frauenquote auf Krampf eigentlich gedient außer der Politik? Diese kann behaupten, ein Gesetz erlassen zu haben, doch wie sinnvoll es ist, wird nur von wenigen hinterfragt. Die meisten Medien fielen in der Debatte über die CDU her, weil sie so rückständig sei, sich der Frauenquote zu widersetzen. Dabei müssen Dinge wachsen und dass sie es tun, belegen Zahlen und Fakten (siehe Seite 5.)

Die Angst läuft mit

Von Harald Tews

Dass eine Sportveranstaltung leichtes Ziel eines Terroranschlags sein kann, hat man bei den Olympischen Spielen in München erlebt. Da es schon über 40 Jahre her ist, hat man fast vergessen, wie leicht verwundbar solche Veranstaltungen sind. Das Bombenattentat beim Marathonlauf in Boston zeigt erneut, wie leicht es Terroristen trotz aller Sicherheitsvorkehrungen haben können. Wenn es „weiche Ziele“ gibt, von denen Politiker im Zusammenhang mit möglichen Anschlagzielen gerne sprechen, dann sind Marathonveranstaltungen „butterweich“. Es ist einfach unmöglich, eine 42 Kilometer lange Strecke „bombenfest“ abzuriegeln.

Dabei ist jetzt im Frühjahr Marathonsaison. Jedes Wochenende kommen Zehntausende Läufer

zu einer Veranstaltung zusammen. Allein an diesem Sonntag treffen sich in Hamburg rund 15 000 Marathonis, und in London, nach New York die weltweit größte Marathonveranstaltung, werden es zur selben Zeit noch einmal 36 000 Läufer sein. Hinzu kommen Hunderttausende Zuschauer entlang der Strecke. Bei gutem Wetter rechnen zum Beispiel die Hamburger Veranstalter mit 750 000 Zuschauern.

Angesichts solcher Zahlen scheint Boston geradezu glimpflich davongekommen zu sein, so beklagenswert drei Tote und 130 zum Teil schwerverletzte Personen auch sind. Das Fanal, das von

Boston aus gesetzt wurde, aber kann entscheidend sein: für die Psyche der Läufer ebenso wie für die einer Nation. Wer jemals an einer Marathonveranstaltung

Anschlag auf die Psyche einer zitternden Nation

teilgenommen hat, machte sich bislang wenig Sorgen um die Sicherheit. Einzig Klaustrophobiker fühlen sich bekümmert, wenn man beim Start in einer Läufermasse steckt. Doch die Angst, dass etwas passieren könnte, weiß das Unterbewusstsein ebenso geschickt zu unterdrücken wie bei einem Fluggasagier die Angst vorm Absturz.

Wer jetzt als Läufer in Hamburg, London oder anderen Städten an der Ziellinie ankommt, wird weniger aufatmen, weil man

die Strapaze überstanden hat, sondern weil man terrorfrei durch die Straßen gekommen ist. Die Angst läuft jetzt immer mit.

Getroffen hat der Anschlag von Boston wieder einmal die US-Nation. Was man vorher nur vermutet hat, ist jetzt klar geworden: Sportveranstaltungen sind im Visier der Terroristen. Auch wenn es beim Basketball, Baseball oder American Football mittlerweile hohe Sicherheitsvorkehrungen gibt, so gelten solche Massenveranstaltungen doch trotz allem als mögliches Terrorziel. Und das schreckt Sportler und Zuschauer ab. Die Nation fängt an zu zittern.

Anfang November findet der New-York-City-Marathon statt. Er wird Gradmesser für künftige Marathons sein. Wir wollten mitlaufen. Jetzt sind wir am überlegen, ob es ratsam ist.



Drei Stunden nach dem Zieleinlauf des schnellsten Teilnehmers detonierten im Abstand von 16 Sekunden zwei Bomben im Zielbereich des Boston-Marathons. Läufer, die bis dahin fünf Stunden unterwegs waren, kamen im Gegensatz zu Zuschauern nicht zu Schaden.

Bild: action press

Heute vor vier Jahren, auch ein paar Monate vor einer Bundestagswahl, wurde der damalige Chefredakteur des „Spiegel“ Stefan Aust nach einer langen, intensiven Untergrundarbeit von seinen eigenen Kollegen aus dem Blatt geworfen. Die „Spiegel“-Redakteure konnten das. Sie waren nach dem Tod des Alleininhabers und Blattmakers Rudolf Augstein die Inhaber des Magazins geworden, organisiert in der sogenannten Mitarbeiter-KG. Unglücklicherweise hatte Augstein, einer Schnapsidee des Zeitgeistes von 1968 nachgebend, seinen Redakteuren schon zu einem frühen Zeitpunkt fast die Hälfte seines Verlages geschenkt, so dass die Mitarbeiter-KG jetzt über die Mehrheit des Verlages verfügte. Selber schuld. Solange er lebte, konnte er die von ihm gegründete Zeitschrift leiten. Immerhin bestimmte er noch seinen Nachfolger, den ehemaligen „konkret“-Redakteur Stefan Aust, der bis 2009 im Amt blieb. Keineswegs alle Mitglieder der Mitarbeiter-KG wollten ihren Chef aus dem Sessel kippen. Doch die aktiven unter ihnen, und das waren keineswegs immer die besten Journalisten, versuchen das Blatt zu ändern. Nach Vorstellungen und Vorurteilen, die letzten Endes auf 1968 zurückgehen.

Und die 68er hatte Aust in den 13 Jahren seiner Herrschaft oft durch den Kakao gezogen. Aust hatte nicht nur allen Unsinn der 68er – von der Haschischverharmlosung bis zum radikalen Feminismus („Gender-Mainstreaming“), von der Gentechnik-Hysterie bis zum Bio-Wahn – durch kritische Berichterstattung lächerlich gemacht, vor allem aber hatte er die SPD vor der letzten Bundestagswahl ziemlich schonungslos angegriffen. Durch die Absetzung von Aust würde das Blatt wieder auf „linken Kurs“ gebracht werden, freute sich damals die „taz“. Doch dies ge-

Moment mal!



schah offenbar nicht im gewünschten Ausmaß.

In diesen Tagen soll der Versuch, das Flaggschiff der deutschen Publizistik nach links zu drehen, offenbar wiederholt werden. Die nach dem Rauswurf von Aust eingesetzte Zweimannspitze ist abgesetzt worden. Vordergründig geht es um die Auflagezahlen und Verkaufserlöse aus der Anzeigenwerbung. Untergründig geht es um die Macht. Rückt der „Spiegel“ wieder nach links?

Die Frage ist nur, ob der „Spiegel“ je links war. Das Nachrichtenmagazin, für das Augstein von den Engländern noch während der Besatzungszeit eine Lizenz erhalten hatte, nach dem Vorbild von „Time“ mit

einer reichlichen Portion verbalem Zynismus und Ober-schichten-Humor (mit einem Schuss Massen-verachtung) ausgestattet, war beim bürgerlichen Leserpublikum der Nachkriegszeit bald sehr beliebt. Den „Spiegel“ zu lesen gehörte jeden Montagmorgen zum guten Ton bei Intellektuellen und Halbintellektuellen vom Dorfschulmeister bis zum Generaldirektor. Man war immer dagegen, und das war schick. Links im Sinne von sozialdemokratisch oder gar kommunistenfreundlich war das Blatt nie. Bei der Opposition gegen die Adenauer- und Erhard-Regierung war es mit seinem ebenfalls ungeniert von „Time“ übernom-

»Spiegel«: Nächste Attacke von links

Von KLAUS RAINER RÖHL

menen, flapsigen „Spiegel“-Stil, durch seinen Kampf mit Akten und Fakten gegen eingebildete Autorität und Machtwillkür allen voran. Über den kommunistischen Teil des Landes machte man sich lustig. Das Ulbricht-Regime und seine Nachfolger waren geradezu ideale Objekte für bissigen Hohn und Spott, und das Blatt war dem Regime denn auch zutiefst verhasst. Jedes einzelne Exemplar wurde an der Grenze als feindliche Hetze eingezogen – und so gleich von den Grenzkontrolleuren gern gelesen.

Weil das Blatt bald zum bevorzugten Werbeträger, ja geradezu zum Pflichtorgan für die Industrie und Konsumgüter-Werbung geworden war, konnte es flächendeckenden wirtschaftlichen Murks des „ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaats“ nicht ignorieren – auch dann nicht mehr, als die Bundesrepublik Deutschland in die Hände der SPD oder SPD-Koalitionen fiel, die blauäugig oder böswillig, – das wurde noch nie richtig untersucht – den „Wandel durch Annäherung“ an ein Terror-Regime erprobte. Solange, bis das System buchstäblich am Ende war, trotz des von Franz-Josef Strauß erwirkten Kredits in Höhe von einer Milliarde D-Mark.

Es kam, wie es kommen musste, es kam die Wiedervereinigung. Zehn gute Jahre für den „Spiegel“, der trotz Freude über die Einheit Deutschlands genug Haare in der Suppe fand, um seine kleinen Bosheiten und großen Enthüllungen auf den Markt zu bringen. Treuhand und kein Ende. Der

„Spiegel“ blieb witzig, zynisch und regie-rungskritisch.

Richtig links wurde er nie. Sollte er aber werden nach dem Willen einer Minderheit von Redakteuren und einer größeren Gruppe Außenstehender. Der Kampf um

Wird Jakob Augstein der nächste Chefredakteur?

Etwa der? Nach unseren unsterblichen, unwiederholbaren Hamburger Wochenend-Partys im Jahr 1968 kamen am Sonntagvormittag alle noch mal zu einer Art Katerfrühstück zusammen. Abtrunk des Sommers. Da brachten wir alle unsere damals noch kleinen Kinder mit. Manchmal kam auch Maria Augstein mit ihrem Baby, das muss Jakob gewesen sein, Walsers Sohn, den Augstein aufzog. Ist er der Retter des Blattes? Der Vollstrecker von Deutschkes Vermächtnis, geboren aus dem Geist von 1967 und auferstanden im Jahr 2013.

Im Zweifel links. Eine Probe hat er kürzlich in „Spiegel Online“ abgeliefert. Eine vorsichtig verschwurbelte Diffamierung der „Alternative für Deutschland“, der Partei der Euro-Kritiker, die an diesem Wochenende gegründet wurde. Das sei eine Partei für Leute über 50. Auweia. Weiß Jakob Augstein, wie viele das sind?

Woher kommt eigentlich die fixe Idee der linken und linksliberalen Minderheit in Deutschland? Sind es besonders kluge und gebildete Leute? Was treibt sie um, einer schon im 19. Jahrhundert nicht sehr einleuchtenden Lehre wie dem Marxismus anzuhängen? Bei der gezeigten Massenverachtung, die die Meinungsführer der Gesellschaft schon immer hatten, und ihrem

gleichzeitigen Hang zu gutem Leben können sie richtige Sozialisten wohl nicht sein. Was heißt für sie links? Ihr Lieblingsorgan ist ja nicht das „Neue Deutschland“ oder die „taz“. Eher ist die „Süddeutsche Zeitung“ ihr Leitmedium. Was am Sonnabend in der „Süddeutschen“ steht, wird, zusammen mit der wöchentlichen Enthüllungsgeschichte der Titelgeschichte des „Spiegel“, am nächsten Dienstag in der Provinz veröffentlicht, meist ein bisschen schlechter geschrieben, aber die Botschaft bleibt: Alles Mist. Die Unternehmer, die Banken, der Kapitalismus sind schuld. Das steht am Dienstag in der ganzen deutschen Presse. Ausnahmen kommen vor, sind aber selten. Einige wenige größere Blätter wie die „Rheinische Post“ oder die „Stuttgarter Zeitung“ halten sich, so gut es geht, heraus.

Rückt der „Spiegel“ nun nach links? Wer wird den Machtkampf gewinnen. Wer wird Chefredakteur von Augsteins Magazin?

Etwas der? Nach unseren unsterblichen, unwiederholbaren Hamburger Wochenend-Partys im Jahr 1968 kamen am Sonntagvormittag alle noch mal zu einer Art Katerfrühstück zusammen. Abtrunk des Sommers. Da brachten wir alle unsere damals noch kleinen Kinder mit. Manchmal kam auch Maria Augstein mit ihrem Baby, das muss Jakob gewesen sein, Walsers Sohn, den Augstein aufzog. Ist er der Retter des Blattes? Der Vollstrecker von Deutschkes Vermächtnis, geboren aus dem Geist von 1967 und auferstanden im Jahr 2013.

Im Zweifel links. Eine Probe hat er kürzlich in „Spiegel Online“ abgeliefert. Eine vorsichtig verschwurbelte Diffamierung der „Alternative für Deutschland“, der Partei der Euro-Kritiker, die an diesem Wochenende gegründet wurde. Das sei eine Partei für Leute über 50. Auweia. Weiß Jakob Augstein, wie viele das sind?

Deutsches Troll-Haus

Bayern hat ein Schweden-Museum – Von dort stammte John Bauer, der nordischen Trollen ein Gesicht gab

Die Schweden lieben ihre Märchentrolle. Das wichtelhafte Bild, das sie von ihnen haben, stammt aber von einem Künstler, der seine Wurzeln in Bayern hat.

Wenn die Schweden mit dem Auto nach Italien fahren, erreicht sie spätestens in Franken die Müdigkeit, vermutlich irgendwo zwischen den Ausläufern der Rhön und Würzburg. Nicht wenige fahren dann von der Autobahn 7 ab und suchen ein fränkisches Landhotel auf.

Mit etwas Glück kommen sie durch die Ortschaft Ebenhausen bei Bad Kissingen. Hier gibt es zwar kein Hotel, doch seit bald zwei Jahren ein kleines Museum, das einem berühmten Schweden gewidmet ist: John Bauer.

Auch im schwedischen Jönköping gibt es ein John-Bauer-Museum (als Teil des dortigen Landesmuseums). In Schweden kann man nicht nur die Bauer-Originale im Museum betrachten, sondern alles Mögliche mit Bauer-Motiven kaufen – vom Kaffeebecker bis zur Auslegeware – und selbst auf den Toiletten der „Astrid-Lindgren-Welt“ in Vimmerby hängen Drucke der bekannten Zeichnungen. Mit anderen Worten: In Schweden sind die Arbeiten John Bauers allgegenwärtig.

Berühmt wurde Bauer mit dem 1907 erschienenen Bilderbuch „Bland Tomtar och Troll“, das als „Unter Wichteln und Trollen“ auch in deutsche Kinderzimmer vordrang. John Bauer hat wie kein anderer die Mythen und Erzählungen des schwedischen Volkes in Bilder umgesetzt. Er hat die



Schwedische Märchenwelt: Bauernkind trifft Trollprinzessin

Legenden und Fabeln, die Schweden an langen Winterabenden erzählen, in vom Jugendstil beeinflusste Bilder umgesetzt. Bauer ist mit seinen Zeichnungen so berühmt geworden, dass man meinen könnte, er sei der wahre Urheber der geheimnisvollen Parallelwelt, an die schwedische Kinder bis heute glauben.

John Bauers Vater, Joseph, stammte aus dem fränkischen Ebenhausen. Das Wohnhaus der Großeltern grenzte an das alte

Schloss, dessen „moderner“ Barockflügel von Balthasar Neumann entworfen wurde, dessen ältester Teil bis in das 11. Jahrhundert zurückreicht, als noch das Geschlecht der Hennebergs über diesen Teil Frankens herrschte.

Joseph war erst 13 Jahre alt, als seine Eltern kurz hintereinander starben. Was sollte er noch in Ebenhausen? Sein Bruder war nach Schweden ausgewandert – zu ihm wollte er. Im Jahr 1863 reiste er in den hohen Norden, in

Bild: Archiv

das unbekannte skandinavische Land. Obwohl er keine Adresse hatte und obwohl er wochenlang durch Schweden irrte, fand er seinen Bruder.

Joseph blieb in der neuen Heimat, fand sein Glück, heiratete. 1882 kam Sohn John zur Welt – und bewies früh seine künstlerische Begabung. John studierte an der Kunstakademie in Stockholm und machte sich bereits in jungen Jahren einen Namen als Zeichner.

Bereits 1902 reiste Bauer als 20-Jähriger in die alte Heimat seines Vaters – so neugierig hatten ihn Josephs Erzählungen gemacht. Er besuchte das Elternhaus und betrachtete das Schloss, vielleicht der Ursprung all seiner Trolle. Die Handzeichnung, die er damals vom Elternhaus anfertigte, ist heute in dem kleinen Museum am Ebenhausener Marktplatz zu sehen.

Zurück in Schweden begann seine große Karriere. Er heiratete Ester Ellquist, eine Künstlerin, die er auf der Akademie kennengelernt hatte; 1915 bekamen sie einen Sohn. Das Schicksal meinte es jedoch nicht lange gut mit John Bauer und seiner Familie. Bei einem Schiffsunglück auf dem Vätternsee, an einem dunklen Novembertag des Jahres 1918,

ertranken seine Frau, sein dreijähriger Sohn und er.

John Bauer wurde in Schweden eine Legende – und ist es bis heute. In Deutschland ist er hingegen weitgehend unbekannt. Das kleine, aber sehenswerte Bauer-Museum in Ebenhausen, im Mai 2011 eröffnet, soll das ändern. Allerdings zeigt es vor allem Reproduktionen der Grafiken. Die Originale geben die Schweden nicht her oder sie sind zu teuer, heißt es in Ebenhausen.

Das benachbarte Schloss, eines der schönsten und geheimnisvollsten fränkischen Schlösser, steht seit Jahren leer und verfällt allmählich. Wenn man durch die fast blinden Fenster guckt oder durch die Spalten des hölzernen Tors einen Blick in den Innenhof wirft, dann glaubt man gerne, dass hier noch heute die Trolle leben, sich in der Nacht aus ihren Verstecken wagen und im Schutz der Dunkelheit den Hof und das prachtvolle Barock-Treppenhaus bevölkern.

Der Bürgermeister der Gemeinde Oerlenbach, zu der Ebenhausen gehört, skizziert die Vision, dass in das Schloss ein Hotel einziehen müsste, ein Hotel, das schwedische Italienurlauber auf der Durchreise beherbergt. Es ist eine bestechende Idee – nur hat sich bis heute kein Investor gefunden, der die Millionen aufbringt, um aus dem verwunschenen Märchenschloss ein renditebringendes Unternehmen zu formen.

Nach Monaten des Umbaus wurde im schwedischen Jönköping am 8. März 2013 das John-Bauer-Museum wieder eröffnet. 1127 Kilometer nördlich von Ebenhausen. Nils Aschenbeck

Papa Hamlet aus Rastenburg

Kunst = Natur – x: So lautete die naturalistische Formel von Arno Holz, der vor 150 Jahren geboren wurde

Neben Gerhart Hauptmann gilt Arno Holz (26.4.1863–26.10.1929) als Begründer des literarischen Naturalismus in Deutschland. Vor 150 Jahren wurde der Ostpreuße in Rastenburg geboren. Nachdem ihm 1885 für seinen Gedichtband „Buch der Zeit. Lieder eines Modernen“ der Schillerpreis verliehen worden war, zählte er jahrelang zu den führenden Köpfen der jungen Berliner Literatur- und Theaterszene. Holz hat fast alle Strömungen der Literatur des 20. Jahrhunderts vorweg genommen. Andererseits repräsentieren seine Lyrik, die Prosawerke und Bühnenschauspiele die ganze Vielfaltigkeit seiner Zeit.

Seinen Themenkreis fand er im Leben der Großstadt, das er unter Verwendung der Alltagssprache schilderte. Ab 1890 stand Holz im Schatten von Gerhart Hauptmann, und es sollte ihm nicht gelingen, zur ersten Reihe der national und international gefeierten Literaten aufzuschließen, was sicherlich auf das komplizierte Naturell des Ostpreußen zurückzuführen ist. Trotz seines bedeutenden Ranges in der deutschen Literatur als Dramatiker, Erzähler, Lyriker und Kunsttheoretiker hat sich bis heute daran wenig geändert; wie es denn fast nie geschieht, dass Werke eines unterbewerteten Künstlers postum zu Klassikern werden.

1875 zog Holz mit seinen Eltern und den neun Geschwistern von der ostpreußischen Kleinstadt nach Berlin, wo sein Vater eine Stellung als Apothekenverwalter annahm. Bis zu seinem Tod blieb er in der Reichshauptstadt. In einigen Gedichten und Novellen hat er Eindrücke und Erinnerun-



Ostpreußischer Bohemien: Arno Holz

Bild: Archiv

gen aus seiner Kinderzeit verarbeitet, so in den autobiografischen „Phantasia“-Gedichten aus dem „Buch der Zeit“, an dem er insgesamt 30 Jahre gearbeitet hat, und in der Prosaskizze „Der erste Schultag“, erschienen 1889 im

Novellenband „Papa Hamlet“. 1881 hatte Holz das Königstädtische Gymnasium mit miserablen Bewertungen und ohne Abgangszeugnis verlassen. Mit 18 Jahren entschied er sich für ein Dasein als freischaffender Künstler und

Journalist. Seinen Lebensunterhalt konnte er anfangs nicht selbst bestreiten und wurde von Verwandten und Freunden finanziell unterstützt. Später erhielt er zeitweilig Zuwendungen von Förderern und Bewunderern.

1893 schloss Holz die Ehe mit Emilie Wittenberg und hatte mit ihr drei Söhne. Nie hat er sich aus den Zwängen einer prekären Existenz befreien können, was seine Verbitterung über die Karrieren mancher Künstlerkollegen noch steigerte. Besonders empörte und reizte ihn der gesellschaftliche Aufstieg Gerhart Hauptmanns, mit dem er noch bis 1890 befreundet war. Er ließ nicht

davon ab, Hauptmann mit herabsetzenden Äußerungen öffentlich bloßzustellen, während dieser auf Holz als eine verkrachte Bohemegestalt herabsah. In der Komödie „Socialaristokraten“ von 1896 kritisierte Holz satirisch den „Friedrichshagener Dichterkreis“ um Hauptmann, dessen Mitglieder die soziale Problematik thematisierten, selbst aber eine elitäre Haltung entwickelten.

Es waren Ibsens überwältigende Erfolge auf den deutschen Bühnen, die dem naturalistischen Drama zum Durchbruch verhalfen. Auf der Suche nach dem idealen Ausdrucksmittel zur realistischen Wiedergabe der Wirklichkeit war auch der Berliner Schriftsteller Johannes Schlaf. Gemeinsam begründeten Holz und Schlaf in Theorie und Praxis des „konsequent naturalistischen Stil“. Ihr Schauspiel „Die Familie Selicke“ wurde noch vor Haupt-

manns Drama „Vor Sonnenaufgang“ konzipiert, kam aber einige Monate später als dieses an der Freien Bühne in Berlin und zugleich im Stadttheater Magdeburg zur Aufführung. Geschildert werden die desaströsen Verhältnisse einer Familie im proletarischen Milieu. Einige Erfolge trug Arno Holz die Zusammenarbeit mit Oskar Jerschke ein.

1905 kam die Tragikomödie „Traumulus“ der beiden Autoren am Berliner Lessing-Theater zur Uraufführung. Das Stück avancierte zu einem der meistgespielten Bühnenwerken vor dem Ersten Weltkrieg. 1935 verfilmte Carl Froelich den Stoff mit Emil

Jannings in der Titelrolle. Mehrfach hat sich Holz sarkastisch und respektlos mit sämtlichen Strömungen seiner Zeit auseinander-gesetzt, am eindrucksvollsten in dem Weltanschauungsdrama „Ignorabimus“ von 1913, mit dem er sich nichts weniger als eine moderne „Faust“-Dichtung zum Ziel gesteckt hatte. Zweimal, 1912 und 1929, wurde er für den Literaturnobelpreis vorgeschlagen. 1929 starb er kurz vor der Preisvergabe. Den Nobelpreis erhielt Thomas Mann.

Im Oktober 1924 schrieb Holz einen resignierenden Brief an den Freund Kurt Haertel: „Der Ignorabimus war ‚auf dem Gebiete des Dramas‘ meine ‚letzte‘ Arbeit: Seine Aufnahme oder vielmehr Nichtaufnahme ... machte es mir wirtschaftlich unmöglich, noch weitere sozusagen Perlenberge vor die betreffenden ‚Säue‘ zu schütten.“ D. Jestrzemski

Nolde in Emden und Moritzburg

Der aus Lyck stammende Autor Sigfried Lenz schildert in seinem Roman „Deutschstunde“, wie der expressionistische Künstler Nansen während der NS-Zeit gegen alle gegen ihn verfügten Berufsverbote angemalt hat. Dass die Romanfigur Nansen in dem norddeutschen Maler Emil Nolde ein ganz reales Vorbild hat, dürfte den meisten Lenz-Lesern bekannt sein. Doch wer kennt schon seine verhältnismäßig wenigen Werke, welche die Hitler-Diktatur unverseht überstanden haben?

Zwei Ausstellungen rücken das Werk Noldes jetzt in das Rampenlicht. In der Kunsthalle Emden sind noch bis zum 26. Mai „Maler-Grafik und ‚Ungemalte Bilder‘“ zu sehen. Zur hauseigenen Sammlung gehören bereits 35 Gemälde und Aquarelle. Dieser große Bestand ist kein Zufall: Für den Museumsstifter und früheren „Stern“-Chef Henri Nannen war Nolde einer der Lieblings-Künstler des Expressionismus.

Bis heute stehen in der öffentlichen Wahrnehmung meist seine Gemälde und Aquarelle im Vordergrund. Daher zeigt diese Ausstellung mit rund 100 Lithographien, Holzschnitten und Radierungen, dass das grafische Werk von zumindest ebenbürtigem Rang ist. Da Nolde in der NS-Zeit Farbe nur schwer beschaffen konnte und Farbgeruch zudem verräterisch auf seine Aktivitäten schließen ließ, konzentrierte er sich damals vor allem auf heimlich gemalte Grafiken.

Um den engen Zusammenhang mit Noldes Malerei anschaulich zu machen, ergänzen rund 20 Aquarelle aus den „Ungemalten Bildern“ die Präsentation. Diese historisch bedeutsame Serie schuf Nolde unter großer Gefahr während des Malverbots. Sie werden um eine Auswahl der von Henri Nannen gesammelten Nolde-Werke ergänzt.

Vom 21. April bis 28. Juli stellt das Kunstmuseum des Landes Sachsen-Anhalt in der Moritzburg von Halle den religiösen Maler Nolde vor. Das hat seinen guten historischen begründeten Anlass. Denn vor 100 Jahren löste der Ankauf von Noldes religiösem Gemälde „Abendmahl“ für das Museum in der Moritzburg einen Skandal aus. Man stritt sich um die Frage, ob zeitgenössische Kunst in das traditionelle halle-sche Museum passt.

In der Schau „Farben heiß und heilig“ stehen vier seiner großen Themen im Vordergrund: leuchtende Gartenbilder, religiöse Gemälde, orientalische Szenen sowie exotische Stillleben und Südseebilder. Die Ausstellung konzentriert sich auf die Zeit zwischen 1908 und 1918. In dieser Phase fand Nolde über den Umgang mit der reinen Farbe zu seinem eigenen Ausdruck.

Einige der ausgestellten Bilder gehörten bis 1937 zum Bestand der Moritzburg. Noch heute gelten sie als Noldes Schlüsselwerke: Das „Abendmahl“ von 1909, der „Missionar“ und „Akte und Eunuch“ von 1912. Bezaubernde Gartenbilder sowie Szenen von der Südsee und der abenteuerlichen Reise durch Sibirien schaffen eine stimmungsvolle Atmosphäre. Harald Tews

Kunsthalle Emden: Dienstag bis Freitag 10 bis 17 Uhr. Jeder erste Dienstag im Monat 10 bis 21 Uhr. Sonnabend, Sonntag und Feiertage 11 bis 17 Uhr. www.kunsthalle-empden.de. Stiftung Moritzburg (Halle): Dienstag von 10 bis 19 Uhr, Mittwoch bis Sonntag und an Feiertagen von 10 bis 18 Uhr, Montag geschlossen. Internet: www.stiftung-moritzburg.de.

Woher kommt das große Schweigen?

Die wichtigsten Gründe, warum die Massenvergewaltigungen von 1944/45 bis heute so wenig öffentliche Aufmerksamkeit finden

Woraus resultiert die Zurückhaltung bei der Darstellung dieser Leiden? Warum haben die Gewalttaten gegen Frauen und Mädchen, obgleich sie unzweifelhaft zu den schlimmsten Kriegsverbrechen des Zweiten Weltkrieges gehören, bis heute so wenig öffentliche Aufmerksamkeit gefunden? Woher kommt das große Schweigen? Es mag dafür viele Gründe geben. Die wichtigsten sollen im Folgenden genannt werden.

Vor allem unter Politikern, Historikern und Journalisten, nicht dagegen unter den Opfern, ist die Sorge weit verbreitet, die Schilderung der Vergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen könnte zu einer „Relativierung“ der von Deutschen – vor allem in Russland – während des Krieges begangenen Verbrechen führen. Diese Sorge ist jedoch unbegründet. Niemand, der sich mit der Geschichte des Zweiten Weltkrieges ernsthaft beschäftigt, wird bestreiten, dass unter dem NS-Regime zahlreiche schwere und schwerste Verbrechen in den damals besetzten Teilen der Sowjetunion begangen worden sind. Die massenhafte Ermordung von Juden, beispielsweise in Babij Jar, ist dafür ein schlimmes Beispiel. Nur: Das Gewicht des Unrechts der von Deutschen im Krieg begangenen Verbrechen wird um kein Gramm leichter, wenn man auch der an Deutschen begangenen Verbrechen erinnert. Das eine steht neben dem anderen – beides ist geschehen. Wer über das Leid der ostpreußischen Frauen 1944/45 spricht, „relativiert“ nichts, sondern sagt nur die Wahrheit.

Zum Schweigen darüber gehört auch die Tatsache, dass in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) und nach deren Gründung in der DDR niemand – auch nicht die Opfer – über die Massenvergewaltigungen durch russische Soldaten sprechen durfte. Der „große Bruder“ (die Sowjetunion) durfte nicht kritisiert werden und schon gar nicht das Verhalten der „ruhmreichen Sowjetsoldaten“ im „Großen Vaterländischen Krieg“. Schon die kleinste Kritik konnte als „antiso-wjetische Hetze“ gedeutet und be-

ma, das so vielen Frauen auf der Seele brannte, verschwiegen und tabuisiert.“

Die Opfer in der DDR mussten schweigen, die Täter in der Sowjetunion wollten schweigen. Feldpostbriefe von russischen Soldaten enthalten aus verständlichen Gründen über Vergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen „wenn überhaupt, zumeist nur vage Andeutungen, die eine persönliche Beteiligung der Schreibenden fast nie erkennen lassen“ (Manfred Zeidler). Verständlich ist dieses Schweigen deshalb, weil die – oft

Ausland verbreitete Auffassung entgegen, das „Volk der Täter“ könne nicht zugleich auch Opfer zu beklagen haben. Diese Sichtweise ist schlicht falsch. Zunächst suggeriert der Ausdruck „Volk der Täter“ den Eindruck, dass *alle* Deutschen Täter von NS-Verbrechen oder Kriegsverbrechen gewesen seien. Es stimmt: Viele Deutsche waren Täter, aber eben nicht alle. Die Frauen und Mädchen, die 1944/45 Opfer von Gewalttaten wurden, waren nie vorher in Russland gewesen und schon deshalb nicht an den dort von Deutschen begange-

nen Untaten beteiligt. Dass es heute besonders unsinnig ist, vom „Volk der Täter“ zu sprechen, zeigt schon die Tatsache, dass mehr als 95 Prozent der jetzt lebenden Deutschen 1933 überhaupt noch nicht geboren waren, und dass mehr als 83 Prozent der deutschen Gesamtbevölkerung erst nach 1945 geboren sind.

Nicht nur Täter schweigen, sondern auch viele Opfer. Bemerkenswert ist, dass im Jahre 1986, um ein willkürlich gewähltes Jahr herauszugreifen, nur jede zehnte

vergewaltigte Frau in der Bundesrepublik das an ihr begangene Verbrechen angezeigt hat. Ein Schweigen des Opfers unmittelbar nach der an ihm begangenen Gewalttat folgt wohl auch aus der Schocksituation. In einem Fall, in dem ein russischer Offizier eine verängstigte Frau unter Hinweis auf seinen Offiziersrang beruhigte, sie dennoch vergewaltigte und noch vier betrunkene Kameraden zu ihr schickte, berichtet diese Frau: „Da habe ich kennengelernt, was ein Mensch aushalten kann, ich konnte nicht mehr sprechen, nicht mehr weinen, ja nicht einmal ei-

nen Laut von mir geben“ (Günter Bölddeker).

Es kam aber auch vor, dass ein Opfer über das ihm zugefügte Leid sprechen wollte, aber niemand mit ihm darüber reden wollte. Ingeborg Jacobs zitiert die Erinnerung eines als zwölfjähriges Mädchen in Ostpreußen vergewaltigten Opfers: „Immer hatte ich den Drang gehabt, über die Vergewaltigung zu sprechen, aber es sprach niemand mit mir darüber. Meine Mutter nicht und meine Geschwister nicht. Ich hätte es am liebsten in die Welt hinausgeschrien.“ Gabi Köpp, als 15-jähriges Mädchen in einem Dorf in Westpreußen vergewaltigt, erzählte mir, sie habe – nach jahrelanger Trennung von ihrer Mutter – mit dieser über ihre Vergewaltigung sprechen wollen. Die Mutter habe dies abgelehnt, hatte ihr aber immerhin gesagt, sie möge ihr Erlebnis aufschreiben – was Gabi Köpp dann auch später getan hat. Es muss für eine Tochter deprimierend sein, wenn ihre Mutter ein Gespräch über das schreckliche Erleben der Tochter verweigert.

Aber auch hier müssen wir nach einer Erklärung für das Schweigen suchen; sie kann gesehen werden in dem Leid der Mutter, das nicht nur darin liegt, dass ihre Tochter Opfer einer Gewalttat wurde, sondern auch darin, dass sie – die Mutter – diese Gewalttat nicht verhindern konnte, in vielen Fällen sogar mit ansehen musste. Aus der Kinderpsychologie ist bekannt, dass Kinder ein Vertrauen zu ihren Eltern haben, vor allem ein Vertrauen in Schutz durch die Eltern gegen die einem Kind drohenden Gefahren. Wenn die Eltern oder ein Elternteil diesen Schutz nicht gewähren können, leidet nicht nur das Kind, sondern auch der gegen jene Gewaltausübung ohnmächtige Elternteil. In dieser Wunde stochert niemand gern. Das große Schweigen trifft aber nicht nur Eltern und Töchter, sondern auch Geschwister und Kinder und Enkelkinder.

Viele Opfer schweigen aus Scham. Aber wir alle sollten den Opfern jener Gewalttaten immer wieder zurufen: „Ihr müsst euch überhaupt nicht schämen. Schämen müssen sich die Täter.“ Zuru-

fen müssen wir aber auch der medialen Öffentlichkeit und den Politikern: Die Leiden der deutschen Frauen 1944/45, insbesondere der ostpreußischen Frauen, dürfen nicht verdrängt und nicht vergessen werden. Das Nicht-Vergessen-Dürfen steht dem Gedanken und der selbstverständlichen Notwendigkeit der Versöhnung zwischen den Völkern nicht entgegen. Deshalb sollten die deutschen Politiker sich dem Thema der Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen 1944/45 ausführlicher als bisher zuwenden.

Gabi Köpp schrieb im März 2005 an den damaligen Bundespräsidenten einen Brief mit der Schilderung ihrer schrecklichen Erlebnisse, in dem sie ausführte: „Weshalb erzähle ich Ihnen das? Weil es mich kränkt und tief verletzt, dass die offiziellen Vertreter unseres Landes und meines eigenen Volkes, dem ich mich zugehörig fühle, sich bis heute nicht dazu durchringen können, solche Schicksale ihrer eigenen Lands-

leute zumindest zu achten. Schicksale, die schwere seelische Folgen hatten, mit denen die Betroffenen nicht selten drei bis vier Jahr-

zehnte alleine gelassen wurden ... Ich werde böse bis zornig, immer wieder von offizieller oder medialer Seite hören zu müssen: Ja wir wissen – doch dürfen wir nicht vergessen, was die Ursache war. Weshalb das geschah.“ Diese maßlose Überheblichkeit tut weh“ („Treibgut des Krieges“). An den heute im Amt befindlichen Bundespräsidenten unseres Landes sollte deshalb die berechtigte Bitte herangetragen werden: Sorgen Sie dafür, dass die Leiden der ostpreußischen Frauen 1944/45 nicht verschwiegen, nicht verdrängt und nicht vergessen werden!

Ingo von Münch

Die Fundstellen der Zitate in diesem Zeitungsartikel sind in dem vom Verfasser erschienenen Buch „Frau, komm!“ Die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen 1944/45“ veröffentlicht. Der Artikel basiert auf einem Vortrag, den der Verfasser bei der Kreisgemeinschaft Angerburg gehalten hat.



In der DDR war die Thematisierung von Verbrechen „ruhmreicher Sowjetsoldaten“ unerwünscht: Verordnete Freundschaft zwischen NVA und Sowjetarmee

Bild: Ullstein

straft werden. In den Schulbüchern der DDR wurden die Gewalttaten gegen Frauen und Mädchen mit keinem Wort erwähnt; zu lesen war dort nur: „Der Krieg fand nun dort statt, von wo er ausgegangen war: auf deutschem Boden.“

Über das Leid einer damals in Mecklenburg lebenden Frau berichtet Ingeborg Jacobs in ihrem Buch „Freiwill – das Schicksal deutscher Frauen 1945“: „Von den Verletzungen an Körper und Seele, die ihr durch die Vergewaltigungen zugefügt worden waren, wollte niemand etwas hören. Im Osten Deutschlands wurde dieses The-

ma, das so vielen Frauen auf der Seele brannte, verschwiegen und tabuisiert.“

Einer Darstellung der Leiden deutscher Opfer steht auch die im

Fünf Tage vor Kriegsende von Briten versenkt

Die »Deutschland« ging mit der »Cap Arcona« und der »Thielbeck« in der Neustädter Bucht unter – Vor 90 Jahren lief sie vom Stapel

Schon vor dem Ende des Ersten Weltkrieges plante die Hamburger Reederei Hapag für die Friedenszeit die Wiederbelebung des Transatlantikverkehrs. Mit den neuen großen Passagierdampfern „Albert Ballin“ und „Deutschland“ wurden wirtschaftliche Schiffe mit rund 20 000 Bruttoregistertonnen konzipiert, die nichts mehr mit dem Gigantismus der mehr als doppelt so großen letzten Vorkriegsbauten „Imperator“, „Vaterland“ und „Bismarck“ gemein hatten.

Beim Stapellauf am 28. April 1923 taufte der damalige Reichspräsident Friedrich Ebert die „Deutschland“ mit dem Wunsch, dass dieser traditionsreiche Schiffsname auf den Weltmeeren wieder einen hoffnungsvollen Klang haben solle. Bei der Ausstattung wurde das Kunstwerk vollbracht, neben einer luxuriösen Ersten Klasse eine komfortable Zweite Klasse und eine behagliche Dritte Klasse zu schaffen. Reisende aller Schichten sollten sich auf dem Schiff wohlfühlen. Die

von deutschen Innenarchitekten entworfene Raumgestaltung war geschmackvoll und individuell. Die Räume waren dekoriert mit Elementen aus dem deutschen Kunsthandwerk. Hier wurde ein starker Wandel vollzogen weg vom pompösen Prunk der Vorkriegszeit, der damals von französischen Architekten gestaltet worden war. Das Reedereigeschäft war schwierig in der Zeit. Durch die Inflation fehlte den Deutschen das Geld zum Reisen. Außerdem hatten die Amerikaner sehr restriktive Quoten für die Einwanderung festgelegt, so dass die Dritte Klasse, die als preiswerteste Passage für die Auswanderer konzipiert war, kaum ausgelastet war. Durch regelmäßige Umbauten wurde die „Deutschland“ immer wieder den wechselnden Bedürfnissen der Passagiere angepasst und fuhr bis Ausbruch des Zweiten Weltkrieges auf der Transatlantikroute. Nach dem Kriegsausbruch lagen diverse große Passagierdampfer in den Ost-



Bei der Ankunft in New York: Hapag-Dampfer „Deutschland“

Bild: Archiv

seehäfen als Wohnschiffe für die Kriegsmarine. Die „Deutschland“ wurde ab Ende 1940 als Wohnschiff für die U-Boot-Flottille in Gotenhafen eingesetzt.

Anfang 1945 spitzte sich die Lage in der östlichen Ostsee zu, so dass Mitte Januar die dort in den

Häfen liegenden großen Schiffe für die Flucht über die Ostsee wieder in Fahrt gebracht wurden. Die „Deutschland“ fuhr siebenmal gen Westen, jeweils mit etwa 10 000 Menschen an Bord und rettete dabei fast 70 000 Menschen das Leben. Diese Transportlei-

stung war ein „Spitzenwert“. Allerdings muss man auch die Abmessungen der Schiffe berücksichtigen, und die „Deutschland“ gehörte neben der „Cap Arcona“, „Robert Ley“ und „Wilhelm Gustloff“ zu den größten. Insgesamt waren 700 Schiffe unterschiedlichster Größe am „Unternehmen Rettung“ beteiligt, die zusammen über 2,4 Millionen Menschen westwärts in Sicherheit brachten.

Ab Mitte April lag die „Deutschland“ in der Neustädter Bucht, zusammen mit der „Cap Arcona“ und dem kleinen Frachter „Thielbek“, die mit KZ-Häftlingen aus Konzentrationslagern voll beladen waren. Die „Deutschland“ hingegen sollte eigentlich zum Lazarett-schiff umgerüstet werden, doch plötzlich wurden die Umbauarbeiten eingestellt und auch sie sollte nun Häftlinge aufnehmen – die aber noch nicht eingetroffen waren.

Am 3. Mai 1945 mittags überflogen zwei englische Flugzeuge

das Schiff und warfen Brandbomben. Die Besatzung löschte die kleinen Feuer und ging aus Sicherheitsgründen von Bord, da befürchtet wurde, dass die Engländer zurückkämen. Auf der „Cap Arcona“ und der „Thielbek“, die keine Chance zur Evakuierung hatten, brachte die Besatzung weiße Tücher und Bettlaken an Deck. Nach zwei Stunden erschien ein englisches Jagdbombengeschwader, das mit einem Raketenangriff gnadenlos alle drei Schiffe in ein Flammenmeer verwandelte. Auf der „Cap Arcona“ und „Thielbek“ starben etwa 8000 Menschen, davon etwa 7000 Überlebende aus den Konzentrationslagern. Es überlebten nur 510 Personen von Bord der beiden Schiffe und die Besatzung der „Deutschland“, die sich im Vorwege hatte retten können. Eine unfassbare Tragödie, denn die Engländer standen schon kurz vor Neustadt und Pelzerhaken, am Abend des 3. Mai 1945 war auch dort der Krieg vorbei.

Britta Heitmann

Sieg mit doppelt so hohen Verlusten erkauft

In der ersten Schlacht der Befreiungskriege schlug Napoleon Bonaparte die verbündeten Preußen und Russen bei Großgörschen

Nach der Schlacht bei Großgörschen zogen sich Preußen und Russen nach Dresden zurück, gelten insofern als Verlierer. Napoleons Sieg war allerdings mit 22 000 Toten und Verwundeten teuer erkauft. Die Preußen verloren 8500 Mann, ihre russischen Verbündeten 3000.

Am 17. April 1813, drei Wochen nachdem Preußen seinen mit der Konvention von Tauroggen eingeleiteten Seitenwechsel mit der Kriegserklärung an seinen vormaligen Verbündeten Frankreich abgeschlossen hatte, traf der französische Kaiser Napoleon in Mainz ein und gliederte seine dortige Streitmacht einschließlich der Garde in 13 Korps mit insgesamt 151 000 Mann. Er verfügte aber nur über wenig Kavallerie, da im Russlandfeldzug fast alle Pferde verlorengegangen waren. Ende April überschritt er die Saale bei Merseburg und Weißenfels. Ursprünglich wollte der Franzosenkaiser rasch die Oderlinie gewinnen, um die eingeschlossenen Festungen Stettin und Danzig zu entsetzen und sich mit dem polnischen Korps unter Fürst Józef Antoni Poniatowski zu vereinigen. Doch das Vordringen der Russen veranlasste Bonaparte, seinen Plan zu ändern. Er wollte sich zunächst mit seinem Adoptivsohn Eugène de Beauharnais, dem Herzog von Leuchtenberg und Fürst von Eichstätt, vereinigen und dann die Elbe östlich von Leipzig überqueren.

Nachdem Preußen am 27. Februar ein Bündnis mit Russland geschlossen hatte, verfügte die preußische Armee zunächst über 107 000 Mann im Felde sowie 30 000 Garnisonssoldaten und Reservisten. Die Verbündeten rückten im Norden mit 45 000 Mann an, darunter zwei preußische Korps. Diese vom russischen General Ludwig Adolph Peter Graf zu Sayn-Wittgenstein befehligte Armee sollte über Berlin an die Elbe marschieren. Eine zweite

Armee unter General Gebhard von Blücher hatte mit 40 000 Mann von Schlesien aus gegen Dresden vorzugehen, während eine russische Reservearmee mit 80 000 Mann unter dem greisen Marschall Fürst Michail Kutusow im Abstand von drei Tagesmärschen folgen sollte.



Preußisches Füsilier-Bataillon des 1. Garde-Regiments zu Fuß in der Schlacht, Gemälde von Carl Röchling: (1855–1920)

Bild: Archiv

schon folgen sollte. Preußens König Friedrich Wilhelm III. und Russlands Zar Alexander begleiteten die Truppen. Blücher setzte Anfang April über die Elbe bei Dresden, während Beauharnais am 5. April westlich von Möckern von Teilen der Nordarmee zum Rückzug gezwungen wurde.

Dreißigjährigen Krieg der damalige Führer der Protestanten, König Gustav II. Adolf von Schweden, den Schlachtentod gefunden hatte. Währenddessen besetzte das Korps von Michel Ney, Herzog von Elchingen und Fürst von der Moskwa, vier Ortschaften in der Umgebung als Flankensicherung

dass Blücher und Wittgenstein dicht vor Leipzig stünden.

Während er am 2. Mai mit seiner Hauptmacht auf Leipzig marschierte, ließ er das Korps Ney in seiner tiefen rechten Flanke zur Sicherung zurück. Um die Mittagszeit griffen jedoch Preußen und Russen überraschend an und

einsetzte, konnte er drei davon zurückerobern, wobei die Preußen eine außergewöhnliche Tapferkeit an den Tag legten, die sogar Bonaparte Respekt abnötigten. Mit einer solchen Kampfeswut des Gegners hatte er nicht gerechnet. Als gegen Abend die französische Garde eintraf, gelang es ihr, das

Blatt zu wenden, so dass die Preußen nur mehr im Besitz von Großgörschen blieben. Blücher wollte die Schlacht am nächsten Tag fortsetzen, doch General Wittgenstein überredete den Zaren, den Rückzug anzutreten.

Die Schlacht hatten die Franzosen und ihre Vasallen außerordentlich hohe Verluste gekostet: 22 000 Mann waren gefallen oder verwundet worden, wogegen die Preußen und Russen nur die Hälfte einbüßten. Da die Preußen auf ihrem Teil des Schlachtfeldes die Nacht verbrachten, schrieben sie sich den Sieg zu. Doch konnte Napoleon nach ihrem Rückzug den Tag für sich buchen, wenn ihm auch kein großer Erfolg beschieden war. Auf Seiten der Verbündeten wog jedoch ein Ausfall schwer: General Gerhard von Scharnhorst, der Stabschef Blüchers, hatte am Knie eine Schussverletzung erlitten, ließ sich aber nicht durch sie beirren. Noch in der Nacht gab Scharnhorst die propagandistisch gefärbte Meldung weiter, dass man einen Sieg erfochten hätte. Er unterließ es, die Verletzung auszukurieren und wollte den Kaiserhof in Wien unbedingt zum Kriegseintritt bewegen. Auf dem Weg dorthin verschlimmerte sich die Wunde und er starb in Prag am 28. Juni.

In der Folge zogen sich die Verbündeten nach Schlesien zurück. Bonaparte errang zwar noch am 20./21. Mai einen verlustreichen Sieg bei Bautzen, doch Marschall Charles-Nicolas Oudinot, Herzog von Reggio, wurde am 4. Juni bei Luckau – 70 Kilometer südöstlich von Berlin – von General Friedrich Wilhelm Freiherr von Bülow geschlagen, worauf sich Napoleon auf den Waffenstillstand von Pläswitz einließ. Der Feldzug hatte zu seiner Enttäuschung keine Entscheidung gebracht, und der Waffenstillstand entpuppte sich als schwerer Fehler, da er die Position der Verbündeten stärkte und Österreich auf den Plan rief.

Heinz Magenheimer

Eine Preußenprinzessin organisierte Badens Frauen

Großherzogin Luises Streben war, dass ihre Geschlechtsgenossinnen in der Gesellschaft genauso segensreich wirken wie in der Familie

Die einzige Tochter des ersten Deutschen Kaisers Wilhelm I. war ebenso wie ihr Ehemann Großherzog Friedrich I. von Baden, ihr einziger Bruder Kaiser Friedrich III., dessen Ehefrau Kaiserin Victoria sowie schließlich ihre in Weimar geborene Mutter Kaiserin Augusta liberal gesinnt. Ihre Mutter hatte sie bereits frühzeitig an die sogenannten fürstlichen Tugenden, die eine gute Landesmutter ausmachen, sprich soziales Engagement im weitesten Sinne, herangeführt. Die 48er Revolution lehrte sie, den Fortbestand der bestehenden Ordnung durch Leistung zu legitimieren.

Preußische Truppen hatten unter dem Befehl von Luises Vater die Badische Revolution niedergeschlagen und damit dem Großherzog die Herrschaft gerettet. Insofern bestanden zwischen den beiden fürstlichen Geschlechtern enge Beziehungen. Hinzu kam die relative räumliche Nähe. 1850 folgte die Familie dem 1849 zum Gouverneur der Rheinprovinz und der Provinz Westfalen berufenen Vater aus Berlin ins westdeutsche Koblenz. Seitdem kam die am 3. Dezember 1838 in Berlin geborene junge Preußenprinzessin alljährlich zum Sommeraufenthalt nach Baden-Baden.

1855, wenige Wochen nach ihrer Konfirmation, wurde sie mit dem Prinzen Friedrich bekannt gemacht, der seit dem Tode seines Vaters Leopold für seinen schwerkranken Bruder Ludwig in Baden die Regentschaft ausübte. Wenige Monate später verlobten sich die beiden und nach der Proklamation Friedrichs zum badischen Großherzog wurde 1856 im Berliner Stadtschloss geheiratet. Ein Jahr nach der Heirat wurde der Stammhalter Friedrich geboren, der letzte Großherzog Badens. Es folgten 1862 die spätere schwedische Kö-

nigin Victoria und 1865 Ludwig Wilhelm.

Luise beschränkte sich jedoch nicht darauf, für die Fortexistenz der Dynastie zu sorgen und an der Seite ihres Mannes zu repräsentieren. Sie legte vielmehr ein bemerkenswertes gesellschaftliches Engagement an den Tag. Es ging so weit, dass das Geheime Kabinett ihres Mannes mit der zusätzlichen Besorgung ihrer Geschäfte überfordert war und sie deshalb ein eigenes bekam. Luise vertrat die Ansicht, dass den Frauen in der Gesellschaft eine vergleichbare Funktion zukam wie in der Familie und

dafür wollte sie sie entsprechend organisieren. 1859 gründete sie mit der Autorität und den Mitteln des Staatsapparats im Rücken als zentrale Dachorganisation den Badischen Frauenverein.

Im selben Jahr kam es im Sardinischen Krieg zur Schlacht von Solferino, die Henry Dunant das Rote Kreuz gründen ließ. Es war eine kriegerische Zeit, eine Zeit noch der Kabinettskriege, die aber bereits mit Mitteln des Industriezeitalters geführt wurden. 1864 führte der Deutsche Bund, dem auch das Großherzogtum Baden angehörte, Krieg gegen Dänemark. 1866 war Baden im Deutschen Bruderkrieg selbst betroffen. Ihr eigener Mann sah sich

gezwungen, gegen den Staat ihrer Herkunft Krieg zu führen. 1870 schließlich begann der gemeinsame Waffengang mit den anderen deutschen Staaten gegen den direkten westlichen Nachbarn Frankreich. Luise sah die Berufung von ihren Geschlechtsgenossinnen und deren Organisationen darin, in dieser Zeit Kriegsnot zu lindern. Analog zu den Kriegs- sah Luise auch in den Friedenszeiten eine Aufgabe darin, Bedürftigen zu helfen. Mit der Tüchtigkeit und dem Organisationstalent, die man den Preußen nachsagt, brachte sie es so weit, dass neun von zehn Badenserin-

nen organisiert waren. Das besagt zumindest eine Reichsstatistik von 1908. Zu dem von ihr als zentrale Massenorganisation des weiblichen Geschlechts aller Klassen geschaffenen Badischen Frauenverein gehörten Kindergärten und -erholungsheime, Heime für Arbeiterinnen, Seminare für Handarbeitslehrerinnen, die Luisenschule, eine Hauswirtschaftsschule, die Friedrichschule, heute Helmholtz-Gymnasium, Fürsorgeanstalten, Volksküchen, Büchereien und Stiftungen für Witwen.

Nicht zuletzt auch die Volksgesundheit lag der Großherzogin am Herzen. Sie engagierte sich im Kampf gegen die Tuberkulose und betrieb die Gründung des Ludwig-Wilhelm-Krankenhauses, der heutigen Psychiatrischen Klinik in der Karlsruher Kaiserallee. Aus der Abteilung Krankenpflege ihres Badischen Frauenvereins ging mit der Badischen Schwesternschaft vom Roten Kreuz die älteste Rotkreuzgesellschaft in Deutschland hervor. Das Großherzogtum war denn auch 1864 einer der ersten Staaten, welche die Genfer Konvention ratifizierten.

Angesichts dieser Leistungen um das Gemeinwohl ist es umso

härter, dass Luise Schicksalsschläge nicht erspart blieben. Besonders schwer traf es sie im Dreikaiserjahr 1888. Am 23. Februar verstarb ihr erst 22-jähriger jüngster Sohn unerwartet an einer Lungenentzündung, am 9. März ihr Vater und am 15. Juni



Luise: Gemälde von Franz Xaver (Ausschnitt)

ihr einziger Bruder. Zwei Jahre später folgte dann ihre Mutter. Hinzu kam ein langwieriges Augenleiden. Dem konnte dann zwar 1897 durch eine Staroperation entgegengewirkt werden, allerdings erblindete sie schließlich doch.

Im Gegensatz zu ihrem Ehemann, der 1907 verstarb, musste sie noch erleben, dass ihr ältester Sohn als Großherzog 1918 abdankte. Auch sah sie sich gezwungen, mit ihrer Familie aus der großherzoglichen Residenz zu fliehen. Der Flucht aus Karlsruhe folgte ein mehrmonatiger Aufenthalt auf der Burg Zwingenberg am Neckar, dem Schloss Langenstein in Hegau und der Insel Mainau. Ab dem Spätsommer 1919 lebte sie auf dem Schloss Baden-Baden, wo sie auch am 23. April 1923 starb. Noch im Angesicht des Todes fragte sie ihren Arzt: „Nicht wahr, wenn Sie noch jemanden wissen, dem ich helfen kann, so sagen Sie es mir.“

Ihre letzte Ruhestätte fand die beliebte badische Landesmutter aus Preußen in der Haupt- und vormaligen Residenzstadt Karlsruhe, wo sie über Jahrzehnte so segensreich gewirkt hatte und nun zusammen mit ihrem Friedrich und anderen Familienmitgliedern in der von ihr und ihrem Mann aus Anlass des Todes von Ludwig Wilhelm in Auftrag gegebenen großherzoglichen Grabbkapelle ihre letzte Ruhestätte gefunden hat. Manuel Ruoff

Volks-Mentalität machte Soldaten zu Tätern

Zu: „Was waren die Ursachen jener Gewalt-Orgie?“ (Nr. 13)

Woher konnte der russische Schriftsteller Ilja Ehrenburg wissen, dass seine anti-deutschen Aufrufe Erfolg haben würden? Woher prognostizierten Hitler und Goebbels gerade diese Form von „Rache“ von Seiten der Sowjets? Antwort: aus der Geschichte. Es gibt genügend ältere Literatur darüber, dass auch gerade die Vergewaltigung von Frauen und Mädchen ein dominierender Beigeschmack der bolschewistischen Revolution war, was bei den zahlreichen Revolutionen in aller Welt sonst keineswegs ein im Vordergrund stehendes Ereignis war.

Gewalt aus Scham

Zu: „Was waren die Ursachen jener Gewalt-Orgie?“ (Nr. 13)

Es ist anzunehmen, dass die Sowjetsoldaten aus Schamgefühl so handelten. Sie mussten erleben, dass bis zu zehn Russen nötig waren, um einen deutschen Soldaten zu töten. Und das trotz des Zweifronten-Kriegs Deutschlands. Das musste wohl kompensiert werden. Man wollte sich wohl als „Sieger“ fühlen, was man aber faktisch nicht wirklich war.

Jedenfalls ist es beschämend für die heutige russische Führung, keinerlei Reue gegenüber diesen Verbrechen zu zeigen. Den Nichtwillen zur Versöhnung wird Russland bitter bezahlen. Keine Macht wird ihnen helfen, den Zerfall ihres Landes aufzuhalten. Wer weiß, vielleicht rächen sich ja russische Völker wie die Tataren auch eines Tages für die 400-jährige Besatzung ihres Landes auf ähnliche Weise.

Joern Gebert,
Frankfurt am Main

Auch Ostpreußen bekam 1914 einen Vorgeschmack davon, wenn auch in reduzierterer Form als gut 30 Jahre später durch den kleineren und auch nur kurzfristig eroberten Raum, aber doch erheblich umfangreicher als sonst im Ersten Weltkrieg. Und ein zu oberndes Hitler-Deutschland gab es damals auch nicht.

Vor über 30 Jahren ging die Meldung durch die Medien, dass die von den Russen vergewaltigten Afghaninnen nicht geheiratet und zum Teil verstoßen würden. Eine ähnliche Meldung zum jetzigen Kriegseinsatz in Afghanistan war nicht nötig. Erinnert sei an den russischen Soldatenfluch, den ich als Nicht-Slawist aku-

stisch und ohne Übersetzung so wiedergeben möchte „Jup twa mat“, der bei jeder Kleinigkeit ausgesprochen wurde.

Den Ausnahmefall, dass ein einziges Land in dieser Verbrechensart dominiert, haben wir ja heute sogar ohne Kriegs- oder Revolutionszustand: in Indien. Dies und die Stichworte „Ostpreußen 1914“ und „Oktoberrevolution“ zeigen, dass das Motiv der Vergeltung keineswegs als ausreichend angesehen werden kann. Es muss etwas anderes sein. Die Völker sind eben verschieden. Anders kann ich es nicht ausdrücken, ohne gegen die „Political correctness“ zu verstoßen.

Wolfgang Glantz,
Murrhardt

Sowjet-Propaganda wirkte

Zu: „Die Deutschen sind keine Menschen““ (Nr. 14)

Zunächst möchte ich der *Preußischen Allgemeinen* für ihre hervorragende und ausgewogene journalistische Arbeit danken, mit der sich diese Zeitung von den einseitigen Zeitgeistmedien abhebt! Der Artikel erwähnt die sowjetische Propaganda des Kommunisten Ilja Ehrenburg. Der englische Moskau-Korrespondent Alexander Werth bescheinigte Ehrenburg „ein geradezu geniales Talent, den Hass gegen die Deutschen zu schüren“. Die Soldaten waren von Ehrenburg und anderen dazu präpariert und aufgepeitscht worden.

Die Perversion, der Rassenhass in dieser Hetze, war wohl letztlich die treibende satanische Kraft hinter dem unmenschlichen Vernichtungswerk der Roten Armee, das im besetzten Deutschland auch nach dem Ende der Kampfhandlungen noch lange fortgesetzt wurde. Die derart aufgeputschten sowjetischen Soldaten waren von der Armeeführung nur schwer unter Kontrolle zu bringen. Erst mit einem Gesetz vom März 1949, das Vergewaltigung mit bis zu 15 Jahren Arbeitslager bestrafte, und mit der rigiden Kasernierung der Truppen, bekamen die Sowjets ihre Soldaten in den Griff.

Christian Perbandt,
Lehrte

Alle oder keiner

Zu: „Die Deutschen sind keine Menschen““ (Nr. 14)

Der Artikel bringt mich ins Grübeln. Meine Patentante wurde von russischen Soldaten 1945 schwer misshandelt und x-fach vergewaltigt. Mein Kunstlehrer hieß Ehrenburg und war um x-Ecken mit Ilja Ehrenburg verwandt.

Doch, worauf ich hinaus will: Ich wehre mich innerlich gegen Umbenennungen. Ob Gröben, Nachtigall, Treitschke, Hindenburg – überall in Deutschland sucht man sich jetzt von der Geschichte zu befreien, wenn sie einem nicht passt. Und ich bekomme jedes Mal einen Anfall, wenn ich in Berlin in die Dutschkestraße muss, die früher Kochstraße hieß. Nun also möchte der Autor die Ilja-Ehrenburg-Straße in Rostock umbenannt haben. Doch auch das wäre Entsorgung. Entweder alle werden umbenannt – oder keiner.

Hans Wulsten,
Bridgewater/Kanada

Verrat an Frauen

Zu: „Was waren die Ursachen jener Gewalt-Orgie?“ (Nr. 13)

Wo blieben die Berufserreger, als die Linksparteien einen Antrag der Berliner CDU ablehnten, ein Denkmal für die im Krieg vergewaltigten Frauen und Mädchen zu errichten? Und wo die Feministinnen, die sonst so empfindlich reagieren, wenn sie Diskriminierung von Frauen wittern? Schweigen! Aus ihren Reihen erhob sich keine Stimme für die, die am grausamsten gelitten haben. Es waren ja „nur“ Deutsche.

Hier steht die Links-Ideologie mit feministischer Ideologie im Widerspruch. Erstere siegte, letztere wurde verraten. Plötzlich schlossen sich hier zwei Ideologien gegenseitig aus.

Ilse Conrad-Kowalski
Lübeck

Politik gibt Anleitung für Dreistigkeiten

Zu: „Panoptikum der politischen Korrektheit“ (Nr. 12)

Zunehmend beschleicht einen das unbehagliche Gefühl, man lebe wie in dem Land aus dem Märchen „Des Kaisers neue Kleider“. Ich habe seit Januar 2013 aus nur einer überregionalen Zeitung über 30 Kriminalberichte ausgeschnitten, in denen von Mord, Totschlag, Körperverletzung, Raub und so weiter berichtet wird, die nur von kriminellen Ausländern begangen wurden. In zunehmendem Maß befinden sich unter den Opfern türkischer Gewalttäter – siehe Johnny K. in Berlin – auch andere Ausländer.

Die Gewalt unter Ausländern steigt also an. Aber je mehr diese Kriminalität von Ausländern beziehungsweise „Deutschen mit Migrationshintergrund“ zunimmt, umso eifriger wird mit „Kampf gegen Rechts“, „Gesichtzeigen“ und

Völlig »balla-balla«

Zu: „Viel zu heiß“ (Nr. 13)

In den 70ern haben sie mir im Gymnasium Oberstdorf erzählt, die Eiszeit kommt, und ich würde es noch erleben, dass die Gletscher bis Augsburg gingen und das Allgäu unbewohnbar wäre. Dann kamen alle möglichen Schweine- und Vogelpestepidemien, die die Landstriche dahinnarrafften, das Waldsterben hat genauso wenig stattgefunden, und jetzt sterben wir den Hitzetod.

Alle komplett balla-balla. Es wird eben nicht wärmer seit 15 Jahren.

Dr. Peter Siemens,
Hamburg

Ewige Schuldner

Zu: „Schulden-Uhr: Deutschlands Haftung“ (Nr. 14)

Man kann jeden Tag Meldungen aus der Zeitung herausfischen, wie die Bürger von den politischen Finanzjongleuren betrogen werden durch Manipulation, getürkte Finanzberichte und vor allem wie unser Geld aus dem Fenster herausgeworfen wird, was dann eventuell unter „Einnahmen“ verbucht wird.

Am Nachmittag des 15. August 2012 betrug unser Schuldenstand 2,047 Billionen Euro. Wenn wir da mit dem Schuldenmachen aufgehört hätten und der Staat mit monatlich einer Milliarde Euro getilgt hätte, dann wären die Schulden nach 170 Jahren zurückgezahlt gewesen.

Bert Jordan,
Landstuhl

Elbinger Schwalbe

Zu: „Als die Dampfer übers Haff fuhren“ (Nr. 14)

Der Dampfer „Schwalbe“ wurde bei seiner Ankunft aus England in Elbing am 8. September 1840 sicher von sehr vielen Menschen begrüßt. Vermutlich waren es aber etwas weniger als tausend Zuschauer. Die Stadt hatte damals nur rund 18 600 Einwohner. Ein Mitgesellschafter der Reederei berichtet von diesem wichtigen Ereignis: Die „Schwalbe“ kam „mit 50 Personen besetzt, die sie meistens unterwegs aufgenommen hatte, mit Musik und wehenden Fahnen unter Donner und Salutschüssen und dem Jubel der die Ufer dicht besetzt haltenden Bevölkerung in Elbing an“.

Dabei handelte es sich allerdings nicht um die „beiden Ufer der Nogat“, wie es im Text heißt, sondern um die Ufer des Elbingerflusses oder kurz: des Elbings. Das in Blackwall bei London gebaute Dampfschiff hatte damals übrigens 24 000 Taler gekostet.

Hans-Jürgen Schuch,
Münster

Zu: „Was waren die Ursachen jener Gewalt-Orgie?“ (Nr. 13)

Einen Aspekt, der in dem Beitrag über die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen 1945 beim Einmarsch der sowjetischen Armee im Osten Deutschlands nicht angesprochen wird, möchte ich hier kurz beschreiben: Wir zogen gleich nach Kriegsende von unserem Fluchtort bei Löbau in Sachsen zurück in die Heimat nach Schlesien, um die Felder zu bestellen. Wir waren etwa 22 Leute mit einem Pferdewagen, Handwagen und Kinderwagen, den meine Mutter schob mit dem fünf Monate alten jüngsten Bruder. So erlebten wir in etwa einer Woche das Ganze von der durchgezogenen Sowjetarmee verwüstete Schlesien mit fast leeren Dörfern und halb zerstörten

Städten. Überall sahen wir Häuser, deren Fenster und zum Teil Türen eingehauen waren und ein Teil der Einrichtungen war hinausgeworfen worden, besonders Bücher und Akten und Bilder, überall das gleiche Bild. Immer wieder eingeschlagene Scheiben und herausgeworfene Sachen, vor allem so etwas wie Bildungs- und Wohlstandsgüter. So auch bei uns zu Hause. Die Bücher und Akten aus dem Büro meines Vaters im Erdgeschoss lagen inzwischen durch Schnee und Regen vergammelt im Freien.

Da neben unserem Dorf am Stadtrand von Breslau die ehemalige Flak-Kaserne jetzt russische Garnison war, hatten wir dann viel Kontakt zu den Russen, bei denen wir für Essen arbeiten konnten. So erfuhr ich eine wichtige Erklärung für ihre Wut. Der

erste Grund war sicher der im Beitrag der *PAZ* ausführlich dargestellte. Dann aber kam das Erleben des Wohlstandes dieser Deutschen im Vergleich zum bescheidenen Leben in Russland. Die dazugehörige oft wiederholte auf Deutschland bezogene Wendung war: „Licht von Decke, Wasser aus Wand“. Und dann die Frage: Warum nur hatten diese wohlhabenden gebildeten Deutschen uns arme Russen nur angegriffen? Das steigerte ihre durch eigenes Erleben unter der deutschen Besatzung und staatliche Parolen vorhandene Wut und ihr Rachebedürfnis erheblich!

So wie wir traditionell nach Westen blickten, wenn es um Bildung ging, so auch die Russen. Die Tüchtigkeit dieser Deutschen und ihre Bildung waren immer hochgeachtet. Ich habe lange als

Quadratur des Kreises

Zu: „Die Wahrheit hinter den Parolen“ (Nr. 5)

Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie die Gewerkschaften bei der Lufthansa nach dem ersten Golfkrieg – damals wurde bei der Fluglinie aus betriebswirtschaftlichen Gründen Teilzeitarbeit für fliegendes Personal eingeführt – darum kämpften, dass es nicht nur weiterhin die Möglichkeit der Teilzeitarbeit gab, sondern dass zumindest dienstältere und erziehende Mitarbeiter einen Anspruch darauf erhielten (Quote!). Die Durchsetzung gegen den Willen des Arbeitgebers wurde als großer Erfolg gefeiert – was er ja auch war.

Nun bestand die Möglichkeit der reduzierten Weiterbeschäftigung und man musste als Mutter nicht ganz auf seine Stelle verzichten. Diese Möglichkeit hatte auch ich wahrgenommen, auch

auf eine Karriere hatte ich bewusst verzichtet, da damit eine Rückkehr zur Vollzeittätigkeit verbunden war. Und ich war nicht die einzige Mutter, die so handelte. Politik und Gewerkschaften versuchen hier die Quadratur des Kreises: Sie möchten Frauen gleichzeitig zum Gebären und zur Berufstätigkeit mit Karriere bewegen. Das möchte kaum eine Frau: Kinder gehören nicht in die Hände des Staates, sondern in die Obhut ihrer Mütter.

Rückblickend bereue ich meinen Verzicht auf Karriere überhaupt nicht, auch wenn er mir nur eine kleinere Rente einbrachte. Höchstens bedauere ich die Zeit, die ich mein Kind trotzdem noch fremdbetreuen lassen musste. Wenn eine Frau ihre Natur nicht völlig unterdrückt, wünscht sie sich Kinder, die sie auch selbst großzieht.

Maria-Anna Konietzko,
Bad Homburg

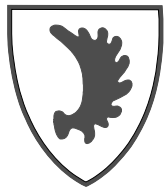
Tödlicher »Dank«

Zu: „Panoptikum der politischen Korrektheit“ (Nr. 12)

Was hier von unseren Politikern aller Parteien angestrebt wird, ist offensichtlich: Die Errichtung einer Multikulti-Gesellschaft. Wer seiner kulturellen Wurzeln beraubt wird, in seinem eigenen Land nichts zu melden hat und durch Einwanderung anderer Völker aufgesogen wird, ist leicht zu manipulieren und verschwindet irgendwann ganz.

Genau das ist schon immer das Anliegen der 68er gewesen. Mit ihrem Marsch durch sämtliche Institutionen sitzen sie an allen Schalthebeln dieses Landes, verhökern es im EU-Wahn und machen aus uns Deutschen die Prügelknaben für jeden Einwanderer, der auf unsere Kosten lebt und uns zum Dank dafür ins Koma tritt.

Anette Maurer,
Iserlohn



Das Ostpreußenblatt



Nr. 16 – 20. April 2013

Schönstes »Gold der Ostsee« in Königsberg

Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen zeigt seine wertvollsten Exponate im Dohnaturm – Erstes gemeinsames Projekt

Bernstein gehört zu Ostpreußen wie das Salz zum Meer. Druckerzeugnisse über die Bernsteinengewinnung und -verarbeitung gibt es seit dem 18. Jahrhundert. Auch heute noch begeistert das „Gold der Ostsee“ die Menschen. Davon zeugt auch die Ausstellung „Bernstein aus der Sammlung des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen, Bayern, Deutschland – Materialien aus Ausstellung, Archiv, Bibliothek“, die diesen Monat im Königsberger Bernsteinmuseum feierlich eröffnet wurde.

Die Ausstellungseröffnung fand in den engen Ziegelsteingewölben im Erdgeschoss des Dohnaturms statt. Es ging sehr gedrängt zu in den schmalen Gängen, umso mehr, als sich im Eingangsbereich eine Reihe von Bernstein- und Souvenirläden niedergelassen hat.

Die Vielfältigkeit und der Reichtum der Bernstein-Produkte sind nun sowohl in den Vitrinen der Geschäfte als auch im Museum ausgestellt. Die Exponate aus der umfangreichen Sammlung des Kulturzentrums Ostpreußen bereichern die Sammlung des Bernsteinmuseums. Bevor die Besucher sich davon überzeugen

Viele Besucher kamen zur Eröffnung

konnten, informierten die Organisatoren über das Gold der Ostsee. Wolfgang Freyberg, der Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen, erzählte von der Geschichte der Bernsteinindustrie vor dem Krieg und welche Bernsteinerzeugnisse in der Bundesrepublik Deutsch-



Besucherandrang im Gewölbe des Dohnaturms: Bernstein begeistert nicht nur ältere Menschen, auch die Jugend ist fasziniert



Bilder (2): J. T.

land nach dem Krieg in den Jahren 1950 bis 1980 hergestellt wurden. Er berichtete über das Kulturzentrum in Ellingen und lud die Anwesenden ein, es sich einmal anzusehen, um so mehr, als das Kulturzentrum sich in einem ehemaligen Ordensschloss befindet, dass im 18. Jahrhundert im Barockstil erbaut wurde.

Das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen wurde 1981 gegründet. In seiner Kollektion befinden sich zahlreiche Exponate, die von der Geschichte und Kultur Ostpreußens erzählen. Das Kulturzentrum verfügt über gute Kontakte ins Ausland und führt ständig in der

Republik Litauen, der Republik Polen oder der Russischen Föderation gemeinsame Ausstellungen mit Partnern aus den entsprechenden Staaten durch.

Zum Zeichen der Dankbarkeit, die einzigartigen Gegenstände ausstellen zu dürfen, überreichte Swetlana Suworowa, die Direktorin des Königsberger Bernsteinmuseums, ihrem Kollegen eine Reihe von Büchern über Bernstein, die das Bernsteinmuseum herausgegeben hat.

Marina Sergejew, die für Museen zuständige Mitarbeiterin des Kulturministeriums des Königsberger Gebiets, hob die Relevanz

der Ausstellung vor dem Hintergrund der strategischen Bedeutung der Bernsteinbranche für die Entwicklung der Region hervor. In diesem Zusammenhang habe die Ausstellungs- und Forschungstätigkeit unbestreitbar auch eine praktische Bedeutung.

Danach hatten die Gäste Gelegenheit, unter den Klängen von Vertonungen der Werke E.T.A. Hoffmanns, die das Musiktrio „Kamerata Sambia“ vortrug, durch die Galerie des Museums zu gehen.

In der Ausstellung werden Leihgaben aus der Sammlung, dem Archiv und der Bibliothek des Kul-

turzentrums Ostpreußen in Ellingen gezeigt. Zu sehen sind Naturbernstein, Bernsteininkluden (eingeschlossene Insekten) und Bern-

Nathan Sendels Buch besonders wertvoll

stein im Kunsthandwerk, besonders in Silber eingefasste Schmuckstücke.

Das Kulturzentrum Ostpreußen präsentierte in Königsberg auch einen Teil der Produktion einer bekannten deutschen Bernsteinfirma aus Stuttgart, die bei Einstel-

lung ihres Betriebs ihre Bernsteinausstellung dem Kulturzentrum übergeben hat. Diese enthält charakteristische Bernsteinprodukte.

Außer den Bernsteinerzeugnissen wird auch Literatur über Bernstein gezeigt, die über die Geschichte des Goldes der Ostsee erzählt, aber auch davon, wie er von Juwelieren bearbeitet wurde oder auch für Heilzwecke zum Einsatz kam.

Unter den Glanzstücken der Ausstellung befindet sich ein Buch von Nathan Sendel aus dem Jahr 1742. Es ist eine

der ersten und ausführlichsten Beschreibungen von Bernstein-Einschlüssen in einem Druckerzeugnis.

Das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen ist die erste deutsche Einrichtung, die eingeladen wurde, in Königsberg eine eigene Bernsteinausstellung in den Mauern eines dortigen Museums zu zeigen. Die Ausstellung wurde vom Kulturzentrum zweisprachig konzipiert und ausgeführt, nach Königsberg gebracht und wird dort nun noch bis zum 26. Mai täglich außer montags von 10 bis 18 Uhr präsentiert.

Jurij Tschernyschew

Grenzverkehr mit Nebeneffekt

Bei einem Treffen zogen Duma-Abgeordnete des Königsberger Gebiets und Vertreter des ermländisch-masurischen Sejms Bilanz über den kleinen Grenzverkehr zwischen dem russischen und dem polnischen Teil Ostpreußens. In dieser Zeit überquerten Russen die Grenze 30 000mal und Polen 390 000mal. Wie erklärt sich der große Unterschied? Während Russen nach Bartenstein in das südliche Ostpreußen fahren, um sich dort mit qualitativ besseren und günstigeren Lebensmitteln als zu Hause einzudecken, reisen Polen nach Pr. Eylau im Königsberger Gebiet, um ihren Tank zu füllen, weil die Benzinpreise dort weitaus günstiger sind. Meist interessieren sich die Polen nicht für Sehenswürdigkeiten, sondern sie halten sich maximal zwei Stunden bei ihren Nachbarn auf. Das missfällt vor allem den für die Förderung des Tourismus zuständigen Duma-Vertretern. Sie hatten gehofft, dass die Öffnungszahlen mit der Grenzöffnung steigen würden. Auf der Gegenseite beklagen polnische Geschäftsleute, dass für Einheimische die Waren knapp würden, weil die Russen alles leer kauften. MRK

Dorotas setzen auf Zweisprachigkeit

Historische Lehrpfade mit Tafeln auf Deutsch und Polnisch in Motitten und Gerswalde

In Motitten und Gerswalde, zwei Gemeinden des Kreises Mohrungen, haben die Bürgermeisterinnen Dorota Pasko-Sawczynska und Dorota Blonkowska markante Punkte in ihren Dörfern mit historischen Lehrpfaden verbunden. Das Besondere daran ist, dass die Tafeln nicht nur polnisch, sondern auch deutsch beschriftet sind.

Eigentlich war, so Gerswaldes Bürgermeisterin Dorota Blonkowska, ein gemeinsamer Lehrpfad geplant: „Wir wollten die Wege verbinden, aber am Ufer des Sees gibt es keinen Durchgang.“ Statt eines verknüpfenden Spazierwegs gibt es jetzt einen besonderen Lehrpfad zu Wasser. Im Sommer kann man mit Booten Schautafeln erreichen, die sich mit dem 1994 in Mohrungen verstorbenen Journalisten und Schriftsteller Zbigniew Nienacki befassen. Die Tafeln der historischen Lehrpfade drehen sich nicht nur um die Geschichte des 20. Jahrhunderts. Motittens Bürgermeisterin Dorota Pasko-Sawczynska betont: „Das wäre zu einseitig gewesen. Es ging um ein

vollständiges Bild der Geschichte. Vor den Deutschen haben hier in Motitten ja schon die Prußen gesiedelt.“ An der Abzweigung von der Hauptstraße ins Dorf steht denn auch seit Kurzem das Modell einer prußischen Festung aus Holz, das auf den historischen Lehrpfad hinweist.

Etwas prosaischer ist der Startpunkt des Lehrpfads in Gerswalde: ein Buswartehäuschen. An diesem fällt auf, dass noch eine Wand frei ist. Doch Dorota Blonkowska weiß schon, was dort aufgehängt wird: „Ich habe einen Ortsplan

von Gerswalde erhalten, den zwei ehemalige deutsche Einwohnerinnen nach dem Krieg angefertigt haben. Dort sind alle Straßennamen verzeichnet.“ Darüber hinaus

möchte sie darauf zeigen, wie viele Häuser in Gerswalde – mit über 1000 Einwohnern damals das größte Dorf im Kreis Mohrungen – am Ende des Zweiten Weltkriegs



Im Prußenburg-Stil: Hinweis auf Lehrpfad in Motitten

zerstört wurden. Sogar die Namen der Einwohner seien, so Dorota Blonkowska, bei den Häusern notiert.

Die deutsche Generalkonsulin in Danzig, Annette Klein, die zur

Eröffnung gekommen war, war beeindruckt von den beiden Projekten: „Viele von diesen Tafeln sind so sorgfältig erarbeitet, dass man sie in ein Geschichtsbuch übernehmen könnte. Man hat mir sogar von Anrufen um 1 Uhr nachts berichtet, bei denen die sinnvollste Darstellung eines Sachverhalts diskutiert wurde.“ Wird es nicht trotzdem Widerspruch geben, etwa wegen der zweisprachigen Beschriftung? „Ich denke, kaum. Und wenn, dann ist das ein guter Anstoß zur Beschäftigung mit der gemeinsamen Geschichte“, urteilt Annette Klein. Dorota Blonkowska hingegen hat bereits wegen der

Schilder am Ortseingang, die den Besuchern „Willkommen in Gerswalde“ signalisieren, Kommentare zu hören bekommen. „Gegen Chauvinismus helfen eben keine Pillen“, bemerkt sie dazu trocken.

Die historischen Lehrpfade jedenfalls haben eine breite organisatorische Basis vor Ort: die Stiftung zur Förderung von Motitten, das Dorf Gerswalde, der Bürgermeister von Saalfeld und die Försterei in Rosenberg. Außerdem half die Gesellschaft der Liebhaber von Saalfeld bei den historischen Texten. Dorota Pasko-Sawczynska freut sich darüber: „Das Projekt wurde zu einem großen Teil von der Europäischen Stiftung für die Entwicklung des polnischen Landes in Warschau im Programm ‚Zusammen können wir mehr‘ finanziert. Die Bedingung dafür war, dass es mit Partnern umgesetzt wird.“

Und ihr Plan für einen Lehrpfad zur 1931 in Weepers am Geserichsee im Oberland geborenen Ostpreußerin Edelgard Preuß, über die sie im Herbst 2012 das Buch „Von Weepers nach Wieprz“ veröffentlicht hat? „Da sind wir noch auf der Suche nach Finanzmitteln. Aber zunächst, und das ist erst einmal das Wichtigste, haben wir die historischen Lehrpfade erfolgreich abgeschlossen.“

Uwe Hahnkamp



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

Frühjahrsputz ist angesagt – ward ook Tied! Nicht nur wegen der großen Suchwünsche, die nun einmal Vorrang haben, wurde manche kleine Anfrage zur Seite gelegt, sondern auch in dem guten Glauben, dass wir die Sache selber erledigen könnten. Aber dann stellt man fest, dass das mit „Bordmitteln“ allein nicht geht, in den eigenen Beständen wird man nicht fündig, und so ergeben sich Zeitverzögerungen in der Bearbeitung. Auch ein neues Problem kommt hinzu, dass sich immer stärker bemerkbar macht: Einige Leserinnen und Leser sind physisch nicht mehr in der Lage, ihre Wünsche zu übermitteln und bitten deshalb um einen Anruf von unserer Seite. Da gibt es dann, wenn die Gespräche überhaupt zustande kommen, lange Telefonate, und wegen schwieriger Verständigung ist mitunter ein weiteres Nachfassen nötig. Heraus kommt oft nur eine kleine Anfrage von wenigen Zeilen, die manchen Lesern unwichtig erscheint. Ist sie aber nicht, weder für die Betroffenen noch für uns, und wenn sie dann noch zu einem Erfolg führt, ist alle Mühe vergessen. Die kleinen Wünsche haben also heute auf unserer Familienseite Vorrang, und so kommt nun endlich unser Landsmann **Reinhard Penner** aus Kiel an die Reihe, dessen erste Anfrage bereits ein halbes Jahr zurückliegt. Herr Penner sucht seit Jahren nach dem Friedhof „Nasser Garten“ in Königsberg, auf dem 1915 seine schon im frühen Kindesalter verstorbene Tante und 1940 sein Großvater beerdigt wurden. Nachdem die Durchforstung seiner umfangreichen Literatur, Stadtpläne und Adressbücher sowie auch die „Auflistung Königsberger Friedhöfe“ im Internet nichts erbracht hatte, bat er nun uns um Rat. Wir begaben uns nun in unseren Unterlagen auf die Suche und konnten ihm eine – wie wir glaubten sichere – Antwort geben, indem wir auf den 1882 angelegten Friedhof der Gemeinde der Haberberger Kirche hinwiesen, und erstellten auch einen Lageplan. Leider war es nicht der Gesuchte, wie uns Herrn Penner umgehend mitteilte. Im Oktober 1991 erschien im *Ostpreu-*

Benblatt ein Bericht, in dem **Ruth Töppel** einen „Spaziergang durch den Königsberger Stadtteil Nasser Garten“ schildert, der auf sehr genauen Ortskenntnissen beruht, und stießen dabei auf diese Stelle: „Hier trifft sich der Nasse Garten mit der Berliner Straße, die sehr breit geworden ist. Zum Teil finden wir noch das alte Kopfsteinpflaster. Unsere kleine Kapelle ist verschwunden, der Nassengärtner Friedhof ist eine Kultstätte der Russen, keine Grabstelle mehr.“ Es dürfte sich also hier um den von Herrn Penner gesuchten Friedhof handeln. Leider konnten wir diese Spur nicht weiter verfolgen und bitten nun unsere ebenfalls ortskundigen Leserinnen und Leser, Herrn Penner bei der Suche nach der betreffenden Stelle zu helfen. Es wäre wünschenswert, wenn das bald geschehen würde, denn Rein-



Der mächtige Turm der Altoßgärtner Kirche dominierte das Roßgärtenviertel

Bild: privat

hard Penner will demnächst wieder nach Königsberg reisen und vor Ort auf Suche gehen. (Reinhard Penner, Rendsburger Landstraße 365 in 24111 Kiel, Telefon 0431/86162.)

Über den Nassen Garten kann ich selber wenig aussagen – er lag im Südwesten der Stadt, ich wohnte im Nordosten der Stadt und nach dem Königsberger Stadtplan waren wir geradezu Antipoden. Über die Dinterstraße könnte ich schon einiges sagen, und das habe ich auch versucht, als Frau **Ingrid Klose** vor einigen Jahren nach einer Familie **Wald** fragte, die

ebenfalls dort gewohnt habe – leider vergeblich. Was auch verständlich war, denn Frau Klose meint heute, sie hätte sich wohl damals geirrt. Dafür kann sie in ihrer neuen Frage mit Namen und Daten aufwarten, die einen Irrtum unwahrscheinlich erscheinen lassen, obgleich sie die Angaben auch erst in ihrem späteren Leben erfahren konnte. Denn ihre Mutter hat eisern geschwiegen, wenn es um den Vater ihrer Tochter ging. Aber jetzt sind ihr doch Namen und Geburtsdatum ihres leiblichen Vaters bekannt, und wenn man die Daten vergleicht, kann man auch erahnen, weshalb Ingrids Mutter nichts sagen wollte oder konnte: Das Geburtsjahr ihrer Tochter **Ingrid Tiedtke**, *1935, war auch das Todesjahr deren Vaters. Das hatte Frau Klose festgestellt, als sie einmal durch Zufall die Todesanzeige, die in einer Königsberger Zeitung erschienen war, bei ihrer Mutter entdeckte. Später hat sie diesen Zeitungsausschnitt nicht mehr gefunden, erinnert sich aber an die Angaben: **Helmut Tertel**, *6. Oktober 1909 in Salga, Kreis Lötzen, Beruf Bankbeamter. Das ist, wie Frau Klose schreibt, für sie schon sehr viel, aber sie möchte noch mehr erfahren. Vor allem über den Unfall, bei dem ihr Vater ums Leben kam, und seine Familie. Gut, es sind inzwischen 78 Jahre vergangen, mehr als ein Dreivierteljahrhundert, in dem das Schicksal mit Krieg, Flucht und Heimatlosigkeit mehr oder weniger vernarbte Zäsuren hinterlassen hat, aber diese Frage blieb für Ingrid Klose immer offen. Es wäre schön, wenn sie nun endlich etwas von der Familie oder dem Umkreis ihres Vaters erfahren könnte, wir wünschen es ihr. (Ingrid Klose, Liebenheckstraße 31 in 75175 Pforzheim, Telefon 07231/63520.)

Herr **Karl Röske** aus Heilbronn ist auf der Suche nach Zeitzeugen, die wie auch seine Familienangehörigen die Flucht aus dem Kreis Allenstein erlebt haben und ihm darüber berichten können. Herr Röske arbeitet zurzeit an einer Dokumentation über seine Familiengeschichte und möchte die erhofften Informationen in sein Buch mit einfließen lassen. Es ist für ihn sehr wichtig, diese Aussagen zu erhalten, bevor es keine Zeitzeu-

gen mehr gibt und diese Vorgänge in Vergessenheit geraten könnten. Über den Kreis Allenstein hinaus ist Herr Röske an Aussagen der Bewohner von Sagsau und Schönwalde sowie aus Neidenburg interessiert. (Karl Röske, Virchowstraße 22 in 74074 Heilbronn, Telefon 07131/6490787, E-Mail: food-agent@gmx.de)

Wenn man einen so seltenen Vornamen hat wie Frau **Inke Stuert**, dann ist man es schon fast gewohnt, dass er falsch geschrieben wird. Das tröstet mich doch sehr, denn auch ich habe aus ihr eine „Inge“ gemacht, wie in Folge 11 zu lesen war, in der wir ihren Hinweis brachten, Und auch jetzt korrigierte die junge Leserin den Namen in so höflicher Weise, sogar verbunden mit ihrer Freude über die Veröffentlichung, dass ich beruhigt war. Ich bin in Bezug auf meinen Nachnamen ja auch so einiges gewohnt: Mindestens einmal im Monat werde ich mit Frau Gaede angeredet, manchmal auch Goede – und dabei bin ich doch so stolz auf meinen echt ostpreußischen Namen, der auf den prussischen Namen „Gede“ zurückgeht. Einen anderen Fehler kann ich mir weniger verzeihen. Ich habe in den Palmsonntagserinnerungen an meine Einsegnung den Namen von Pfarrer **Pensky** zwar nicht phonetisch, aber lesbar verändert, indem ich aus dem y ein i machte. Mein von mir sehr verehrter Pfarrer hätte es mir sicher verzeihen und darüber hinweg gesehen, aber nicht eine alte Königsbergerin, die ebenfalls in der Altoßgärtner Kirche konfirmiert wurde. Gefreut habe ich mich darüber, dass sie ihre Korrektur mit der Übersendung eines Bildes unserer Konfirmationskirche verband. Leider ist, wie sie bei einem Heimatbesuch feststellen musste, das in der Mitte des 17. Jahrhunderts erbaute Gotteshaus dem Erdboden gleich gemacht worden.

Erfreulich für mich die Zuschrift von Herrn **Heinz Ney** aus Potsdam, der meine kleine Erinnerung in seine Dokumentation „Gottes Häuser in Königsberg“ mit einbringen will. Ein umfangreiches Projekt, wenn man bedenkt, dass mit fast 75 bisher bearbeiteten Objekten erst ein Drittel erfasst ist. Wobei durch immer neue Informationen ständig Ergänzungen und Veränderungen vorgenommen werden müssen, die ihm vor allem sein Königsberger Freund **Alexander** vermittelt. Herr Ney wird sein Projekt auf der vom 10.

bis 12. Mai stattfindenden Tagung „Königsberg-Kaliningrad, Gedächtnis und Gegenwart“ in der Akademie Sankelmark vorstellen.

Manchmal erweckt ein Satz oder sogar nur ein Wort jenes Gefühl, das wir alle nur zu gut kennen: Heimweh. Das keimt immer dann bei Frau **Adelheid Kloo** auf, wenn sie unsere Familienseite liest: „Ich bin jedes Mal gerührt, wenn ich die einfühlsamen Schilderungen lese. Mit so eindringlichen Hinterfragungen, dass ich ganz einfach Heimweh bekomme zu meiner geliebten Oma in Schmauch!“ Leider hatte ihre Frage nach dem Umfeld ihrer Großmutter und damit nach ehemaligen Bewohnern von Schmauch, die wir in der Ausgabe 30/2011 brachten, keine Resonanz gehabt, „aber die kann ja noch kommen“, tröstet sich Frau Kloo. Fassen wir lieber einmal nach: Oma **Berta**, die Mutter ihrer Mutter **Grete Kantowski**, war eine geborene **Neumann**. Ihr erster Ehepartner lautete wahrscheinlich **Pelz**,

in zweiter Ehe war sie mit **Walter Weil** verheiratet. Oma Berta blieb auch nach Kriegsende in der Heimat, musste 1948 ihren Hof verlassen und bei den neuen polnischen Hofbesitzern arbeiten. Damals hat sie sich Notizen auf Zettel gemacht, die wahrscheinlich von ihren Nöten berichten. Sie existieren noch, und Frau Kloo will mir die Kopien zusenden, vielleicht helfen dann einige weitere Angaben. Auch wenn das im Kreis Preußisch Holland gelegene Kirchdorf nicht einmal 500 Einwohner zählte, kann es noch Zeitzeugen geben. (Adelheid Kloo, Leitzachtalstraße 227 in 83730 Fischbachau.)

Zeitzeugen zu finden – das erhofft sich auch Herr **Konrad Moysich** aus Bautzen. Als seine Eltern 1936 in Königsberg geheiratet hatten, zogen sie anschließend in das ebenfalls im Kreis Preußisch Holland gelegene Schlobitten, wo der Vater als Postbeamter tätig war. Da Herr Moysich gerne etwas über das Leben in der damaligen Zeit in Schlobitten erfahren möchte, wendet er sich an unsere Ostpreußische Familie und bittet ehemalige Bewohner, ihm ihre Erinnerungen an jene Zeit mitzuteilen. (Konrad

Moysich, Wallstraße 12 in 02625 Bautzen, Telefon 03591/41058.)

Auch im kleinsten Dorf kann man fündig werden. Da wurde in Folge 14 nach Informationen über Ketzwalde gesucht. Eine in Amerika lebende Familie will wissen, wie es heute in ihrem Heimatdorf aussieht. Kaum war die Anfrage erschienen, meldete sich sofort Herr **Frank Schneidewind** und konnte einen guten Tipp geben: In dem im Kreis Osterode gelegenen Ort lebt noch heute eine Bewohnerin, die Heimatreisenden gerne Auskunft gibt und auch bei der Quartierbeschaffung hilft. Er hat sie selber auf solch einer Fahrt er-

lebt und war sehr angetan von ihren Ausführungen. Herr Schneidewind dankt auch noch einmal im Namen der Kreisgruppe Siegerland für unsere Mithilfe bei der Ausstattung der Bücherstube. Noch immer gehen reichhaltige Spendenpakete mit ost-deutschem Schrifttum in Siegen ein. Nun steht die Ermlandwallfahrt vor der Türe – und damit wieder eine gute

Gelegenheit zum Transport von Buchspenden nach Siegen. Sie können am 5. Mai vor der Basilika am Stand Ermlandhaus abgegeben werden, Herr Schneidewind will dort anwesend sein. Postalische Zusendungen bitte weiterhin an den Vorsitzenden Herrn **Anton Olbrich**, Seitenweg 4 in 57250 Netphen, Telefon (02738) 8847.

Die Bücher der ostpreußischen Schriftstellerin **Frieda Jung** haben für manche Landsleute schon fast Kultstatus. So wird sicher das Angebot von Frau **Dorothea Blankenagel**, die das Buch „Gestern und heute“ der Dichterin in gute Hände geben möchte, schnell angenommen werden. Außerdem ist Frau Blankenagel bereit, dazu „Lache on Griene ön eenem Sack“ abzugeben. (Dorothea Blankenagel, Heerstraße 59 in 47053 Duisburg, Telefon: 0203/21677.)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

»Ich wusste, jetzt muss ich darüber schreiben!«

»Workuta« im Nachlass von Horst Bienek entdeckt

Und wieder können wir von einem Literaturfund berichten, der hilft, Vorgänge in den Kriegs- und Nachkriegsjahren zu durchleuchten – unbestechlich, unbeeinflusst, noch unter dem Eindruck des Geschehens geschrieben, wie es nur Menschen können, die diese selber erlebt haben. Herr Dr. **Jörg Bilke**, Coburg, übersandte uns einen Bericht über die Entdeckung eines Manuskripts des in Oberschlesien geborenen Schriftstellers **Horst Bienek**, der sich vor allem als Chronist seiner Heimat sah. Die furchtbaren Jahre, in der er als politischer Gefangener im sowjetischen Straflager geschunden wurde, hatte er kaum verarbeiten können oder wollen. Umso wichtiger ist nun die Auffindung eines Bienek-Manuskriptes in der Wilhelm-Leibnitz-Bibliothek in Hannover, das die Lagerzeit in Workuta zum Inhalt hat und jetzt als Buchausgabe unter dem Titel „Workuta“ erschienen ist. Herr Dr. Jörg Bilke, den wir Ostpreußen als hervorragenden Dozenten bei LO-Seminaren und anderen kulturpolitischen Veranstaltungen erleben konnten

und der unseren Leserinnen und Lesern auch als Autor der PAZ bekannt ist, erweist sich in dem uns übersandten Bericht als engagierter Biograf des leider viel zu früh verstorbenen Schriftstellers. So bekommen wir den Bericht über diesen Literatur-Fund, der über unseren engeren Leserkreis hinaus viele ehemalige deutsche Strafgefangene und auch ihre Angehörigen interessieren wird, sozusagen aus erster Hand. Hier ist der Beitrag des Germanisten und Historikers, der seinen Beitrag mit Jörg Bernhard Bilke autorisiert:

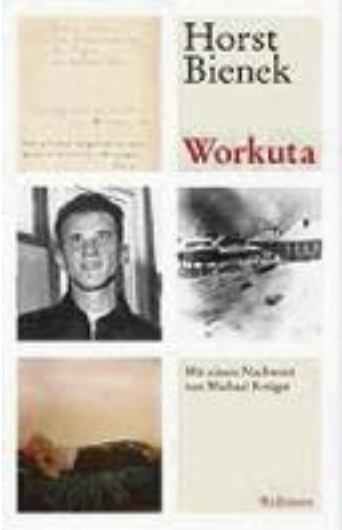
Als Horst Bienek am 7. Dezember 1990 in München starb, stand er auf den Gipfel seiner Laufbahn als Schriftsteller. Nach zwei Gedichtbänden und dem Roman „Die Zelle“ (1968) hatte er in den Jahren 1975 bis 1982 einen Zyklus von vier Bänden über seine ober-schlesische Heimatstadt Gleiwitz abgeschlossen, dem mit „Königswald oder Die letzte Geschichte“ (1984) noch ein fünfter folgen sollte. Davor und daneben waren etliche Essays entstanden und „Werkstattsgespräche mit Schriftstellern“ (1962) sowie gegen Ende seines

Lebens die „Kindheitserinnerungen aus Oberschlesien“. Diese Leistung ist umso höher zu bewerten, als der Autor erst 1955 aus dem Straflager Workuta am Eismeer entlassen worden war, wo er die Jahre 1952 bis 1955 als politischer Gefangener hatte verbringen müssen, ständig in der Angst zu verhungern oder zu erfrieren. Diese schrecklichen Jahre freilich blieben bis zuletzt unerzählt. Erst jetzt wurde im „Horst-Bienek-Archiv“ der Gottfried-Wilhelm-Leibnitz-Bibliothek in Hannover ein schmales Manuskript von kaum 50 Seiten gefunden, das in der Buchfassung den Titel „Workuta“ trägt. Dieser Name stand für das weit verzweigte Lagersystem in der Sowjetunion, den „Archipel Gulag“ (Alexander Solschenizyn), in dem seit

1929 bis zu Josef Stalins Tod 1953 und darüber hinaus Hunderttausende von „Klassenfeinden“ ausgebeutet und zu Tode geschunden wurden, falls sie nicht das „Glück“ hatten, vorher in Moskau erschos-

sen zu werden wie der Rostocker Student **Arno Esch** (1928–1951). Das Lager Workuta selbst, im nördlichen Ural jenseits des Polarkreises gelegen, war zwischen 1938 und 1960 in Betrieb. Dort arbeiteten 70 000 politische Häftlinge und nach 1945 deutsche Kriegsgefangene unter Tage, um die gewaltigen Vorräte

an Steinkohle abzubauen. Als 1941 von Häftlingen die Eisenbahnlinie zum Transport der geförderten Kohle gebaut wurde, hieß es, unter jeder Schwelle lägen zwei Tote. Horst Bienek, der seine Lagererinnerungen tief in seinem Innern



vergraben hatte, wurde erst wieder auf dieses verschüttete Kapitel seines Lebens gestoßen, als er auf der Leipziger Buchmesse 1990 aus seinem Roman „Die Zelle“ las und von Häftlingen, die das gleiche Schicksal erlitten hatten, unter den Zuhörern mit Fragen bestürmt wurde, so zum Streik im Sommer 1953, der in Schacht 29 ausgebrochen war und grausam niedergeschlagen wurde. „Ich wusste, jetzt muss ich darüber schreiben!“ Vor der Verhaftung lebte der junge Autor in Potsdam, hatte einige Gedichte veröffentlicht und fuhr jeden Morgen mit der S-Bahn durch den Westsektor nach Ostberlin, wo er als Schüler Bertolt Brechts dem Meister bei den Proben zusah. Am 8. November 1951 wurde er verhaftet, weil er einem Westberliner Bekannten ein Potsdamer Telefonbuch, das es bei der Post zu kaufen gab, mitgebracht hatte. Am 12. März 1952 erfolgte dann die Verurteilung zu 20 Jahren Lagerhaft durch drei gelangweilte Sowjetoffiziere. Über Berlin-Lichtenberg kam er nach Karlsdorf, dem Hauptquartier der Besatzungsmacht, wo er und Hunderte

von Mitgefangenen in die „Stolypinschen Waggons“ verladen wurden, bis sie nach tagelanger Fahrt bei eisiger Kälte im Moskauer Durchgangsgefängnis Butyrka eintrafen. Vier Wochen waren sie dann von Moskau aus unterwegs, überall wurden Gefangene zugeladen, Aufständische aus den nach 1945 besetzten Staaten, zum Beispiel polnische Partisanen der „Heimarmee“. Die noch bis 1951 gegen die russische Besatzungsmacht gekämpft hatten, aber auch national gesinnte Ukrainer, Esten, Letten, Litauer, eine „internationale der Stalin-Opfer“ wie Horst Bienek schreibt. Die hygienischen Zustände, Hunger, Erschöpfung, einhergehend mit Krankheiten, die kaum behandelt wurden, forderten zahlreiche Todesopfer. Erst Bundeskanzler Konrad Adenauer erreichte es während seiner Moskau-Reise im Spätsommer 1955, dass die letzten 1000 Kriegs- und Zivilgefangenen, darunter auch Horst Bienek, freikamen. (Horst Bienek: „Workuta“, mit einem Nachwort von Michael Krüger, Wallstein-Verlag, Göttingen, 89 Seiten, 14,90 Euro.) R.G.



ZUM 101. GEBURTSTAG

Bzroska, Marie, geb. **Downar**, aus Rostken, Kreis Lyck, am 24. April
Wiemer, Charlotte, aus Sinnhöfen, Kreis Ebenrode, am 23. April

ZUM 100. GEBURTSTAG

Borrek, Frieda, geb. **Dubnitzki**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 26. April

ZUM 99. GEBURTSTAG

Fricke, Herta, geb. **Naujok**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 26. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Kerschgens, Else, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 23. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Geruschkat, Grete, geb. **Widdrat**, aus Tilsit, später Mohrungen, am 28. April
Schöttke, Hedwig, geb. **Hoffmann**, aus Zimmerbude, Kreis Samland, am 27. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Jüttke, Alfred, aus Kreis Rastenburg, am 26. April
Neumann, Ursula, geb. **Fähser**, aus Lötzen, am 28. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Kinas, Reinhold, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 28. April
Skopnik, Dr. Klaus-Dietrich, aus Lyck, Memeler Weg 11, am 26. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Ragoszat, Walter, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 26. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Kowalzik, Erwin, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 24. April
Mauch, Elma, geb. **Krause**, aus Ortelsburg, am 23. April
Pellny, Elfriede, aus Teichwalde, Kreis Treuburg, am 27. April

TERMINE DER LO

Jahr 2013

5. bis 12. Mai: Werkwoche im Kopernikushaus in Allenstein.
17. bis 20. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont.
15. Juni 2013: Sommerfest der Deutschen Vereine in Osterode (Ostpreußen).
20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont.
27. bis 29. September: 9. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein. Geschlossener Teilnehmerkreis.
11. bis 13. Oktober: 6. Deutsch-Russisches Forum in Duisburg. Geschlossener Teilnehmerkreis.
14. bis 20. Oktober: 59. Werkwoche in Bad Pyrmont.
25. bis 27. Oktober: Schriftleiterseminar in Bad Pyrmont.

1. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Bad Pyrmont.
2./3. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont. Geschlossener Teilnehmerkreis.
4. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Jahr 2014

8./9. März 2014: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
5./6. April 2014: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
17./18. Mai 2014: Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel.
3./7. November 2014: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

Schaumann, Erika, geb. **Heister**, aus Mülsen, Kreis Samland, am 24. April
Schneider, Ingeborg, geb. **Soergel**, aus Lyck, am 27. April
Zwikler, Liesbeth, geb. **Druba**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 22. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Kristandt, Karl-Heinz, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 22. April
Pietz, Gerhard, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, am 22. April
Raschowski, Agnes, geb. **Petrikowski**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 25. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Fahres, Christel, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 24. April
Koriath, Lydia, aus Kandien, Kreis Neidenburg, am 22. April
Martzian, Edith, geb. **Urban**, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 27. April
Schmidtke, Ernst, aus Treuburg, Deutsche Straße 15, am 27. April
Schröder, Irmgard, geb. **Schneider**, aus Hüttenfelde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 27. April
Wierutsch, Heinz, aus Lyck, am 23. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Biallowons, Erika, geb. **Tanski**, aus Lindennort, Kreis Ortelsburg, am 26. April
Eisenhardt, Gerda, geb. **Räder**, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 25. April
Friesen, Waltraud, geb. **Laborge**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 24. April
Fritz, Erna, geb. **Krafzig**, aus Bobern, Kreis Lyck, am 26. April
Fröhlich, Edith, geb. **Baltrusch**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 23. April
Gadge, Erna, geb. **Kopiczenski**, aus Lyck, von Mackensen-Straße 2, am 25. April
Heer, Gertrud, geb. **Raschpichler**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 27. April
Kelch, Gerda, geb. **Wollgramm**, aus Lisken, Kreis Lyck, am 25. April

Labelli, Erika-Martha, geb. **Donder**, aus Kalkofen, Kreis Lyck, am 25. April
Lucka, Erika, aus Neidenburg, am 28. April
Montro, Hildegard M., geb. **Slembek**, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 26. April
Onusseit, Ruth, aus Ebenrode, am 26. April
Schnoor, Edeltraut, geb. **Massat**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 25. April
Siese, Margarete, geb. **Nowotzin**, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 24. April
Walter, Hedwig, geb. **Pawellek**, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg, am 23. April
Weiß, Anna, geb. **Kuczewski**, aus Rummau-West, Kreis Ortelsburg, am 26. April
Wenk, Renate, aus Garbseiden, Kreis Samland, am 28. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Benz, Edith, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 24. April
Garrels, Ilse, geb. **Müller**, aus Schnellwalde, Kreis Mohrun-gen, am 27. April
Greier, Christel, geb. **Hildebrandt**, aus Medenau, Kreis Samland, am 24. April
Kellermann, Ruth, aus Lyck, am 23. April
Kenzler, Karl, aus Tykrehnen, Kreis Samland, am 24. April
Kesselhut, Ursula, geb. **Hoffmann**, aus Pobethen, Kreis Samland, am 23. April
Klerner, Frieda, geb. **Bylda**, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 22. April
Knihs, Gerhard, aus Siegenau, Kreis Johannisburg, am 24. April
Koske, Gerda, geb. **Schacht**, aus Pillau, Kreis Samland, am 27. April
Kröger, Charlotte, geb. **Dworak**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 28. April
Mett, Hilde, geb. **Gollembusch**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 25. April
Meyer, Manfred, aus Sentken, Kreis Lyck, am 24. April
Müller, Margarete, geb. **Schwendowius**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 26. April
Nicolai, Anni, geb. **Staschko**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 32, am 23. April
Nuhn, Erna, geb. **Wichmann**, aus Ebenrode, am 24. April
Potapski, Max, aus Kreis Rastenburg, am 27. April
Rücksties, Herta, geb. **Knorr**, aus Arnstein und Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 28. April
Scheu, Gertrud, geb. **Hoffmann**, aus Plohsen, Kreis Ortelsburg, am 27. April
Schmidtke, Edith, geb. **Arndt**, aus Schönlinde und Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 23. April
Sczuplinski, Gertrud, aus Frankennau, Kreis Neidenburg, am 28. April
Stauder, Christel, geb. **Hausmann**, aus Gaffken, Kreis Samland, am 22. April
Thomas, Elfriede, geb. **Radtke**, aus Seeligenfeld, Kreis Rastenburg, am 23. April
Weichert, Edeltraut, geb. **Refke**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 88, am 27. April
Wittker, Ingrid, geb. **Goetzle**, aus Lyck, Hindenburgstraße 14, am 24. April
Wittig, Erna, aus Mohrun-gen/Abbau, am 26. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Arnold, Edith, geb. **Falkus**, aus Marguhenen, Kreis Preußisch Eylau, am 23. April
Bartel, Albert, aus Lehlesken, Kreis Ortelsburg, am 25. April
Chymmek, Liesbeth, geb. **Thomszik**, aus Geislingen, Kreis Ortelsburg, am 26. April
Dörsam, Paula, geb. **Bludau**, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 26. April
Doppelfeld, Hildegard, geb. **Jorzik**, aus Soltmahnen, Kreis Lyck, am 22. April
Ehrichs, Elfriede, geb. **Klimaschewski**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 23, am 25. April
Erdt, Hans-Werner, aus Martins-hagen, und Keipern, Kreis Lötzen, und Kreis Lyck, am 23. April
Feind, Christel, geb. **Krahn**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 26. April
Gertulla, Gerhard, aus Moithien-nen, Kreis Ortelsburg, am 25. April
Klittmann, Gertraud, geb. Skib-be, aus Ortelsburg, am 28. April
Krause, Albert, aus Teichacker, Kreis Ebenrode, am 23. April
Krokowski, Klaus, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 26. April
Kuntze, Edith, geb. **Segatz**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 26. April
Lojewski, Siegfried, aus Schela-sken, Kreis Lyck, am 24. April
Rutkowski, Ruth, geb. **Kroll**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 22. April
Schachtschneider, Gertrud, aus Gardienen, am 24. April
Schulz, Waltraud, geb. **Höpfner**, aus Groß Hubnicken, Kreis Samland, am 22. April
Sinagowitz, Dieter, aus Alt Kiwit-ten, Kreis Ortelsburg, am 23. April
Sokolowski, Eduard, aus Lyck, am 28. April
Theilig, Edeltraud, geb. **Knieß**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 24. April
Teske, Artur, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 27. April
Tolksdörfer, Erna, aus Groß Stürlack, Kreis Lötzen, am 22. April
Vogt, Ingrid, geb. **Salitter**, aus Treuburg, Poststraße 22, am 27. April
Wegelin, Willy, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 24. April
Widmaier, Hilde, geb. **Powilleit**, aus Gronwalde, Kreis Elchnie-derung, am 23. April
Wieczorrek, Edith, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 23. April
Worßa, Ingeburg, aus Borschim-men, Kreis Lyck, am 24. April
Zielinski, Horst, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 28. April

ZUM 75. GEBURTSTAG

Dudda, Fritz, aus Treuburg, Gol-daper Straße 2, am 22. April
Elif, Ulrich, aus Treuburg, Golda-per Straße 44, am 27. April
Frese, Irmgard, geb. **Mombrei**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 25. April
Gawehn, Wolfram, aus Kreis Nei-denburg, am 25. April
Gosdzinski, Otto, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 27. April
Hoffmann, Edna, geb. **Donnic**, aus Friedrichsheide, Kreis Treuburg, am 23. April
Kallweit, Kurt, aus Talfriede, Kreis Ebenrode, am 25. April

Am 26. April 2013 feiert unser Vater

Dr. Michael Gapski

aus Königsberg (Pr)
jetzt Berlin

seinen 70. Geburtstag.

Wir gratulieren Dir herzlich und wünschen Dir
viele weitere glückliche und gesunde Jahre.

Deine Kinder Dominik, Sarah, Moritz,
Philip und Julian und Enkelkinder.

Krämer, Brigitte, geb. **Schwarzat**, aus Ulmenau, Kreis Ebenrode, am 27. April
Krüger, Gerda, geb. **Reinhard**, aus Gartenau, Kreis Neiden-burg, am 25. April
Manier, Willi, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 27. April
Martin, Dietrich, aus Lengfriede, Kreis Ebenrode, am 27. April
Saß, Inge-Marie, geb. **Kra-schewski**, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 27. April
Schliephacke, Ute Rosemarie, geb. **Unterberger** aus Klein Rö-dersdorf, Kreis Heiligenbeil, am 28. April
Schulz, Gottfried, aus Grünwie-

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 20. April, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 75 Jahren: Leni Riefenstahls Olympiafilme „Fest der Völker“ und „Fest der Schönheit“ werden in Berlin uraufgeführt.

SONNABEND, 20. April, 20.15 Uhr, Arte: Karl der Große (1–3).

SONNABEND, 20. April, 20.15 Uhr, Phoenix: Katharina die Große.

SONNABEND, 20. April, 21.55 Uhr, Vox: Baustelle Rücken – Was schadet, was hilft?

SONNTAG, 21. April, 8.05 Uhr, WDR 5: Osteuropa-Magazin.

SONNTAG, 21. April, 14 Uhr, NDR: Von Meisterhand. Traditions-berufe suchen Nachwuchs: Der Segelmacher.

SONNTAG, 21. April, 20.15 Uhr, Arte: Naturopolis. „New York, die grüne Revolution.“ Die Natur kehrt in die Megagroßstadt zurück.

SONNTAG, 21. April, 22.15 Uhr, N24: Die unsichtbare Front. Der Kalte Krieg 1965–1974.

SONNTAG, 21. April, 23.40 Uhr, MDR: Geheimsache Ghetto-film. Doku über Nazi-Propa-gandabilder aus dem War-schauer Ghetto.

MONTAG, 22. April, 20.10 Uhr, Deutschlandfunk: Musiksze-ne. Von der CD zur Cloud. Über das Verschwinden der Tonträger.

MONTAG, 22. April, 20.15 Uhr, WDR: Der Gesundmacher. Wie wir unsere Zähne richtig pflegen.

MONTAG, 22. April, 22 Uhr, BR: Faszination Wissen. Homöo-pathie – Medizin oder Mo-gelpackung?

MONTAG, 22. April, 23.30 Uhr, SWR: Putins Kuss. Doku über ein Mädchen, das in Russ-land Vorbild für die Jugend war.

DIENSTAG, 23. April, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 60 Jahren: Johannes R. Becher wird zum Präsi-

denten der Deutschen Aka-demie der Künste der DDR gewählt.

DIENSTAG, 23. April, 14.20 Uhr, Arte: Monsanto, mit Gift und Genen. Doku.

DIENSTAG, 23. April, 20.15 Uhr, Arte: Versenkt und vergessen. Atommüll vor Europas Kü-sten. Umweltdoku. – 21.10 Uhr: Atomfriedhof Arktis. – 21.35 Uhr: Trockengelegt – Konfliktherd Totes Meer.

DIENSTAG, 23. April, 21 Uhr, WDR: Quarks & Co. Haltbar-keit um jeden Preis – Wie viel Konservierung braucht unser Essen?

MITTWOCH, 24. April, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 90 Jahren: Sigmund Freuds „Das Ich und das Es“ erscheint.

MITTWOCH, 24. April, 20.45 Uhr, MDR: Fachkräftemangel – Nur eine Frage des Gehalts?

MITTWOCH, 24. April, 22.50 Uhr, Arte: Zigeuner. Ein realisti-sches Bild vom Umgang mit Minderheiten in der Mitte Europas. Drama. Regisseur Martin Sulik.

DONNERSTAG, 25. April, 19.30 Uhr, Deutschlandradio Kul-tur: Forschung und Gesell-schaft. Wie wir sterben.

DONNERSTAG, 25. April, 20.15 Uhr, 3sat: Der Kampf um die besten Köpfe. Durch den de-mografischen Wandel herrscht in Deutschland Nachwuchsmangel.

DONNERSTAG, 25. April, 22.30 Uhr, SWR: Flick – Das Erbe (2/2).

FREITAG, 26. April, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 150 Jahren: Der Schriftsteller Arno Holz wur-de geboren.

FREITAG, 26. April, 12 Uhr, 3sat: Ich muss zum Idiotentest. Strafe oder Chance?

FREITAG, 26. April, 14.05 Uhr, 3sat: Die Exoten kommen. Eingewandert, eingeschleppt, eingebürgert.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Neuwahl des Kreistages 2013 – Die Amtszeit des im Jahr 2009 gewählten Kreistages endet gemäß § 5 der Satzung der Kreisgemeinschaft Angerburg im September dieses Jahres. Die Höchstzahl der zu Wählenden beträgt 30. Nach Ziffer 3 der Wahlordnung hat der Kreisausschuss (Vorstand) das Recht, Kandidaten für die Wahl zum Kreistag vorzuschlagen. Vom Kreisausschuss werden für die einzelnen Kirchspielgemeinden des Kreises Angerburg folgende 28 Kandidaten vorgeschlagen (die Zahl der zu wählenden Kreistags-

Wirken Sie mit an der Stiftung »Zukunft für Ostpreußen!«

Flint Fugger Privatbank
Konto-Nr. 1001851983
BLZ: 25090514

mitglieder ist jeweils in Klammern angegeben): Angerburg-Stadt (8): Herta Andrulonis geb. Freytag; Joachim Hans Hoffmann; Adelheid Hollberg geb. Sauer; Gerhard Kibbas; Günther Kuhn; Hans Sadlack; Eberhard Steinke. Angerburg-Land (3): Rüdiger Bieber; Michael Kukis; Lothar Schwarz. Rosengarten (2): Gudrun Lutze; Heinz-Wolfgang Malessa. Engelstein (2): Erich Kerwien; Arno Rosin. Kanitz (1): Alfred Nehrenheim. Buddern (3): Gerhard Mörchel; Joachim-Hans Domscheit. Benkheim (4): Gustav Kutz;

Georg Malz; Horst Piontkowski; Kurt-Werner Sadowski. Kuten (2): Brigitte Junker geb. Böttcher; Wolfgang Maleyka. Großgarten (2): Susanne Hagen; Alfred Sager. Kruglanken (3): Günter Büttner; Horst Preuß; Astrid Stuhr geb. Schiemann. Gemäß § 4 der Wahlordnung werden diese Vorschläge zur Kenntnis gebracht. Weitere Vorschläge sind bis zum 31. Mai 2013 (Posteingang) an den Kreisvertreter Kurt-Werner Sadowski, Reddersenstraße 75, 28359 Bremen, einzureichen. Jeder Wahlvorschlag muss enthalten: Name (Geburtsname), Vorname, Geburtsdatum, Beruf, Heimat- bzw. Geburtsort und vollständige Anschrift der/des Vorgeschlagenen sowie ihre/seine Zustimmung zur Kandidatur. Die Vorschläge können von mindestens 18 Jahre alten Angehörigen unserer Kreisgemeinschaft für ihre Heimatkirchspielgemeinde gemacht werden. Gehen für die einzelnen Kirchspielgemeinden keine weiteren Vorschläge ein, so gelten gemäß Ziffer 6 die vom Kreisausschuss Vorgeschlagenen als gewählt. Im Übrigen gelten die Bestimmungen der Satzung der Kreisgemeinschaft Angerburg ist.



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Bei der Ankündigung der Heimattreffen in Folge 12 der PAZ wurde das Kirchspieltreffen Birkenmühle/Mehlkehmen irrtümlich nach Herrmannsburg verlegt. Richtig muss es heißen: **25./26. Mai: Kirchspieltreffen Birkenmühle/Mehlkehmen**, Hotel Michaelishof, Hauptstraße 24, 29303 Offen-Bergen. 31. Mai bis 3. Juni: Schülertreffen in Herrmannsburg, Seminarhotel Heidehof Herr-

mannsburg, Billingstraße 29, 29315 Herrmannsburg.



GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, , 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. GSt.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

Ausstellung eröffnet – Bis zum 15. Oktober kann im Kreishaus unserer Patenstadt Rendsburg eine kleine Ausstellung über die Heimatkreisgemeinschaft und den Kreis Gerdauden vor 1945 besichtigt werden. In zwei Vitrinen im Foyer sind alte Fotos aus den Orten des Kreises Gerdauden ebenso zu finden wie Alltagsgegenstände, die von den früheren Bewohnern über Flucht und Vertreibung hinweg gerettet wurden und heute in unserer Heimatstube ihren Platz gefunden haben. Eine große Karte des Kreises hilft bei der Orientierung. Mit der Schau, die unsere 2. Vorsitzende Brigitte Havertz-Krüger zusammen mit Anita Motzkus, Kirchspielvertreterin von Muldszen, zusammengestellt hat, soll auch für die große Ausstellung „60 Jahre Patenschaft von Stadt und Kreis Rendsburg-Eckernförde mit Stadt und Kreis Gerdauden“ geworben werden, die anlässlich unseres Hauptkreistreffens am 18. Oktober im Rendsburger Rathaus eröffnet wird. Bei der Präsentation der Vitrinen im Kreishaus-Foyer konnten wir neben einem Vertreter der Rendsburger Ausgabe der „Landeszeitung“ und dem Vorsitzenden des Museumsvereins Kreis Rendsburg-Eckernförde, Fritz Barnstedt, von unserem Patenkreis auch den Leiter der Kommunalaufsicht, Jürgen Harders, und den Fachbereichsleiter Umwelt, Kommunal- und Ordnungswesen, Dr. Thilo Rohlfs, begrüßen. Die Ausstellung ist zu den Öffnungszeiten des Kreishauses (Montag und Freitag 8 bis 12 Uhr, Dienstag 8 bis 12 und 14 bis 17.30 Uhr, Mittwoch 7.15 bis 12 Uhr und Donnerstag 8 bis 12 und 14 bis 16 Uhr) zu besichtigen.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. ruhnke@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 5 70 52. perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretender Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 8 42 24. Schmidt.ploessen@gmx.de. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Kreistagssitzung der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil – Die Kreisgemeinschaft geht mit jungem Vorstand in die Zukunft. Am Wochenende 6./7. April fand im Ostheim, Bad Pyrmont, die Kreistagssitzung der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil statt. Haupttagesordnungspunkt war die Neuwahl des Vorstandes. Die Ergebnisse der Vorstandswahl sind folgende: Im Amt bestätigt wurden Kreisvertreterin Elke Ruhnke sowie Christian Perbandt (1. Stellvertreter), Bernd Schmidt (2. Stellvertreter) sowie die Beisitzer Ilse Thomann und Brunhilde Schulz. Nicht wieder kandidiert hatten der Kassenwart Peter Böck sowie Siegfried Schulz (Kreiskartei), die beide in ihren Aufgabenbereichen eine jahrelange hervorragende Arbeit geleistet hatten

und ihre Ämter in jüngere Hände übergeben wollten. Neu gewählt wurde als Kassenwartin Heidi Pomowski sowie für die Kreiskartei Petra Wegner. Wir wünschen unseren neuen Vorstandsmitgliedern viel Freude und ein gutes Gelingen bei ihren neuen Aufgaben.



JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Dr. Manfred Solenski, Fichtenstraße 14, 26316 Varel, Telefon (04451) 4581, Fax (04451) 9189298, E-Mail: solenski@kreisgemeinschaft-johannisburg.de. Schriftführerin: Ingelore Friedrich, Hitzackerweg 1, 30625 Hannover, Telefon (0511) 578649, E-Mail: friedrich@kreisgemeinschaft-johannisburg.de, Internet: www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de

Nachruf – Rudolf Heldt entstammt einer evangelischen Pfarrersfamilie. Sein Vater war der unvergessene Pfarrer der Gehlenburger, Karl-Heinrich Heldt. Nach ihm wurde am 15. Oktober 2006 der Versammlungsraum (Anbau an die Kapelle) der evangelischen Gemeinde benannt. Seine Mutter war Tochter eines Predigers der Herrnhuter Brüdergemeinde. Die Eheleute erlebten dramatische Zeiten durch die Zugehörigkeit des Vaters zur „Bekennenden Kirche“ und das Kriegserleben: Die einzige Tochter starb nach Kriegsende, und drei der fünf Söhne blieben im Krieg. Das Schicksal der Eltern ist ungewiss geblieben. Rudolf Heldt schloss sich der Johannsburg Kreisgemeinschaft an, wurde 1984 in den Kreisausschuss gewählt und begann die Kirchengeschichte des Kreises Johannsburg zu erforschen. Er war Kirchspielvertreter für Gehlenburg-Land und startete immer wieder Aufrufe in den Johannsburg Heimatbriefen, die Landsleute zum Einsenden von Kirchenansichten (innen und außen), Konfirmationsbildern, Personenaufnahmen, Schriftstücken mit Kirchensiegeln, Unterschriften von Pfarrern und sonstigen Dokumenten zu veranlassen. Auch die Daten von Kirchengebäuden und -anlagen sammelte er, so dass 1986 bereits zehn der 13 Kirchen im Kreis maßstabsgetreu nachgebildet waren. Im Heimatbrief 1995, Seite 156, wird besonders Willi Quast gedankt, der neben anderen die handwerkliche Arbeit vollbrachte. Nach Auflösung der Johannsburg Heimatstube in Flensburg stehen die Modelle, nach regem Gebrauch in den 80er und 90er Jahren, im Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg. Bekannt war Rudolf Heldt auch als Sprecher des Geistlichen Wortes bei den Hauptkreistreffen in Dortmund. Aus seiner Arbeit als „Obmann für Kirchenfragen“ gingen die Unterlagen für die Herstellung der 13 „roll-ups“ durch Ulf Wöbcke hervor, die sowohl beim Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Erfurt 2011 als auch beim Hauptkreistreffen in Dortmund 2011 aufgestellt waren. Rudolf Heldt wurde auf dem Hauptkreistreffen der Johannsburg in Dortmund am 4. September 2005 mit der Ehrennadel der KG Johannsburg ausgezeichnet, die er aus der Hand des Kreisvertreters Will Reck erhielt. Sein Satz „Ehe es zu spät ist!“ bewirkte bei vielen Landsleuten, in ihren bewahrten Dokumenten zu suchen, wie wir zum Beispiel an der Veröffentlichung von Konfirmationsbildern in Heimatbriefen erkennen. Auch nach seinem Berufsleben als Studiendirektor engagierte er sich in der Heimatarbeit. Er gehörte zu den Mitbegründern des „Förder-

kreises zur Pflege des Gedenkstein auf dem Gehlenburger Friedhof“ (siehe auch JHB 2012, Seite 147). Sein Einsatz für die Herrichtung des Friedensparkes (vormals Stadtfriedhof) in Johannsburg und der Gehlenburger Kapelle in früheren Jahren war groß. Rudolf Heldt verstarb am 12. März. Er hat seine letzte Ruhestätte auf dem Waldfriedhof in Altenkirchen gefunden. Die Kreisgemeinschaft Johannsburg bewahrt ihm ein dankbares, ehrendes Andenken. Unser Mitgefühl gehört seiner Familie.



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St. Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegm. Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Wahlaufruf – Im Jahr 2013 finden die nach der Satzung anstehenden Wahlen zum Kreistag der Kreisgemeinschaft Lyck e.V. statt. Der Kreistag ist eine Vertreterversammlung anstelle einer Mitgliederversammlung. Es handelt sich um eine wichtige Wahl. Der Kreistag ist oberstes Organ des Vereins. Er wählt insbesondere den Kreisvertreter und den stellvertretenden Kreisvertreter (den vertretungsberechtigten Vorstand), den Gesamtvorstand (Kreisausschuss genannt) und beschließt die Grundsätze der Vereinsarbeit. Nach § 10 Absatz 1 der am 29. August 2009 geänderten Satzung sind 15 Kreistagsmitglieder zu wählen. Die Satzung ist im Hagen-Lycker Brief von 2010 ab Seite 22 veröffentlicht. Bis zum Stichtag (30. September 2012) sind beim Kreisvertreter folgende 29 Kandidaten für die Wahl zum Kreistag vorgeschlagen worden: 1. Antonatus, Renate *1937 (Petersgrund); 2. Behrendt, Klaus *1938 (Lyck); 3. Bellmann, Armin *1940 (Frauenfließ); 4. Broschat, Dieter *1939 (Lyck); 5. Czerwinski, Siegm. *1939 (Andreen); 6. Czudnochowski, Dieter *1947 (Morgengrund); 7. Donder, Günter *1929 (Stettenbach); 8. Donder, Reinhard *1941 (Kalkofen); 9. Faesel, Uwe *1966 (Gingen); 10. Geyer, Eckhard *1957 (Statzen); 11. Kolschewski, Otto *1937 (Waldwerder); 12. Kommosa, Manfred *1944 (Langheide); 13. Kondoch, Dr. Hartmut *1928 (Grabnick); 14. Kuchler, Inge *1936 (Seebrücken); 15. Kühn, Horst *1933 (Lyck); 16. Laskowski, Eva *1934 (Kelchendorf); 17. Mader, Heidi *1964 (Stradaunen); 18. Murza, Karlfried *1936 (Kalgendorf); 19. Palluck, Ulrich *1937 (Sieden); 20. Norra, Wilhelm *1938 (Sasreiken); 21. Salamon, Eckehard *1941 (Gollen); 22. Schneider, Herbert *1940 (Fließdorf); 23. Skrotzki, Peter *1946 (Petersgrund); 24. Vogel, Dieter *1957 (Lindenfließ); 25. Vogel, Günther *1945 (Lindenfließ); 26. Vogel, Hans *1957 (Lindenfließ); 27. Walter, Klaus *1951 (Scharfenrade); 28. Wisensee, Bärbel *1946 (Mostolten); 29. Zimmermann, Margarethe *1939 (Zielhausen). Die Stimmkarte liegt dem Hagen-Lycker Brief bei, der im Mai erscheinen wird. Falls Angehörige des HLB-Empfängers auch im Kreis Lyck beheimatet sind, können weitere Stimmkarten bei unserem Karteiwart Siegm. Czerwinski, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim, angefordert werden. Jeder Wähler hat zehn Stimmen. Werden mehr als zehn Kandidaten angekreuzt, ist die Stimmkarte ungültig. Die Stimmkarte ist in einem freigemachten Briefumschlag an den Wahlleiter zu senden und muss bis zum 30. Juni 2013 bei diesem eingegangen sein. Später eingehende Stimmkarten sind ungültig. Wahlleiter

Armin Bellmann, Gartenstraße 7, 56584 Thalhausen.



RASTENBURG

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorf, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. GSt.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950.

Die Kreisgemeinschaft fährt vom Donnerstag, 30. Mai, bis Freitag, 7. Juni, nach Rastenburg. Es sind noch Plätze frei. Wer Interesse hat mitzufahren, melde sich bitte bei Erna Domnick, Telefon (040) 7104503.



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Wahlaufruf – Die satzungsmäßige vierjährige Amtszeit der Mitglieder des Kreistages der Kreisgemeinschaft Schloßberg endete 2012. Nach § 8 der Satzung der Kreisgemeinschaft ist eine Neuwahl der Mitglieder des Kreistages erforderlich. Hiermit werden alle Angehörigen des Heimatkreises Schloßberg und ihre Nachkommen aufgerufen, Wahlvorschläge bis zum 31. Mai 2013 (Ausschlussfrist) an die Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft Schloßberg (Pillkallen) Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe) einzureichen, um von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Die Wahl erfolgt durch Benennung von höchstens 25 Kandidaten mit ladungsfähiger Anschrift. Die Mitteilung der ladungsfähigen Anschrift ist unbehrlich, wenn der Vorgeschlagene bisher dem Kreistag angehört hat oder in der Vorschlagsliste des Kreistages aufgeführt ist. Der Wahlvorschlag erlangt Gültigkeit, wenn er beim Wahlausschuss eingegangen ist. Wahlvorschläge, die nach Ablauf der genannten Ausschlussfrist eingehen, sind ungültig. Wahlvorschläge – Der Kreistag schlägt gemäß § 8 Absatz 3 seiner Satzung folgende Kandidaten vor: Helga Anders, Postfach 1209, 38332 Helmstedt; Helmut Büttner, Alte Lüneburger Straße 20, 21435 Stelle; Ursula Gehm, Neiseweg 60, 74523 Schwäbisch-Hall; Michael Gründling, Gr. Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale; Peter Gnaudschun, Matzenbergstraße 195, 46145 Oberhausen; Christian-Jörg Heidenreich, Bockwischer Weg 22, 25569 Kremperheide; Heinz-Günter Hubert, Im Bahneck 9, 21423 Winsen (Luhe); Manfred Kalcher, Alfred-Schütte-Allee 130, 51105 Köln; Hans Kasimir, Caldenhofer Weg 237, 59069 Hamm; Martin Kunst, Stenumer Straße 6, 27777 Ganderkesee; Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Häcklingen; Joachim Löwe, Bahnhofstraße 69, 09648 Mittweida; Norbert Schattauer, Landesstraße 19, 21776 Osterwanna; Tanja Schröder, Großer Sand 25, 21107 Hamburg; Dr. Karsten Uffhausen, Eichenhain 18, OT Häcklingen, 21335 Lüneburg. Wahlausschuss: Peter Gnaudschun (Vorsitzender).

Schlossberger Kreistagssitzung – Am 6. April fand in der Schlossberger Heimatstube in Winsen (Luhe) satzungsgemäß eine Sitzung des Kreistages der Kreisgemeinschaft Schloßberg statt. Neben der Abarbeitung der üblichen Tagesordnungspunkte gab der

Anzeigen

FRIELING-VERLAG BERLIN: PERSÖNLICHE BETREUUNG, KOMPETENZ UND QUALITÄT

Machen Sie Ihre *Erinnerungen* zu einem wertvollen *Zeitzeugnis!*

In Form einer Autobiografie erhalten diese einen bleibenden Wert für nachfolgende Generationen.

Schicken Sie uns Ihre Lebensgeschichte!

FORDERN SIE UNVERBINDLICH GRATIS-INFORMATIONEN AN:
Frieling-Verlag Berlin • 12161 Berlin • Rheinstr. 46 o • Tel. (0 30) 766 99 90
E-Mail: lektorat@frieling.de • www.frieling.de/paz

Grundbesitz in Ostpreußen

Im Angebot: Herrenhäuser, Jagdhaus, Ferienhaus, Grundstücke.

Potrimpus UG, Lindenstraße 22, 15526 Bad Saarow, Tel.: 0171/7011506, Internet: www.ostpreussen.net

Individuelle Reisen nach Ostpreußen

Durch Erkrankung von Reisenden sind kurzfristig noch 2 von 7 Plätzen frei!

Johannsburg 10. bis 19. Juli 2013
S. Kneffel • 99084 Erfurt • Fischersand 7
0361 - 7 52 59 02 oder 0178 - 2 88 42 77
Email: skneffel@versanetonline.de
www.Reisen-nach-Ostpreussen.de

Wirkungsvoll werben

Telefon (0 40) 41 40 08 47

Schreiben Sie?

Wir veröffentlichen Ihr Manuskript!

Seit 1977 publizieren wir mit Erfolg Bücher von noch unbekannten Autoren. Kurze Beiträge passen vielleicht in unsere hochwertigen Anthologien. Wir prüfen Ihr Manuskript schnell, kostenlos und unverbindlich.

edition fischer
Orber Str. 30 • Fach 71 • 60386 Frankfurt
Tel. 069/941 942-0 • Fax -98 / -99
www.verlage.net
E-Mail: lektorat@edition-fischer.com

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

Kreisvertreter, Michael Gründling, einen Lagebericht zur allgemeinen Situation der Landmannschaft Ostpreußen, der PAZ sowie der Kreisgemeinschaften ab und berichtete vom März-Treffen der Kreisvertreter in Bad Pyrmont. In ihrem Geschäftsbericht konnte die Geschäftsführerin, Renate Wiese, positiv über das Interesse zahlreicher Besucher und Gruppen an unserer Heimatstube berichten, für die sie sich immer gerne die Zeit für eine Führung nimmt. Dabei kommt zwangsläufig die Zeit für ihre eigentlichen Aufgaben zu kurz, die durch viele Telefonate, zum Beispiel zwecks Anfragen aus der Heimatkreisartei, weiter gemindert wird. Bei

Vorbereitung der
Kreistagswahlen

solchen Anfragen entsteht dazu das Problem, dem Datenschutz gerecht zu werden, so dass sie meistens nicht weiterhelfen kann oder darf, da nur über Personen, die 60 und mehr Jahre verstorben sind, Daten-Auskunft erteilt werden darf. Für die in diesem Jahr anstehenden Kreistagswahlen wurden die Vorbereitungen getroffen und dazu eine Wahlkommission gebildet. Auch für anstehende Jubiläen, als da sind „60 Jahre Patenschaft mit dem Landkreis Harburg“ im Jahre 2014 und „500 Jahre Pillkallen/Schloßberg“ im Jahre 2016, wurde bereits gesprochen und geplant sowie verschiedene Ideen laut, diese Jubiläen attraktiv zu gestalten. Dazu soll auch kurzfristig die Rayonverwaltung in Haselberg [Krasnoznamensk] mit einbezogen werden. Über das Hauptkreistreffen zusammen mit der Kreisgemeinschaft Ebenrode in der Stadthalle Winsen (Luhe) am 13. Juli 2013 informierte der Vorstand die

Kreistagsmitglieder. Eine öffentliche Kreistagsitzung soll bereits am Tag zuvor, am Freitag, 12. Juli, stattfinden wie auch das Schülertreffen der FWO mit Ulla Gehm. Der Sonabend beginnt um 9.30 Uhr mit einer Gedenkfeier am Winsener Ehrenmal. Um 10.30 Uhr wird die Feierstunde in der Stadthalle beginnen, auf die nach einer Mittagspause um 14 Uhr ein „Buntes Programm“ folgen soll. – Die nächste Ostpreußenfahrt in den Süden, den Norden und nach Litauen mit Rückfahrt von Memel über See nach Kiel findet statt von 13. bis 24. Mai. Reiseleiter Jörg Heidenreich berichtete, dass der Bus mit 43 Mitreisenden, darunter relativ viele Schloßberger und deren Nachkommen, nahezu voll besetzt ist. Ein großes Problem ist nach Aussagen des Busunternehmens die Visa-Beschaffung nach den neuen russischen Bestimmungen. Auch sind die Gebühren dafür von 35 auf 50 Euro erhöht worden. Zum Stand der Schloßberger Kirchspielchroniken gab Chronist Martin Kunst den Stand bekannt. Danach ist das Ehepaar Krämer, dem an dieser Stelle für ihre fleißige Mitarbeit besonderer Dank gebührt, voll dabei, den Band 2 „Kussen“ zu überarbeiten. Ende 2013 ist der Nachdruck geplant. Zum Band 8 „Malven, Steinkirch“ sind zwei Drittel der Daten erfasst, der wohl noch umfangreiche Rest wird derzeit gesammelt, wobei dankenswerterweise Professor Spehr einen maßgeblichen Anteil hat. Die Fertigstellung wird sich wohl leider bis Ende 2015 hinziehen, so Kunst. Jugendbetreuer Norbert Schattauer gab die Termine für die Kinderfreizeite und Jugendbegegnung bekannt, die sich in diesem Jahr nahezu decken – die Kinder vom 21. Juli bis 3. August in der Jugendherberge Otterndorf und die Jugend vom 21. bis 28. Juli. Anmeldungen nimmt Norbert Schattauer gerne entgegen. –Bedauerlich ist es, dass unsere Kreiskarte in der Heimatstube vergriffen ist und

nun nicht mehr nachbestellt werden kann, weil mit dem Verlag kein Kontakt mehr hergestellt werden kann. Abschließend sei Geschäftsführerin Renate Wiese ganz herzlich Dank gesagt für die umfangreiche Vorbereitung der Sitzung und die hervorragende Bewirtung mit Speis und Trank, insbesondere der leckeren Kuchen und Torten zum abschließenden Kaffeetrinken.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm,
Am Rosenbaum 48, 51570 Winddeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders@arcor.de.

Regionaltreffen in Soest – In diesem Jahr wird das Heimattreffen der Kreisgemeinschaften Elchniederung und Tilsit-Ragnit sowie der Stadtgemeinschaft Tilsit am 5. Oktober in der Stadthalle Soest stattfinden. Die Kreisstadt Soest liegt mitten im Herzen Nordrhein-Westfalens. Sie ist optimal von allen deutschen Zentren bequem und schnell zu erreichen. Mit dem Auto über die A 44, B 1, B 229 und B 475, mit der Bahn per IC im Zwei-Stundentakt und täglich per ICE-Verbindung nach Hamm und mit dem Flugzeug über die Flughäfen Dortmund, Paderborn und Münster/Osnabrück. Die Soester Stadthalle liegt im Süden der Altstadt und bietet in ansprechender Architektur Räumlichkeiten für bis zu 1500 Besucher. Nach der Eröffnung des gemeinsamen Treffens um 10 Uhr (Einlass ab 9 Uhr) und dem Geistlichen Wort durch Pfarrer Martin Lipsch, Kreistagsmitglied der KG Tilsit-Ragnit, erfolgt die Begrüßung durch die Kreisvertreter Dieter Neukamm

(Tilsit-Ragnit), Manfred Romeike (Elchniederung) und Hans Dzieran (Stadt Tilsit). Es schließen sich Gesangsvorträge an. Nach den Grußworten der Gäste wird Peter Sönnichsen, Mitglied des Landtages Schleswig-Holstein, die Festrede halten. Mit dem Auftritt eines Männerchores endet das Vormittagsprogramm. In der Mittagspause werden preiswerte Gerichte angeboten. Der Nachmittag wird durch ein geselliges Beisammensein mit Darbietungen eines Posaunenchores gestaltet. Mit dem Schlusswort von Dieter Neukamm und dem gemeinsamen Singen des Ostpreußenliedes wird die Veranstaltung um zirka 17 Uhr enden. Die Tische sind nach Heimatkreisen und Kirchspielen beschildert. Im Foyer können ostpreußische Souvenirs, oder Heimatbriefe erworben werden. Parkmöglichkeiten sind in unmittelbarer Nähe der Stadthalle ausreichend vorhanden. Aus Kostengründen wird ein Eintritt von 5 Euro erhoben. Informationen über Hotels und andere Übernachtungsmöglichkeiten erfolgen zu einem späteren Zeitpunkt. Alle „Memelstromer“ sind herzlich eingeladen, in Soest alte Bekannte wiederzutreffen, neue Freunde kennenzulernen, Erinnerungen und Fotos auszutauschen. Die Fahrt nach Soest lohnt sich!



TILSIT-STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Herzog Albrecht Schule – Das diesjährige Schultreffen der Schulgemeinschaft „Herzog Albrecht Schule Tilsit“ findet vom Montag den 24. bis Donnerstag den 27. Juni 2013 in Potsdam statt. Es haben sich inzwischen 23 Teil-

nehmer gemeldet. Gegenüber Bad Frankenhausen 2011 und Halle 2012, verbuchen wir für Potsdam eine sehr erfreuliche Steigerung der Teilnehmerzahl. Das lässt sich gut begründen, denn Potsdam als Kunst- und Kulturstadt mit seinen vielen Sehenswürdigkeiten besitzt eine hohe Anziehungskraft, Potsdam gehört zum Weltkulturerbe und ist durch und durch Preußisch. Erfreulicherweise wird Stadtvertreter Hans Dzieran an unserem Schultreffen teilnehmen. Wir wohnen im schönen Altstadt Hotel, mitten im Zentrum von Potsdam, trotzdem ruhig gelegen. Die bestellten Zimmer sind geschmackvoll und modern ausgestattet. Das gemütlich eingerichtete Restaurant serviert regionale Speisen und Kaffeespezialitäten. Für die abendlichen „Plachanderstunden“ steht uns ein eigener Raum zur Verfügung. Nach dem Anreisetag am 24. Juni und einem ersten gemütlichen Miteinander werden wir am 2. Tag Potsdam erobern. Dazu müssen keine Gerätschaften mitgebracht werden, nur gute Laune. Wir starten mit einem Sonderbus zur Stadt- und Schlösser-Rundfahrt ab dem Hotel, Start: 9.30 Uhr, wir erleben mit Führung die barocke Altstadt, das Holländische Viertel, die Glienicker Brücke (hier fand während der DDR-Zeit ein Agentenaustausch statt), Cecilienhof mit Ausstieg, die russische Kolonie, das Schloss Sanssouci mit Ausstieg, Orangerie, das Neue Palais mit Ausstieg. Dauer zirka 3 bis 4 Stunden, wir können die Fahrt nach eigenem Ermessen verkürzen oder verlängern, denn der Bus steht uns voll zur Verfügung. Wir werden eine Überraschung erleben. Am Nachmittag besuchen wir Schloss Sanssouci von innen. Nach dem Abendessen im Hotel treffen wir uns zu Lichtbildern und Reden im Konferenzraum. Für Mittwoch, den 26. Juni, ist am Vormittag eine Dampferfahrt auf der Havel geplant, also „Dampferche fahren“ muss sein. Dann Mittagessen, wenn die Kraft

reicht und Lust vorhanden ist, dann machen wir einen Rundgang durch den Garten von Sanssouci oder Freizeit für Stadtbummel. Abends steht uns nochmals der Raum zur Auswertung unserer Erlebnisse zur Verfügung, wir sollten sagen was man besser machen kann und beraten über das nächste Schultreffen 2014. Am 27. Juni Abschied nehmen und Heimreise. Eigene Beiträge zur Gestaltung unserer Abende sind sehr erwünscht.

Siegfried Dannath-Grabs
Schulsprecher



TREUBURG

Kreisvertreterin: Ingrid Meyer-Huwe, Heinrich-Heine-Straße 51, 30173 Hannover, Telefon/Fax (0511) 884928, E-Mail: eusebius@kabelmail.de. Stellvertreter: Siegfried Schmidtke, Marienweg 31, 50858 Köln, Telefon (02234) 996441, schmidtke@ubcom.de. Geschäftsführer: Mattias Lask, Amselweg 51, 44822 Mettmann, Telefon (0211) 1699118, mlask@online.de. Präsidentin der Kreisgemeinschaft: Irmgard Klink, Schlehdornweg 30, 47647 Kerken, Telefon (02833) 3984, iklink@gmx.de. Ansprechpartnerin in Ostpreußen: Hannelore Muraczewska, Wisniowa 1, PL 19-400 Olecko, Telefon (0048) 875 20-3180.

Der Termin für unser Hauptkreistreffen rückt nun immer näher, daher möchte ich Sie alle noch einmal recht herzlich dazu einladen. Das Treffen findet am Sonnabend, 4. Mai, in Düsseldorf, Gerhard Hauptmann-Haus, Bismarckstraße 90, statt. Die Saalöffnung ist ab 9 Uhr, der Beginn der Feierstunde ist um 11 Uhr. Über

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Anzeigen



Weise mir, Herr, deinen Weg!
Ps. 86,11

Rudolf Heldt
* 19. 4. 1928 † 12. 3. 2013

Rudolf Heldt hat sich auf vielfältige Art und Weise in die Kreisgemeinschaft Johannsburg eingebracht. Das Ergebnis seiner Forschungsarbeit wurden die Kirchensiegel-Sammlung und die Grundlagen für die Kirchenmodelle. Er wurde 2005 mit der Ehrennadel der Kreisgemeinschaft Johannsburg ausgezeichnet. Auch in seinem Engagement für die Herrichtung des Friedensparks in Johannsburg, die Gehlenburger Kapelle und den dortigen Gedenkstein zeigte er bis zuletzt seine stete Sorge und Unterstützung für die Heimat und ihre Menschen. Wir bewahren ihm ein dankbares, ehrendes Andenken.

Varel, Fichtenstraße 14

Die Kreisgemeinschaft Johannsburg

Sieglinde Falkenstein
Stellv. Kreisvertreterin

Dr. Manfred Solenski
Kreisvertreter

Detlef Liedtke
Komm. Stellv. Kreisvertreter



Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen Mölln trauert um ihre langjährige 1. Vorsitzende und Ehrenvorsitzende

Magdalene Eckloff

Frau Eckloff hat mit ihrem unermüdlichen Einsatz die Landsmannschaft stets weiter aufgebaut und erfolgreich geführt. Wir fühlen uns verpflichtet die Arbeit in ihrem Sinne fortzusetzen und werden ihr Andenken in Ehren halten.

PAZ wirkt!
Tel. (0 40) 41 40 08 47

www.preussische-allgemeine.de



Herr, Du bist unsere Zuflucht für und für. Psalm 90,1

Nach Gottes Ratschluss wurde in die Ewigkeit abberufen

Frieda Smollich
geb. Oprotkowitz


* 21. April 1916 † 31. März 2013
in Petersgrund in Münster

In Liebe und Dankbarkeit:
Wolfgang und Gertraud Romond,
geb. Smollich
Klaus und Elke Smollich, geb. Brandstätter
Enkelkinder und Urenkelkinder
sowie alle Angehörigen

48167 Münster, Am Schütthook 169

Die Trauerfeier und die Beisetzung haben am Freitag, den 5. April 2013, stattgefunden.

Die Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Kreisgruppe Hagen e.V.
trauert um ihren 1. Vorsitzenden



Herbert Gell

58095 Hagen, Lützowstr. 58,
der nach kurzer schwerer Krankheit am 17. März 2013
im Alter von 87 Jahren verstarb.

35 Jahre stand der geborene Königsberger an der Spitze des Vereins. Dabei hat er sich um das deutsche Vaterland und das historische Ostpreußen sowie um seine Landsleute sehr verdient gemacht.

In Anerkennung seiner Leistungen wurden ihm verliehen:
Das Bundesverdienstkreuz am Bande
Das Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen,
Die Ehrennadel in Gold der LO Landesverband NRW
Die Mitglieder werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren
Ihr Mitgefühl gilt seinem Sohn Udo und dessen Familie.

Der Vorstand

Herbert Lindenau, Waltraut Fritsch, Rosemarie Seefeld,
Horst Tuguntke



Wir trauern um

Christel Klawonn
geb. Schneller

* 31. 1. 1926 † 7. 3. 2013
in Schieden in Neuenkirchen

In Liebe
Fam. Cordula Friedrichs
Fam. Bodo Klawonn

28790 Neuenkirchen

Zum 10. Todestag
Das Leben eines Menschen ist wie ein Faden. Er ist verwoben mit anderen Lebensfäden, mit einer Geschichte, mit einer Familie, mit Nachbarn, Freunden und Bekannten. Durch den Tod eines Menschen ist das Gewebe nicht mehr wie früher. Es braucht Zeit, bis der neue Faden zum Verstorbenen im Himmel in das Gewebe des Alltags hinein gewoben ist.

In Gedenken an

Harry Poley
geb. 9. 7. 1916 † gest. 25. 4. 2003
in Züllchow/Pommern in Duisburg
Gelebt für seine Heimat Ostpreußen

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 17

eine zahlreiche Teilnahme würden wir uns sehr freuen. Vielleicht können Sie sich mit Freunden, Verwandten und Bekannten dazu verabreden und eventuell auch Fahrgemeinschaften bilden. Viele von uns haben ja ein Alter erreicht, in dem sie nicht mehr allein fahren können. Es wird dann ja auch hoffentlich der Frühling bei uns eingekehrt sein, so dass es ein schönes Treffen gibt.

PRUSSIA e. V.

Sonnabend, 27. April, Museum Stadt Königsberg, 47051 Duisburg, Johannes-Computus-Platz 1, Eingang Karmelplatz 5: Kostenlose Vortragsveranstaltung und Mitgliederversammlung. Interessierte Gäste sind willkommen.

Programm: 10.15 Uhr-Museumsführung, 11 Uhr Vortrag Prof. Dr. Klaus Garber, Uni Osnabrück: „Reisen in eine untergegangene Welt – Auf Spurensuche in Bibliotheken Mittel- und Osteuropas“, 12.45 Uhr Beiträge von Mitgliedern, Ende gegen 14.45 Uhr. Beginn der Mitgliederversammlung um 15 Uhr, Ende gegen 16.30 Uhr. PAZ

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT

LANDESGRUPPEN



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein,
Gst.: Buchstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Freitag, 26. April, 18 Uhr, Propsteikirche, Bochum: Der BJO-Regionalverband West nimmt am traditionellen Bochumer Maiabendfest teil. Beginn des Gottesdienstes um 19 Uhr, anschließend Umzug zum Zapfenstreich – Sonnabend, 27. April: Teilnahme des BJO am Mai-Umzug, Beginn: 13.30 Uhr, Bochum-Harpen. Weitere Auskünfte erteilt Michael Kobus, Telefon (0234) 596903, E-Post: Gruppe-Bochum@Ostpreussen-NRW.de.



Landesgruppe – Sonnabend, 27. April, Beginn: 9.45 Uhr, Ende zirka 18 Uhr. Hotel Wartburg, Lange Straße 49, Stuttgart: Landesfrauentagung Landsmannschaft Ost- und Westpreußen Baden-Württemberg. Der Vormittag der Frauentagung ist zum großen Teil der Arbeit der Gruppe gewidmet, mit Berichten über die kulturelle Frauenarbeit in Baden-Württemberg sowie über die Arbeit der Landesverbände der Ostpreußen und der Westpreußen. Um 14 Uhr beginnt nach der Mittagspause der kulturelle Teil der Frauentagung mit einem Vortrag von Uta Lüttich über „Elisabeth-Christine, die ungeliebte Gemahlin Friedrich II.“, sowie einem DVD-Film „Memel und die Kurische Nehrung“. Gäste, die an der kulturellen Nachmittagsveranstaltung mitmachen möchten, sind herzlich eingeladen, gegen 12.30 Uhr am gemeinsamen Mittagessen teilzunehmen. Bitte Anmeldung bei Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 85 40 93.

Landesvorstand – Mittwoch 24. April, 18 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Stuttgart, Schloßstraße 92: Vortrag „Das Schicksal der Deutschen in Polen 1918–1939“, Referent: Professor Dr. Hartmut Fröschle, der von 1966 bis 1996 einen Lehrstuhl für Germanistik an der Universität Toronto innehatte. Anschließend lehrte er von 1999 bis 2003 deutsche Sprache und Literatur in Minsk, Saratow, Balaschow und Königsberg. Von 1999 bis 2012 gab er auch Literaturkurse an der privaten Hochschule Gustav-Siewerth-Akademie in Weilheim. Nach der Öffnung Königsbergs für Besucher hielt er sich, ange-regt durch einen ostpreußischen Freund, mehrfach im nördlichen Ostpreußen auf, hielt in Deutschland und Kanada Vorträge über ost- und westpreußische Thematik und publizierte Artikel und Broschüren darüber. In seinem Vortrag zeichnet Professor Fröschle den Leidensweg der deutschen Minderheit im neuen polnischen Staat bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs nach. Er ist der Meinung, dass dies nicht nur ein historisches Thema ist, sondern dass es auch heute noch relevant ist, weil es zu dem auszu-diskutierenden Komplex der deutsch-polnischen Beziehungen gehört. Eine echte Aussöhnung ist nur auf der Basis von Wahrheit und Gerechtigkeit möglich. Es erwartet Sie ein interessanter Vor-

trag mit anschließender Diskussion, zu dem Sie, Ihre Freunde und Bekannten herzlich eingeladen sind. Der Eintritt ist frei.

Ludwigsburg – Donnerstag, 25. April, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2: Stammtisch.

Ulm/Neu-Ulm – Sonnabend, 20. April, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Treffen der Frauengruppe zum Schabbern. – Sonntag, 28. April, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Jahreshauptversammlung.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Freitag, 26. April, 19 Uhr, Gasthof Hotel zur Post, Gunzenhausen: Essen „Schlesische Bratwürste“. Anschließend Vortrag über die Ausstellungsarbeit des Kulturzentrums Ostpreußen, Schloss Ellingen von Direktor Wolfgang Freyberg.

Ansbach – Sonntag, 5. Mai, Gasthaus Bergwirt, Schernberg: Musikalische Heimatreise. Eine Veranstaltung aller Landsmannschaften (BdV, Stadt- und Kreisverband Ansbach) mit allen und für alle Landsleute. Ein Bus wird eingesetzt.

Landshut – Freitag, 10. Mai, 10 Uhr, Treffpunkt „Holzwurm“ in der Neustadt: Schlendern über den Landshuter Wochenmarkt, anschließend Brotzeit im Gasthaus Freischütz.

München – Freitag, 3. Mai, 14 Uhr, Hus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Zusammenkunft der Frauengruppe.

Weiden – **Heimatsnachmittag** – Sonnabend, 4. Mai, 14.30 Uhr, Café Mitte: Muttertags- und Vater-tagsfeier. – **Bericht vom vergangenen Heimatsnachmittag** – Der 2. Vorsitzende Hans Poweleit begrüßte stellvertretend für den in Schlesien weilenden 1. Vorsitzenden Norbert Ushald die zahlreichen Mitglieder und Gäste. Anschließend wurden die Heimatlieder „Land der dunklen Wälder“ und „Westpreußen mein lieb Heimatland“ gesungen. Nach Kaffee und Kuchen gratulierte die Kassiererin Ingrid Ushald den Geburtstagskindern des Monats April. Mit zwei Frühlingsgedichten erfreute Anita Bauer die Anwesenden. Eingeladen wurde zum Maibaumaufbau des Heimatrings Weiden am 1. Mai um 14 Uhr in die Weidenener Altstadt. Die Landsmannschaft wird sich wieder am Festzug beteiligen. Die Moderation des abwechslungsreichen Rahmenprogramms übernimmt in diesem Jahr Norbert Ushald. Im Gedenken an ihre Geburtsstadt Allenstein las Ingrid Ushald vor wie schön es zu Hause war. Mit dem Lied „Kein schöner Land“ klang die Versammlung aus.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-blnde, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



An der Spitze / **Darkehmen** / **Goldap** –

Donnerstag, 23. Mai, 14 Uhr, Restaurant Oase Amara, Borussia-

straße 62, 12102 Berlin: Muttertag. Was gibt es Neues in Ostpreußen? Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Frauengruppe – Mittwoch, 8. Mai, 13.30 Uhr, Kaffee Tam, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin: Muttertag. Mit Beiträgen von den Frauen. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Königsberg / **S a m - land** / **Labiau** –



Freitag, 3. Mai, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin: Treffen der Gruppe. Informationen bei Professor Dr. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.



Mohrungen – Donnerstag, 2. Mai, 15 Uhr, Restaurant Sternstunde, Kreuznacher Straße 29, 14197 Berlin. Anfragen bei Ursel Dronsek, Telefon 2614338.



Rastenburg – Sonntag, 5. Mai, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen.

Bremerhaven (Elbing) – Freitag, 26. April, 14.30 Uhr, Barlachhaus: Kulturnachmittag. – **Bericht vom Kulturnachmittag** – Die Vorsitzende Marita Jachens-Paul begrüßte die Versammelten, die trotz des Winters den Weg ins Barlachhaus gefunden haben. Sie begrüßte auch ihre Stellvertreterin Barbara Sandmann, gleichzeitig 1. Vorsitzende der Pommerschen Landsmannschaft, die als stellvertretende Vorsitzende des „Grünen Kreises“ Bremerhaven teilnahm. Sie hielt einen Lichtbildervortrag über „Schöne Gärten und Balkone in Bremerhaven“. Marita Jachens-Paul eröffnete den Kulturnachmittag und hieß eine Interessentin willkommen, die in Bremerhaven geboren ist, aber ostpreußische Wurzeln hat. Sie hatte von dem Termin aus der PAZ erfahren. Die Geburtstagsliste umfasste neun Namen. Allen wurde nachträglich herzlich gratuliert und ihnen das Gedicht „Du bist so jung wie Deine Zuversicht“ gewidmet. Der auf den neuesten Stand gebrachte Veranstaltungsplan 2013 wurde verteilt und besprochen. Neue Termine: Freitag, 31. Mai, 14.30 Uhr: Besuch des Deutschen Schiffahrtsmuseums mit Führung und anschließend Kaffee und Kuchen im Panorama-Café des Museums mit Weserblick. Wenn der Besuch nicht durchgeführt werden kann, bleibt es beim Kulturnachmittag im Barlachhaus. – Die Vorsitzende Jachens-Paul berichtete vom 65. Geburtstag der Gemeinschaft der Danziger in Bremerhaven am 11. März im Altbürgerhaus, bei dem sie die Landsmannschaft Ostpreußen vertrat. Dort hörte sie von der Vorfreude auf das hoffentlich wieder gemeinsame Erntedankfest aller Landsmannschaften unter Leitung der Ostpreußen im Barlachhaus (Vorgesehener Termin: 27. September 2013). Barbara Sandmann vom „Grünen Kreis“ hielt einen Lichtbildervortrag über Bremerhavener prämierte Vorgärten, Balkone und „Gärten hinter dem Haus“ aus den Jahren

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Anzeige

Geschichte neu entdecken



Jetzt bei Ihrem Zeitschriften-Händler!

**Alle Seiten »Heimatarbeit«
auch im Internet**



Darmstadt – Sonnabend,
20. April, 15 Uhr, Luise-Büchner-

in Masuren. Er verbindet zwischen Osterode und Elbing mehrere Seen und Städte und endet bei Elbing ins Frische Haff. Bereits um 1800 wurde auf königliche Anweisung untersucht, wie man eine Verbindung zwischen den masurischen Seen herstellen könnte, mit einem Kanal über den Drausensee bis Elbing, von wo aus dann Schiffsverbindungen nach Danzig und Königsberg und weiter in die großen Hafenstädte im Westen möglich waren. So sollten die abgeholzten Forstbestände Masurens zum Beispiel als Grubenholz für Westeuropa, und landwirtschaftliche Produkte überall hin geliefert werden und Profit bringen. Auf der Rückfahrt sollten dann die Schiffe Dinge transportieren, die es im Oberland von Masuren nicht gab, unter anderem Steinkohle, Gips, Eisen und Baumaterialien. Um den Höhenunterschied zwischen Unter- und Oberland zu überwinden, wären 32 Schleusenkammern nötig. Mit den Planungen für den Kanal wurde der Königlich Preußische Baurat Georg Steenke betraut. Im Jahre 1833 baute er den Seckenburger Kanal in der Memelniederung und wurde dann Deichinspektor in Elbing. Er unternahm Studienreisen, bei denen er den Morriskanal in New Jersey/USA mit seinen geeigneten Ebenen besichtigte. Diese waren dann die Grundlage für den geplanten masurischen Kanal, der aber noch verbessert und den landschaftlichen Gegebenheiten angepasst werden musste. Von 1844 bis 1860 entstand so der

Frankfurt am Main – Die Kreisgruppe hatte Anfang April zu einem Frühlingsfest eingeladen. Unter dem Titel „Auch in Ostpreußen ist es Frühling“ freute man sich zunächst über humorige Verse im heimatlichen Dialekt aus einer bäuerlichen Landschaft. Über den derzeitigen Vorfrühling

Wiesbaden – Sonnabend,
20. April, 15 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße
35: **Jahreshauptversammlung.**
Mitglieder-/Jahreshauptversammlung nach § 8 der Satzung mit In-


Landmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 20

A diagram of a five-node chain graph. The nodes are labeled 1, 2, 3, 4, and 5, arranged horizontally. Each node is represented by a black circle with a white center. The nodes are connected by directed edges, indicated by arrows pointing from node 1 to 2, 2 to 3, 3 to 4, and 4 to 5. The edges are represented by curved lines connecting the nodes.

[illegible]

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 19

formationen und Bildern aus dem Vereinslebens. Die Tagesordnung steht auf Seite 1 des Rundschreibens. Vor dem offiziellen Teil Kaffee und Raderkuchen. Wegen der Wahl des Vorstandes ist zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwünscht.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Buxtehude – Sonnabend, 27. April, 15 Uhr, Hoheluft, Stader Straße 15: Filmnachmittag bei Kaffee und Kuchen. Dietmar Kiekel zeigt seinen sehr gelungenen Film über die Reise der Gruppe nach „Nordostpreußen und ins Baltikum 2011“. Statt eines Unkostenbeitrags bittet die Gruppe um eine Spende. Anmeldungen erben bis zum 23. April bei Familie Wander, Telefon (04161) 87918.

Celle – Bericht zur Jahreshauptversammlung 2013 – Der Vorstand der Kreisgruppe Celle der Landsmannschaft Ostpreußen lud seine Mitglieder zur Jahreshauptversammlung ein. Dazu begrüßte der 1. Vorsitzende, Manfred Kirrinnis, die erschienenen Mitglieder und Gäste recht herzlich. Die Versammlung legte sodann eine Gedenkminute für die verstorbenen Mitglieder des letzten Jahres ein. In seinem Geschäftsbericht ging Manfred Kirrinnis neben den Aktivitäten vor Ort in Celle auch auf die Veranstaltungen der Bezirksgruppe Lüneburg, der Landesgruppe Niedersachsen und der Bundes-Landsmannschaft ein. Im Anschluss folgte der Bericht der Kassenwartin Monika Jepp zur Entwicklung der Finanzen im abgelaufenen Jahr. Im Kasenprüfungsbericht bescheinigte

Erwin Bories eine ordnungsgemäße Führung der Kasse. Beanstandungen gab es keine. Dem daraus folgenden Antrag auf Entlastung des Vorstandes gab die Mitgliederversammlung einstimmig statt. Für einige Ämter standen in diesem Jahr Neuwahlen an. Dafür wurde der 2. Vorsitzende, Uwe Jäckel, zum Wahlleiter ernannt. Für die bewährten Amtsinhaber – den 1. Vorsitzenden, Manfred Kirrinnis, Schriftführerin Rita Schluff, Kassenprüferin Elisabeth Krahn und Kassenprüfer Erwin Bories – gab es eine Wiederwahl. Die Amtszeit von Uwe Jäckel (2. Vorsitzender), Monika Jepp (Kassenwartin) und Maria Gerigk (Kassenprüferin) dauert noch bis zur nächsten Jahreshauptversammlung 2014 an. Weiterhin gehört Roland Schluff dem Vorstand als Beisitzer an. Im kulturellen Teil referierte Elisabeth Krahn über das Thema „Tradition und ihre Bedeutung“. Neben der Tagesordnung blieb auch genügend Zeit für das persönliche Gespräch miteinander.

Oldenburg – Bericht über die Versammlung am 10. April – Ostpreußische Texte standen auf der Tagesordnung des April-Nachmittages der Frauengruppe. Charlotte Keyser aus dem Memelland füllte den ersten Teil mit der Geschichte „Um einen Schrank“ unter anderem mit ihren vertonten Gedichten „Anne Mämel“ und „Ach Voader, leewste Voader“, die beide auch gesungen wurden. Es lasen Leonie Schröder aus Pillkallen, heute Bremen, die plattdeutschen Texte und Gisela Borchers die hochdeutschen Texte. Der Gesang wurde am Keyboard unterstützt von Frau Bielski, die auch aus Bremen gekommen war. Ein bisschen Erinnerung an Ostpreußen mit seiner reichen Literatur in Dialekt und auf Hochdeutsch wehte durch den Nachmittag. An unserem nächsten Treffen am 8. Mai unternimmt die Gruppe eine halbtägige Kulturfahrt in die Heimatstube Greifenhagen/Pommern nach Bersenbrück. Anmeldung bei der Vorsitzenden Gisela Borchers.

Osnabrück – Sonnabend, 4. Mai, 11 Uhr, Parkhotel (Altes Gasthaus Kampmeyer): **Jahreshauptversammlung** mit Grützwurstessen. Das Parkhotel ist ab Neumarkt mit den Linien 32/33, Bussteig A 2, Ausstieg Heger Holz, zu erreichen. – Dienstag, 7. Mai, 15.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhalter Weg 152: Treffen der Gruppe zum Kegeln.

Rinteln – Donnerstag, 2. Mai, 15 Uhr (wegen Christi Himmelfahrt um eine Woche vorgezogen),

Großen Saal des Hotels Stadt Kassel, Klosterstraße 42: Monatstreffen der Gruppe. Dr. Hans-Walter Butschke, Lemgo, spricht zum Thema „Fische und Fischerei in Ostpreußen“. Der Eintritt ist frei, Gäste aus nah und fern sind herzlich willkommen. Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat unter Telefon (05751) 53 86 oder rebuschat@web.de



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Donnerstag, 2. Mai, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt. – Montag, 6. Mai, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Zusammenkunft der Frauengruppe Ost und Westpreußen. – Ostpreußisch Platt fällt aus!

Bonn – Dienstag, 23. April, 14 Uhr, Nachbarschaftszentrum Brüser Berg, Fahrheitsstraße 49: Treffen des Frauenkreises. – Dienstag, 7. Mai, 18 Uhr, Haus am Rhein, Elsa-Brandström-Straße 74: Vortrag „Landkirchen in Ostpreußen“, Referent Wlademar Micici.

Düren – Mittwoch, 8. Mai, 18 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Holz Straße 7 A: Heimatabend.

Düsseldorf – Mittwoch, 24. April, 19.30 Uhr, GHH / Konferenzsaal: Lesung it Anja Lais, kommentiert von Helmut Braun, „Ich will leben – Selma Meerbaum-Eisinger (1924–1942“. – Sonnabend, 27. April, 9.30 Uhr: Wandertreff am Info-Stand, Hauptbahnhof. Ziel: Insterburger Stuben, Krefeld-Uerdingen und Zoo. – Dienstag, 7. Mai, 15 Uhr, GHH/Konferenzraum: Kinemathek „Krabat“. In memoriam Otfried Preußler. – Mittwoch, 8. Mai, 19 Uhr: Ausstellungseröffnung „Unerkannt durch Freundesland – Illegale Reise durch das Sowjetreich“. – Freitag, 10. Mai, 18 Uhr, Restaurant Lauren’s, Bismarckstraße 62: Stammtisch.

Gütersloh – Sonntag, 5. Mai: Fahrt nach Werl. In Werl treffen sich alljährlich Ermländer aus dem gesamten Bundesgebiet. Got-

tesdienst ist um 10.15 Uhr in der Basilika. Die Busfahrt dorthin beginnt um 8 Uhr. Die Plätze sind begrenzt. Anmeldungen bei Josef Block, Telefon (05241) 34841. Der Fahrpreis bleibt unverändert bei 12 Euro pro Person. Zusteigemöglichkeiten: 8 Uhr Kahlerstraße/Ecke Magnolienweg, 8.05 Uhr Marktplatz/Haltestelle Friedrich-Ebert-Straße, 8.10 Uhr B 61/Ecke Grenzweg, 8.15 Uhr Café Raschke, 8.20 Uhr Gaststätte Roggenkamp, 8.25 Uhr Verler Straße/Markant Supermarkt.

Siegen – Sonnabend, 20. April, 14.30 Uhr, Weidenauer Zimmer, Bismarckhalle: Jahreshauptversammlung. Die Gruppe bittet um rege Teilnahme. Immobile Landsleute können nach Verabredung gefahren werden. Die Schatzmeisterin verteilt neben den Regularien einen Verzehrbon. Bericht zur Situation der LO, Ehrung verdienter Mitglieder, und nach der Pause Vorführung des Films „Das war Königsberg/Pr.“ mit teilweise bisher unveröffentlichtem historischem Material.

Wermelskirchen – Sonnabend, 27. April, Einlass 15.30 Uhr, Gaststätte Centrale: Jahresversammlung, verbunden mit einem Frühlingsfest. Für das leibliche Wohl wird mit Grützwurst und Frikadellen gesorgt. Die Mitglieder und Gäste sind herzlich eingeladen. Anmeldungen bitte unter den Telefon-Nummern (02196) 5349 und (02196) 4320.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen. – Donnerstag, 25. April: Besuch des Museums für antike Schifffahrt Mainz, Neutorstraße 2b mit anschließender Einkehr. Treffpunkt: 13.30 Uhr am Eingang des Schifffahrtsmuseums.



SACHSEN-ANHALT


Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Sonntag, 26. April, 14 Uhr, Begegnungsstät-

te der VS Gardelegen: Frühlingsfest mit Programm.

Halle – Freitag, 3. Mai, 14 Uhr, Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Reilstraße 54: Treffen der Gruppe.

Magdeburg – Dienstag, 23. April, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 26. April, 16 Uhr, Sportgaststätte bei TuS Fortschritt, Zielietzer Straße: Treffen des Singekreises. – Freitag, 10. Mai, 16 Uhr, Sportgaststätte bei TuS Fortschritt, Zielietzer Straße: Treffen der Stickerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelmminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Flensburg – Mittwoch, 24. April, 15 Uhr, Treffpunkt Mürwik: Kaffeerunde, Verabschiedung von Herrn Pollack, Vorsitzender der Vereinigten Landsmannschaften (Pommern und Ostpreußen) Flensburg e. V., Vortrag mit Filmen und Worten zum Thema: „Der Zeppelin – Sein Leben – Hugo Eckener.“ Vortragender: Dieter Nickel, Harrislee.

Malente – Fleck- und Wellwurstessen – Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen sowie der Schlesier hatte zum traditionellen Fleck-Wellwurstessen eingeladen. Der Vorsitzende Klaus Schützler begrüßte eine sehr große Anzahl Teilnehmer, darunter auch viele Gäste von nah und fern, mit dem Gedicht: „Ein Tellerchen Fleck“. „*Ein Tellerchen Fleck so mit allem dran, mit Pfeffer, Essig und Majoran, so richtig gekocht mit allen Finesen, was, das haben Sie noch nicht gegessen, nie davon gehört, nie davon gelesen, auch noch nie in Ostpreußen gewesen? Manchmal, da haben Sie was versäumt, das ist doch ein Essen, wovon man träumt, darauf haben schon unsere Väter geschworen, und wir, die in Ostpreußen geboren, ein Tellerchen Fleck nach ostpreußischer Art, mit Liebe zum Abendbrot aufbewahrt, das ist ein Genuss, das ist ein Vergnügen, da lasse ich Wurst und Schinken liegen, schwärmt ihr nur weiter von Braunkohl und Speck, ich bleib bei meinem Rinderfleck.*“ Allen Anwesenden mundete das nach echt preußischem Rezept zubereitete „Königsberger Fleck“ und „Königsberger Klops“ sowie Well-

wurst nach schlesischer Art ausgezeichnet. Der vom Wirt gereichte „Pilkaller“ während der Gespräche schmeckte allen sehr gut, auch vom Fleck blieb nichts übrig. Während des Abends wurde ostpreußischer und schlesischer Humor in Poesie und Prosa vorgetragen. Aber auch dem „Plachandern“ wurde lebhaft nachgegangen.

Schönwalde am Bungsberg – Sonntag, 26. April, 19 Uhr, Landhaus: **Jahreshauptversammlung** mit Königsberger-Klopsessen, Kostenbeitrag 10 Euro. Auf der Tagesordnung steht: Eröffnung und Begrüßung, Bericht des Vorsitzenden, Bericht der Kassenwartin, Bericht der Kassenprüfer und Entlastung, Entlastung des Vorstandes, Neuwahlen des Vorstandes, Grußworte der Gäste, Darbietungen, Verschiedenes. Anmeldungen beim 1. Vorsitzenden Hans-Alfred Plötne, Telefon (04528) 495, oder beim 2. Vorsitzenden Ulrich Schrank, Telefon (04528) 9901. Die Gruppe freut sich über eine rege Teilnahme.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Jena – Freitag, 26. April, 14 Uhr, Gaststätte Schlegelsberg, Oskar-Zachau-Straße 6, 07749 Jena: Gruppentreffen zusammen mit der LM Westpreußen/Pommern mit Vortrag von Prof. F. u. Dr. Ch. Manthey über die Vertreibung in der Panorama. Gäste sind herzlich willkommen!

Dittchenbühne

Dienstag, 8. Mai, 20 Uhr: Besuch der alten Dame. Tragische Komödie von Friedrich Dürrenmatt aus dem Jahr 1956. Regie: Lars Ceglecki, Eintritt 15 Euro. Sonnabend, 26. Mai, 19 Uhr: Anfeuern Pfingstochse durch Schlachtermeister Detlef Timm aus Münsterdorf. Sonntag, 27. Mai, 10 bis 16 Uhr: Pfingstochse und Flohmarkt.

Dittchenbühne, Telefon (04121) 89710.

Bestellen Sie ganz einfach unter (040) 41 40 08 42

☐ Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 120 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name/Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Der Versand ist im Inland portofrei. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Mit dem Bezug der PAZ ist die kostenlose Mitgliedschaft in der Landsmannschaft Ostpreußen verbunden. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.preussische-allgemeine.de.

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

Konto: _____ BLZ: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____



Kritisch, konstruktiv, Klartext für Deutschland.

Die PAZ ist eine einzigartige Stimme in der deutschen Medienlandschaft. Lesen auch Sie die PAZ im Abonnement und sichern Sie sich damit das ostpreußische Schlemmerpaket als spezielle PAZ-Prämie.

Unser ostpreußisches Schlemmerpaket

Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Preußische Allgemeine Zeitung.
Die Wochenzeitung für Deutschland.

Aus der Versenkung aufgetaucht

Der Mythos lebt! Die »Titanic« soll originalgetreu nachgebaut werden. 2016 ist die Jungfernfahrt – an Eisbergen vorbei – geplant

**Kein Witz: Die „Titanic“ soll wieder auf den Weltmeeren kreuzen. Ein australischer Milliardär plant die Rekonstruktion des Schiffes – originalgetreu und maßstabsge-
recht. Zum diesjährigen Jahrestag des im April 1912 untergegan-
genen Schiffes hat der reiche Australier seine Pläne konkreti-
siert und dabei versichert: Die Zahl der Rettungsboote werde dieses Mal garantiert aufgestockt.**

Wie kein anderes von Men-
schen geschaffenes, bewegliches
Objekt verkörpert die „Titanic“
den Luxus und das Wohlleben der
Oberen Zehntausend. Dieses Flair
hat für immer zugleich auch
einen morbiden Anstrich, da die
„Titanic“ auf ihrer Jungfernfahrt
sank. Bislang hatten die „Titanic“-
Enthusiasten in aller Welt kaum
zu hoffen gewagt, dass jemals ein
Nachbau des Atlantikliners ent-
stehen würde. Doch die Vorberei-
tungen für den Neubau der „Tita-
nic II“ sind in vollem Gange. 2016
soll das einzigartige Linien- und
Kreuzfahrtschiff wie schon das
Original auf Jungfernfahrt vom
englischen Southampton nach
New York geschickt werden.

Knapp zwei Wochen nach dem
100. Jahrestag des Untergangs der
„Titanic“ hatte der australische
Milliardär Clive Palmer im ver-
gangenen Jahr der Presse seinen
Plan mitgeteilt, den legendären
Liniendampfer der britischen
Reederei White Star Line weitge-
hend originalgetreu nachbauen
zu lassen. Am 15. April 1912 war
die „Titanic“ auf ihrer Jungfernfahrt
östlich von Neufundland mit einem
Eisberg kollidiert und gesunken.
Mehr als 1500 Menschen kamen
in den eisigen Fluten des Nordatlantiks
ums Leben, weil nicht genug
Rettungsboote zur Verfügung standen.
Es war die erste Katastrophennachricht,
die mittels Funktelegrafie innerhalb
weniger Stunden um die Welt



**Erreicht die „Titanic“ nach über 100 Jahren schlussendlich ihr ursprüngliches Reiseziel New York? Wenigstens in der Computergra-
fik grüßt die Freiheitsstatue die „Titanic II“ des australischen Milliardärs Clive Palmer**

Bild: pa

ging und allgemein Entsetzen
auslöst.

Der Bergwerksbesitzer Clive
Palmer, der bislang außerhalb von
Australien relativ unbekannt war,
hat sein Vermögen mit Lizenzen
für die Ausbeutung von riesigen
Eisenerzvorkommen in Australi-
en gemacht. Im März dieses Jah-
res trat der Unternehmer im Lon-
doner Ritz-Hotel erneut vor die
Presse und gab nähere Einzelhei-
ten über sein Projekt „Titanic II“
bekannt. Demnach soll der Neu-
bau wie das Original 270 Meter
lang sein. Auf neun Decks werden
840 Kabinen Erster bis Dritter
Klasse für insgesamt 2400 Passa-
giere eingerichtet. In den Kabinen
werden die Passagiere Kleidung
im Stil der Belle Époque vorfin-
den, so dass die sechstägige Reise
von der Alten in die Neue Welt
einem andauernden Kostümfest
gleichen wird.

Bei der Indienststellung im Jahr
1912 war die „Titanic“ das größte
Schiff der Welt. Hingegen sind die
neuesten Kreuzfahrtschiffe für
3000 bis 6000 Fahrgäste ausgelegt

und haben
eine Länge
von 300 bis
zu 360
Metern. Wie
Palmer er-
klärte, soll
die Kom-
mandozen-
trale – ab-
weichend
vom Ori-
ginal – allerdings mit modernster
Technik ausgerüstet werden, dar-
unter die besten Navigations- und
Sicherheitssysteme. Es wird
außerdem Fahrstühle, eine Kli-
maanlage und Rettungsboote in
diesmal garantiert ausreichender
Zahl geben.



**Luxus anno 1912: Die berühmte Frei-
treppe der „Titanic“**

Bild: pa

Unterhalb der Wasserlinie wird
die Form des Rumpfes nach heuti-
gem Standard ausgeführt, damit
die Seefähigkeit gewährleistet ist.
Dazu gehört auch eine leistungs-

starke Ma-
schinenanla-
ge, ein grö-
ßeres Steu-
erruder so-
wie Bug-
strahlruder,
die der opti-
malen Ma-
növriefä-
higkeit des
Schiffs die-
nen. Die Außenhaut wird
geschweißt, nicht genietet.

An Bord soll es für die Fahrgä-
ste jedoch keine Unterhaltungs-
elektronik und elektronischen
Kommunikationsmittel geben.
Auf Fernsehen und Internet muss
also verzichtet werden. Den

Gästen stehen stattdessen zum
Zeitvertreib ein Lesesaal und ein
Musikzimmer zur Verfügung.

Dem staunenden Publikum im
Ritz-Hotel präsentierte Palmer die
Entwürfe für die Innenausstat-
tung der neuen „Titanic“. Über
ein Jahr lang hat ein Team aus
Historikern und Designern
anhand von Plänen und zeitge-
nössischen Fotografien die Kabi-
nen, Restaurants und sonstigen
Räumlichkeiten des berühmtesten
Traumschiffs der Welt virtuell
wiedererstehen lassen, darunter
das in Grüntönen gehaltene Pari-
ser Café, den Fitnessraum, das
Türkische Bad sowie das
Schwimmbad und den durch
James Camerons „Titanic“-Film
von 1997 berühmt gewordenen
Treppenaufgang des Salons.

Seine Zuhörer überraschte der
Eisenerz-Magnat außerdem mit
dem Plan, eine ganze Kreuzfahrt-

Sind schon alle da?

Die lange Kälteperiode dieses Winters verzögerte die Ankunft der Zugvögel. Jetzt balzt, brütet und blüht alles umso mehr auf

Eigentlich war im März der
Frühlingsbeginn. Zu spüren
war davon wenig. Statt
Sonne gab es nur Schnee und
Kälte. Doch jetzt holt die Natur
umso kräftiger nach, was eigent-
lich schon Wochen vorher hätte
passieren müssen. In Flora und
Fauna herrscht bereits Hochbe-
trieb. Alles blüht, balzt, brütet.
Und endlich kommen auch die
letzten Nachzügler an, die in wär-
men Gefilden abgewartet
haben, bis sich die
Kälte vom Norden
verabschiedet hat. In diesen Wochen
werden noch Tau-
sende heimische
Zugvögel aus ihren
Winterquartieren
in Südeuropa
oder in Afrika
erwartet.

Nicht vielen ist
bewusst, welches
Naturwunder wir
immer wieder
beobachten dür-
fen, wenn wir
zweimal im Jahr den Vogelzug
beobachten können. Unsere gefie-
derten Freunde haben unter-
schiedliche Arten, mit dem Win-
ter zurechtzukommen. Einige
bleiben hier. Man bezeichnet sie
als Standvögel, andere ziehen lie-
ber in wärmere Gebiete. Außer-
dem gibt es noch die Teilzieher.
Einige dieser Vögel bleiben, ande-
re der Art begeben sich auf den
Weg nach Süden. Man hat festge-

stellt, dass sich unter den Zugvö-
geln hauptsächlich Insektenfres-
ser befinden. Die Körner- und
Samenfresser finden hier noch
genug in der kalten Jahreszeit und
bleiben daher eher bei uns.

Nahm man früher noch an, die
Vögel weichen dem Winter, also
der schlechten Witterung aus,
haben Forschungen inzwischen
eindeutig ergeben, dass alle Zug-
vogeleigenschaften vererbt und
somit angeboren sind. Eini-

Forscher sagen, dass sie sich
„norden“ müssten, da sich die
Zugrichtung immer auf einen
Referenzpunkt beziehe. Dieses
solle aber längst
nicht reichen.

Ein geheimnis-
voller sechster Sinn
helfe ihnen beim Navi-
gieren. Es handele sich
um den ebenfalls angeborenen
Magnetsinn. Mithilfe eines Licht-
rezeptors in den Nervenzellen der
Augen, könne der Vogel
zur Orientierung das
Magnetfeld der Erde
sehen. Eine un-
glaubliche Vorstel-
lung! Ein weiteres Flug-
hilfsmittel sind natürlich die Ster-
ne am nächtlichen Himmel. Hier
ergaben Forschungen, dass Vögel
die Drehrichtung des Sternen-
himmels beobachten und somit
den Weg nach Norden erkennen
können.

Wie schafft es aber so ein Win-
zling, soviel Energie aufzubringen?
Wie viel Treibstoff braucht zum
Beispiel ein Flugzeug, das nach
Afrika fliegt? Wie viel Wasser
brauchen Menschen, wenn sie
einen Marathon laufen? Woher
nimmt dann so ein Lebewesen,
das nur wenige Gramm wiegt,
diese Kraftreserven? Man verges-
se dabei nicht die Hochgebirge,
Meere und Trockengebiete, die
die Vögel überfliegen. Extrem
erschwerte Bedingungen also, die
sie immer wieder glänzend mei-
stern.

Wenn man am Himmel
Vogelschwärme ziehen sieht,
begegnet uns immer
wieder die soge-



nannte
V-Formation. Natürlich hat diese
Art in Gruppen zu fliegen eine

aerodynamische Komponente. In
dieser Flugposition schlagen die

Herzen aller Vögel hin-
ter dem ersten Leitvogel
langsamer. Energiespa-
rendes Gleiten im Wind-
schatten ist somit möglich.
Auf der langen Reise ver-
brennen die Vögel enorme
Mengen ihrer Fettdepots und,
kaum vorstellbar, auch einen Teil
ihrer Organe. Nur das Nötigste
bleibt übrig. Auf ihren Rastplät-

zen benötigen sie einige Tage, um
sich die Fettschicht wieder anzu-
fressen und erneut zu starten. Die
große Hitze zwingt zu Nachtflü-
gen und Rasten am Tage an schat-
tigen Plätzen.

Freuen wir uns, wenn sie den
Weg bis zu uns geschafft haben
und uns endlich wieder mit ihren
wunderschönen Gesängen be-
glücken. Wir sollten diesen Aus-
dauerkönnern einen freundlichen
Empfang bieten. Silvia Friedrich



**Zwei Gra-
gänse kehren
aus ihrem
Winterquar-
tier verspätet
nach Deutsch-
land zurück**

Bilder: Joerg Koch/dapd

ge müssen also
ziehen. Die Vögel
haben ein genetisch
bedingtes Wissen darüber, wann
es Zeit ist, sich auf den Weg zu
machen, welche Richtung sie flie-
gen müssen. Diese kleinen Navi-
gationswunder schaffen ein exak-
tes Ankommen am Ziel, obwohl
ein Grad Abweichung vom Kurs
sie schon ganz woanders landen
ließe.

Meckerer der Lüfte: Die Bekassine ist »Vogel des Jahres«

Ziegen am Himmel? Das gibt es doch gar nicht. Aber, wenn man Glück hat, kann man im Frühling über
Feuchtgebieten und Mooren ein bestimmtes Meckern hören. Es handelt sich dabei um die Bekassine.
Das sind Vögel, die wegen ihres meckernenden Gesangs auch „Himmelsziegen“ genannt werden. Weil sie
vom Aussterben bedroht ist, hat der Deutsche Naturschutzbund (Nabu) die Bekassine zum Vogel des Jah-
res 2013 erklärt. Früher, als es noch genügend Feuchtgebiete und
Moore gab, konnte man sie häufig am Himmel meckern hören.

Die Bekassine hat ein beige-braunes Federkleid und kann sich damit
gut vor Feinden tarnen. Dennoch wurden die Vögel vom Menschen
noch im 19. Jahrhundert stark bejagt.

Sie sind Zugvögel, die in Südeuropa, Vorder- und Süd-Asien und
Nordafrika überwintern. Bekassinen, die im Norden Europas leben,
überwintern häufig im Wattenmeer. Kehren die Vögel nach dem Win-
ter zurück zu uns, führen die Männchen ihre Balzflüge über den Brut-
gebieten durch. Von Februar bis Mai kann man ihre Kunstflüge beob-
achten. Die Männchen steigen bis auf 50 Meter Höhe hinauf und stürzen kopfüber wieder hinunter. Ihre
Schwanzfedern sind dabei abgespreizt und beginnen zu schwingen, wodurch das merkwürdige Geräusch
hervorgerufen wird. Die Weibchen sind davon sicher sehr beeindruckt.

Bekassinen sind schnelle Flieger. Ihr auffällig langer Schnabel wird benutzt, um im Boden nach Wür-
mern und Larven zu suchen. So staksen sie durch die Wiesen und seichtes Wasser und suchen nach Lek-
kereien. Moore und feuchte Regionen wurden und werden jedoch trocken gelegt, damit die Menschen sie
als Felder für sich nutzen können. So verschwindet der Lebensraum der Tiere immer mehr und die Vögel
haben keine Möglichkeit mehr zu brüten und Nahrung zu finden. Inzwischen gehören die Bekassinen zu
den stark gefährdeten Tierarten. Der Naturschutzbund wirkt dem entgegen, indem er Bodenflächen auf-
kauft, um neuen Lebensraum für die Bekassinen zu schaffen.

Silvia Friedrich



Bild: Nabu

Marsch ist kein Mythos

Das Wirken der 68er



Kaum jemand hätte es erwartet, Alfred Dregger sprach gar von „der Barmherzigkeit Gottes“, der „keine Grenzen gesetzt“ seien: Mit absoluter Mehrheit hatte die CDU mit Walter Wallmann an der Spitze im März 1977 die Wahlen in Frankfurt am Main gewonnen. Die langjährige SPD-Herrschaft war damit beendet. War dies eines der Anzeichen für eine sich offenbar in Reaktion auf „1968“ vollziehende „konservative Tendenzwende“ in Deutschland?

Manfred Kittel, seit 2009 Direktor der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, widmet sich in dieser Studie dem „roten Jahrzehnt“ in Frankfurt am Main. Die Untersuchung ist Teil des Projekts „Reform und Revolte“ des Münchener Instituts für Zeitgeschichte, welches den Wandel der Gesellschaft der Bundesrepublik in den 60er und 70er Jahren in den Blick nimmt.

Neben dem Frankfurter SPD-Unterbezirk richtet Kittel den Fokus vor allem auf die Kultur beziehungsweise die Kulturpolitik. Mit der Parole „Kultur für alle“ hatte der wirkmächtige Hilmar Hoffmann 1970 das Kulturdezernat übernommen. An den Städtischen Bühnen wurde das „Frankfurter Modell“ praktiziert, welches auf der Idee einer umfassenden Mitbestimmung fußte. Kittel spricht davon, dass der „Marsch durch die Institutionen“ hier zu „schweren Verwerfungen“ führte und die angestrebte „Demokratisierung“ in einem „Kampf gegen jeden“ geendet habe. Besonders tragisch sei dies, weil durch diese „humanitären Kosten“ viel künstlerisches Potenzial unausgeschöpft geblieben sei – bei-

spielsweise bezüglich des „Ausnahmeregisseurs“ Peter Palitzsch. Auch die Gestaltung des neuen Historischen Museums habe im Zeichen einer „geschichtspolitischen Fundamentalideologisierung“ gestanden.

Kittels Studie, welche die kultur- sowie allgemeinpolitischen Vorgänge in der Mainmetropole, einer Hochburg der 68er, detailreich schildert, ist trotz ihres wissenschaftlichen Anspruches und der räumlichen Begrenzung für jeden historisch Interessierten mit Gewinn zu lesen. Vieles steht exemplarisch für die Vorgänge in der Folge von „1968“ insgesamt. Kittel legt zwar Wert darauf, dass es ihm in erster Linie um eine Untersuchung von Institutionen gegangen sei, aber das Buch gewinnt auch stark durch die plastische Darstellung des Agierens der Handlungsträger wie der Theaterleute Palitzsch und Hans Neufels sowie des SPD-Kulturpolitikers Hoffmann, der übrigens unter Wallmann im Amt blieb.

Das Buch belegt, dass der „Marsch durch die Institutionen“ kein Mythos ist. Eine „konservative Tendenzwende“ vollzog sich nicht, trotz einiger Anzeichen wie etwa des CDU-Sieges in Frankfurt. Im Gegenteil: Nach durch Radikalismus selbstverursachten Schiffbrüchen kam es zu „einer Art Neukonstituierung“ der 68er. Eine Reihe von „Kämpfen“ passte sich an, was der eigenen Karriere zugutekam. Der „Marsch“ an sich wurde fortgesetzt, spürbar bis heute.

Erik Lommatzsch

Manfred Kittel: „Marsch durch die Institutionen? Politik und Kultur in Frankfurt nach 1968“, Oltenbourg-Verlag, gebunden, 489 Seiten, 49,80 Euro



„Im wahrsten Sinne des Wortes haben wir im Schweiß unseres Angesichts unser Brot gegessen. Wenn unsere Kraft zuweilen erlahmte, trieb der Gedanke ‚Es gibt keine Hilfe, du musst vorwärts!‘ zu immer neuen Anstrengungen und gab uns die Kraft wieder“, schrieb die aus der Gegend von Kattowitz stammende Julie Hanke (1813–1902), eine ehemalige Emigrantin, nachdem sie 1870 verwitwet aus Amerika zurückgekehrt war. Ganz anders klangen Berichte, die seit den 1830er Jahren in Deutschland kursierten und in denen ein Loblied auf das Land der Freiheit und Unabhängigkeit jenseits des Atlantiks gesungen wurde, in dem jeder angeblich leicht und mit geringen Mitteln ein sorgenfreies Leben führen könne. Rund fünf Millionen Deutsche brachen im 19. Jahrhundert nach Übersee auf, die meisten aus ökonomischen Gründen, ein



mit Zwischenlandung in Moskau entschied, doch als sie dort ist und vor mehreren Russen in der Warthehalle steht, spürt die Missionarin Ursula Pasut einen unsagbaren Hass und einen innere Aufruhr. Die 1938 in Ostpreußen geborene Autorin schildert in „1945: Die Schatten der Flucht. Traumatische

Erst war da nur ein komisches Gefühl, schon als sie sich für den Flug

Nicht nur Glanz und Gloria

Alte Briefe von Amerika-Auswanderern dokumentieren Alltagsleben

kleiner Teil aufgrund politischer Verfolgung. Meistens hielten die Ausgewanderten noch über längere Zeit brieflichen Kontakt mit Verwandten und Freunden in ihrer alten Heimat. Ihre Briefe und Berichte lesen wir heute mit Faszination, sie zeugen von harter Arbeit und zähem Durchhaltewillen trotz häufiger Rückschläge.

Die in Berlin und Tübingen lebende Journalistin und Dozentin Liane von Droste fand durch ein Seminar im Deutschen Auswandererhaus Bremerhaven Interesse an dem Thema. Im Rahmen eines Uni-Projekts sammelte und erschloss sie gemeinsam mit Studenten überlieferte Lebenszeugnisse von deutschen Auswanderern. Zunächst wurden Kontakte zu Privatpersonen im In- und Ausland geknüpft, die über einen derartigen Nachlasschatz verfügen. Auf dieser Grundlage gelang es Liane von Droste, vier Biografien deutscher Amerika-Auswanderer zu rekonstruieren. Die drei Männer und eine Frau stammten aus Schlesien, Marburg und dem Kreis Tübingen. Sie verließen Deutschland im Zeitraum von 1848 bis

1857. Ihre Schicksale hat von Droste zu einer fesselnden Dokumentation zusammengefasst, die den Titel trägt: „Dazwischen der Ozean. Biografien, Erinnerungen und Briefe von Deutschen in Amerika nach 1848“. Das reichhaltige Bildmaterial trägt zur Anschaulichkeit der anregenden Lektüre bei. Ein doppelseitiges Panoramabild „New York 1850“ mit Sicht über den Hudson zeigt Schiffe vor der Silhouette der Weltstadt. Nach der anstrengenden siebenwöchigen Schiffsreise bot sich damals den Auswanderern dieser grandiose Anblick und löste bei ihnen stets Jubel aus.

Erstaunlich ist die hohe Rate an Rückkehrern: Drei der vier Auswanderer, deren Biografien durch Zufall überliefert und hier dokumentiert sind, gaben auf und kehrten in ihre alte Heimat zurück. Der Ingenieur Gustav Lenz aus Tübingen war höchstwahrscheinlich an der 1848er Märzrevolution in Südwestdeutschland beteiligt gewesen. Im Mai 1848 reiste der 21-Jährige im unbequemen Zwischendeck eines Auswanderer-Segelschiffs von Antwerpen nach New York. 1851

kündigte er seiner Mutter in Tübingen an, dass er zurückkehren werde, sobald sich in Deutschland das „dunkle Gewölke“ vom „politischen Himmel“ verzogen habe. Da er sehr hart arbeitete, ohne eine echte Aufstiegschance für sich zu erkennen, war er wenig motiviert, „lange den Capitalisten meine Kräfte anzubieten“. Drei Jahre später kehrte er gemütskrank heim und lebte wieder bei seiner Mutter.

Julie Hanke aus Schlesien erwähnte in ihren Amerika-Erinnerungen, dass sie mit ihrer 24-jährigen Tochter Anna nach „22-jähriger Wanderung im fernen Welttheil“ auf Bitten von Verwandten zurückgekommen sei, obwohl beide zuletzt recht beschaulich auf einer kleinen Farm in Texas gelebt hatten. Julie Hanks Schilderung der dramatischen Lebenswanderung ihrer Familie von New York nach Texas, Nicaragua und wieder nach Texas lesen wir mit Spannung und Anteilnahme.

Dagmar Jestrzemski

Liane von Droste: „Dazwischen der Ozean. Biografien, Erinnerungen und Briefe von Deutschen in Amerika nach 1848“, edition steinlach, Glienicke 2013, broschiert, 248 Seiten, 19,90 Euro

Kampf mit den Dämonen

Ostpreußen beschreibt, wie das Trauma der Flucht ihr Leben bestimmte

Erlebnisse in Ostpreußen und die Geschichte einer späten Heilung“ wie sie mit 38 Jahren an etwas erinnert wurde, was sie und ihre Familie zuvor erfolgreich verdrängt hatten. Dass die älteste Schwester nicht aus Sibirien heimkehrte, schmerzte Ursula sehr, doch man sprach einfach nicht drüber, nur ein Foto auf der Kommode der Mutter erinnerte überhaupt daran, dass es Else gegeben hatte. Auch, was die Familie in Ostpreußen bei der Flucht gesehen hatte, wurde totgeschwiegen. „Man glaubte allgemein – und sagte es auch –, dass

die Kinder ‚wenigstens verschont geblieben‘ seien“, schreibt Pasut. Doch obwohl sie nicht genau verstanden hatte, was damals geschah, sorgte der Umstand, dass sie Augenzeugin von Vergewaltigungen wurde, dafür, dass sie auf ewig eine ablehnende Haltung gegenüber Männern hatte.

So war die gelernte Fremdsprachenkorrespondentin immer auf der Suche, wusste aber nicht, wonach. Da sie überzeugt ist, dass Gott sie 1945 vor dem Überfall durch Polen gerettet hat, entschied sie sich, Gott zu dienen und ging

in die Außenmission. Doch spätestens mit dem Eintritt in die Rente brach alles Verdrängte unbarmherzig über sie herein. Dieses Buch dient nun der Aufarbeitung, es beschreibt Pasuts Flucht und die Folgen des damit verbundenen, nicht verarbeiteten Traumas sowie ihren Glauben an Gott.

Bel

Ursula Pasut: „1945: Die Schatten der Flucht. Traumatische Erlebnisse in Ostpreußen und die Geschichte einer späten Heilung“, Brunnen, Basel 2012, broschiert, 144 Seiten, 8,99 Euro



verspricht. Doch das Fragezeichen im Titel „Die Klimakatastrophe – ein Fehlarmer? Die kritischen Stimmen mehrnen sich“ macht stutzig. Kann ein Volkswirt wie Ulfried Weißer ein solch komplexes und schwieriges politisches Thema fachgerecht angehen und Richter spielen? Der Einstieg in die nicht leichte Lektüre stimmt optimistisch, insbesondere das Kapitel „Ökologismus“ mit der klaren Aussage, dass dieser als reine Diesseits-Religion daherkommt. Wer die Glaubenslehre nicht teilt, gilt als unmoralisch. Die Politiker müssten im Kern in Unwissenheit entscheiden und der Opportunismus der Forscher korrumpiere das Ganze. Das erfolgreich alarmierte Publikum neige mangels Fachkenntnis zur Bestätigung der Klima-Warnungen.

Auch der Autor bekennt seine fehlende Fachkenntnis, aber er fragt, ob eine dogmatische Starre oder ein offenes Diskussionskli-

ma herrscht. Was die Treffsicherheit von Prognosen betrifft, so zitiert er den Harvard-Professor Theodore Lewitt: „Es ist leicht, ein Prophet zu sein. Man macht 25 verschiedene Voraussagen, und über die, die eintreffen, spricht man dann.“ Bleibt anzufügen, dass Jahrhundertvorhersagen ohnehin kein Mensch nachprüfen könne. Auf Aufmerksamkeit darf ohnehin nur der hoffen, der Krisen apokalyptischen Ausmaßes an die Wand male. Beim Klimaalarm treffen zudem diverse Formen des Wahns zusammen: Beziehungswahn, Schuldwahn, Weltuntergangswahn und Weltrettungswahn. Komplexe Systeme sind offene Systeme fern je-

den Gleichgewichts und lassen sich prinzipiell nicht exakt lösen. Dennoch gäbe es einen fast mythisch verklärten Glauben an die Berechenbarkeit der Welt.

Die Schwachstelle des Buches ist der Untertitel, das Kapitel über die Skeptiker, die Idioten, Narren und Unbelehrbaren. Der Autor zitiert Rosa Luxemburg, Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden, aber dann stellt er die „Klimaskeptiker“, fast

100 an der Zahl, einfach an den Pranger und zerstört seine bis dahin plausible Kritik an der Klimawirklichkeit, die nur eine soziale Konstruktion ist. Hier werden keine kontroversen Ansichten diskutiert und auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft, hier wird der Konsens nicht untergraben. Seine Entschuldigung, die keine ist: Als Volkswirt muss

„ich mich im Bedarfsfall an die Spezialisten wenden, zu denen ich Vertrauen habe“. Und das sind die politisch hofierten Vertreter des klimapolitischen Zeitgeistes, die in den staatlich alimentierten Forschungs-Instituten sitzen. Mit Mehrheiten soll man es sich nicht verderben. Lustig ist der Hinweis auf ein Zitat von Mojib Latif: „Das Klima schwankt von sich aus.“ Dazu bemerkt der Autor belustigt: „Latif fällt gar nicht auf, dass er hier die Theorie von der menschengemachten Erwärmung ad absurdum führt.“

In der zweiten Hälfte des 350 Seiten umfassenden und ob der sehr kleinen Schrift schwierig zu lesenden Buches geht es um die „Orthodoxen, die Rechtgläubigen, den Mainstream der eta-

Politisch hofierten Spezialisten vertraut

blierten Klimaforschung“. Es geht um die „Mission“, die die Universitäten wie die diversen Forschungsinstitute und die gesamten Klima-Allianzen bis hin zu McPlanet.com und Weltkunsftsrat spielen. Zum Schluss werden Deutschland und seine Parteien, die Europäische Union, die Vereinigten Staaten und die Vereinten Nationen betrachtet und ein

Ausblick auf „Wissenschaft und Politik“ gegeben. Er regt zwei Kongresse über „mögliche Ursachen des Klimawandels“ und „die Funktionsweise des Treibhauseffektes“ an, die beweisen, dass man ohne Fachkenntnisse in Meteorologie und Physik zu der Erkenntnis kommen kann: „Angesichts des überkomplexen Erkenntnisgegenstandes Klima handelt es sich bei der Lehre von der Gefährlichkeit des Kohlendioxids um ein überpointiertes unterkomplexes Erkenntnismodell.“

Wolfgang Thüne

Ulfried Weißer: „Die Klimakatastrophe – ein Fehlarmer? Die kritischen Stimmen mehrnen sich“, Diplomica Verlag, Hamburg 2012, 375 Seiten, 45,90 Euro

Guter Ansatz, aber nicht mehr

Volkswirt über die Theorie einer Klimakatastrophe und ihre Bewahrer

Als ob die Welt berechenbar wäre

Nervensäge

Singbewegte über die DDR



die eher talentarme „Gebrauchslrykerin“ Gisela Steineckert, die von 1984 bis 1990 Präsidentin des „Komitees für Unterhaltungskunst“ in der DDR war. Ihre Lieder wurden allerdings selbst von der regimetreuen „Singbewegung“ links liegen gelassen, ihre Bücher übersahen sogar Ulbrichts Kultur-Stalinisten.

Hundert Liedtexte will sie verfasst haben, aber nur ein einziger wird sie überleben: „Nichts ist von Dauer, was keiner recht will“, von vielen als Schwanengesang auf die DDR empfunden, was sie bis heute nicht verstehen kann. Sie „kümmerte sich“ um Sänger wie Gerhard Gundermann, den sie als SED-Opfer hinstellt, wo er doch Stasi-IM war. Naiv erzählt sie in „Das Leben hat was“ Geschichten, wie man sie nicht erfinden kann. Da ist sie „für Biermann Klinkenputzen gegangen“, zu dessen Schrecken sogar erfolgreich, wo er die Rechte an seinen Liedern längst in dem Westen verkauft hatte. Später hat sie bei der Regierung gegen Biermanns „Ausbürgerung“ protestiert, was echolos

verhallte. Sie ging vielen „dermaßen auf den Senkel“, dass man nachgab, um sie los zu werden – zum Beispiel Erich Honecker. Von ihm forderte sie eine „Interessensvertretung“ für „Unterhaltungskünstler“. Ho-necker willigte ein, „gut, dann ist es also beschlossen“. Heraus kam das „Komitee für Unterhaltungskunst“, ohne Reisetelle, Bedeutung und Haushalt.

Steineckert, geboren 1931, fragt sich bis heute, „ob die DDR zu Recht untergegangen ist“. Sie hatte in der Endphase der DDR fasungslos den Zynismus der Regierenden verfolgt, die der Bevölkerung „sehr unterschiedliche Grundrechte“ zubilligten und Autoren wie Stefan Heym hätschelten, der „sein Geld im Westen behalten und ohne Kontrolle der DDR die Bücher drüben verlegen“ durfte. Diese Spaltungsprofiteure lachten alle aus, die eine „bessere DDR“ wollten, aber nach dem Herbst 1989 trauerten sie der DDR mit dem Aufruf „Für unser Land“ nach, was Gisela Steineckert noch heute zu hellem Zorn reizt.

Wolf Oschlies

Gisela Steineckert mit Irmtraud Gutschke: „Das Leben hat was“, Verlag Das Neue Berlin, Berlin 2013, 220 Seiten, 16,99 Euro

Wulf Wagner (Hrsg.)

Ostpreußen in 1000 Bildern
Reise in die alte Heimat

Einmalige historische Aufnahmen: eine Fundgrube auch für Postkarten-Sammler Ostpreußen – das Land zwischen Memel und Weichsel: Dunkle Wälder und fruchtbare Getreidefelder, meerumrandete Küsten und einsame Seen, wehrhafte Burgen und verträumte Dörfer. 1000 Bilder geben einen Eindruck vom Leben in Ostpreußen – eine ausführliche Zusammenstellung von bisher unveröffentlichten Aufnahmen der Sammlung Koschwitz.

Tauchen Sie ein in die „kleine Geschichte Ostpreußens“ und lassen Sie sich auf eine Reise entführen, bei der Sie ein Land kennenlernen, das einst fest mit der deutschen Geschichte verbunden, heute mystisch entrückt scheint.



2. Auflage 2012

Geb., 400 Seiten,

21 x 27 cm, durchgehend farbige Abbildungen

Best.-Nr.: 7228

€ 16,99



Das war Königsberg
Erleben Sie das unzerstörte Königsberg
Laufzeit: 30 Minuten, schwarz/weiß-Aufnahmen von vor der Zerstörung Königsbergs
Best.-Nr.: 4470, € 19,00



Sommer in Ostpreußen 1942
In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.
Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm, Best.-Nr.: 6981, € 14,95

Musik von Friedrich II.

Vol. I
Flötensonaten, Flötenkonzert & Märsche
Gesamtspielzeit: 79:42 Min
Best.-Nr.: 6901
€ 14,95

CD

Vol. II
Die Flötenkonzerte
Gesamtspielzeit: 67:33 Min
Best.-Nr.: 6902
€ 14,95

CD

Vol. III
Die Sinfonien
Gesamt: 35:20 Min
Best.-Nr.: 6903
€ 14,95

CD

Der Deutsche Orden - Auf den Spuren der Ritter

Vor 800 Jahren begannen Ritter des Deutschen Ordens damit, das Land zwischen Weichsel und Memel zu erobern und Deutsche aus dem Westen dort anzusiedeln. Sie schufen das Land Preußen, das im Spätmittelalter als das modernste Gemeinwesen ganz Europas galt. Der Hauptfilm (ca. 90 Minuten) begibt sich auf die Spuren der Ostlandritter. Ihre gewaltigen Burgen, die heute in Polen stehen, werden ebenso vorgestellt wie ihre Stadtgründungen und die Methoden ihrer Landkultivierung. Über Jahrhunderte waren die Polen mit den Rittern verfeindet. Im Film wird deutlich,



Kreuzritterordens seit seiner Gründung im Heiligen Land, sein Wirken außerhalb Preußens, und vor allem die Tätigkeit des Deutschen Ordens heute.

Laufzeit: ca. 145 min
Best.-Nr.: 7221

€ 14,95

Udo Ulfkotte
Was Oma und Opa noch wussten

So haben unsere Großeltern Krisenzeiten überlebt. Strom kommt aus der Steckdose, und Lebensmittel kommen aus dem Supermarkt. Doch so einfach ist das nicht. Schon gar nicht in Krisenzeiten. Die ausreichende und verlässliche Versorgung mit Nahrung und Trinkwasser ist keine Selbstverständlichkeit. Schon kleinste Störungen im komplexen Räderwerk der Logistik können schwerwiegende Konsequenzen haben. Und plötzlich sind die Regale leer! Wir leben von weltweiten Importen und täglich rollenden Lebensmitteltransportern. Einige wenige Supermarktketten sichern die Versorgung der städtischen Zentren. Gleichzeitig haben wir höchstens Vorräte für vielleicht zwei, drei Tage, können wenig selber kochen und wissen gar nicht mehr, wie und wo unsere



re Lebensmittel produziert werden. Sich selbst zu versorgen, diese Fähigkeit ist uns gänzlich abhandeln gekommen. Kommt es zu Engpässen, sitzen wir in der Falle. Und die Wahrscheinlichkeit, dass aus der Wirtschafts- und Finanzkrise eine Versorgungskrise entsteht, ist beängstigend groß. Klug ist, wer jetzt vorsorgt. Es braucht an sich nicht viel, um auch Krisen gut zu überstehen. Das Buch knüpft am Wissen unserer Großeltern an, die mehr als eine

Katjuscha und ihre Folgen

Joachim Albrecht
Königsberg im Januar 1945
Rettungsschiff Wullenwever
Kart., 257 Seiten
Best.-Nr.: 7196, € 14,80



€ 16,95

PMD
Preußischer Mediendienst



lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!



den in Europa endgültig sichern und den europäischen Integrationsprozess vorantreiben. Jetzt sprengt er Europa. Gibt es Auswege aus dieser Krise? Joachim Starbatty dokumentiert, warum die Währungsunion nie ein politisches Fundament hatte, welche Folgen sie für unser Vermögen hat, wer vom Euro profitiert und warum Rettungsfonds, Vergemeinschaftung von Haftung und Notenpresse Irrwege in den Schuldensumpf sind. Sein Rettungsszenario weist einen gangbaren Weg aus der Eurokrise und eröffnet zugleich Möglichkeiten für Europas Zukunft. Je länger die Regierungen das ökonomische Gesetz unterdrücken, desto höher werden die Kosten sein.

Geb., 320 Seiten
Best.-Nr.: 7226

€ 19,99

Die schönsten Volkslieder

Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler
1 Wenn alle Brunnlein fließen;
2 Im Krug zum grünen Kranze;
3 Das Wandern ist des Müllers Lust;
4 Im Wald und auf der Heide;
5 Ein Jäger längs dem Weiher ging;
6 Mit dem Pfeil, dem Bogen;
7 Ein Jäger aus Kurpfalz;
8 Bald gras ich am Neckar;
9 Im schönsten Wiesengrunde;
10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n;
11 An der Saale hellem Strande;
12 Kein Feuer, keine Kohle;



Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beihft
Best.-Nr.: 6893

€ 14,95

Beate Szillits-Kappelhoff
Prußen – die ersten Preußen

Geschichte und Kultur eines untergegangenen Volkes.
Geb., 395 Seiten, 123 Abb.
Best.-Nr.: 7209, € 19,80



€ 12,95

Der deutsche Osten in alten Bildern

Der Deutsche Osten in alten Bildern
Eine einzigartige filmische Reise
Laufzeit: ca. 65 min.
Best.-Nr.: 7207, € 9,95



Sing, sing, was geschah

Die schönsten Volkslieder aus Ostpreußen,
Gesamt: 66 min, 29 Lieder
Eine Produktion des Westdeutschen Rundfunks
Köln, 1969 bis 1987
Best.-Nr.: 7203, € 12,95



Heimatklänge aus Ostpreußen

Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau
Gesamtlaufzeit: 1:17:25
Best.-Nr.: 6770, € 12,95

Preußen-Koppelschloss „GOTT MIT UNS“

Replik
2-Dorn-Koppelschloss
Maße: B: 63 mm, H: 48 mm
Best.-Nr.: 7215



€ 19,95

Märchen der Brüder Grimm

gelesen von Brigit Edenharter und Kristin Wolf
Brüderchen und Schwesterchen Vom Mäuschen, Vöglechen und der Bratwurst Die Geschenke des kleinen Volkes Das Wasser des Lebens Die drei Sprachen Der alte Großvater und der Enkel Der Teufel mit den drei goldenen Haaren



Spieldauer: 72:53 Min
Best.-Nr.: 7227

€ 14,95

Pro Patria, Märsche und Lieder

1) Gaudeamus igitur 2:18 2) Kein schöner Land 1:26
3) Die Wacht am Rhein 4:16
4) Liebheller Reitermarsch 2:29
5) Lied der Franken 2:09
6) Alte Kameraden 3:03
7) Siebenbürgenmarsch 3:19
8) Der Coburger 3:24
9) Des Großen Kurfürsten Reitermarsch 3:31
10) Fanfare und Marsch der Pappenheimer Reiter 2:44
11) Präsentiermarsch Friedrich Wilhelm III. 1:48
12) Freiheit, die ich meine 2:17
13) Ich hab mich ergeben 1:19
14) Ich hatt einen Kameraden 4:02
15) Kreuzritter-Fanfare 2:07
16) Regimentsgruß 1:58, 17) Geschwindmarsch 1:52
18) Helenenmarsch 2:12,
19) Marsch aus Petersburg 2:14
20) Schwedischer Kriegsmarsch 1:59
21) Althessischer Reitermarsch 2:13
22) Parademarsch der Langen Kerls 2:16
23) Der große Zapfenstreich 11:32
24) Lied der Deutschen 3:09, Gesamtspielzeit: 69:52
Mario Lanza, Tenor, Heeresmusikkorps 300 Koblenz unter OTL Georg Czerner, Heeresmusikkorps 12 Veitshöchheim unter Major Volker Wörrlein, Deutsche Chorgemeinschaften, Best.-Nr.: 7206



€ 17,95

Ostpreußen-Seidenkrawatte

Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Eichschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Eichschaufel
Best.-Nr.: 7091



€ 19,95

PMD
Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3,50*, ab einem Bestellwert von € 80,00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

16/13

Bestellcoupon

Menge	Best.-Nr.	Titel	Preis

Vorname: _____

Name: _____

Straße/Nr.: _____

Telefon: _____

PLZ/Ort: _____

Ort/Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte beachten Sie auch die Angebote in unserem Antiquariat www.die-ostgebiete.de

